

Siebente Sitzung – Septième séance

Dienstag, 8. März 1994, Vormittag
Mardi 8 mars 1994, matin

08.00 h

Vorsitz – Présidence: Haller Gret (S, BE)

93.098

Aussenpolitik der Schweiz in den neunziger Jahren Politique extérieure de la Suisse dans les années nonante

Fortsetzung – Suite

Siehe Seite 174 hiervoor – Voir page 174 ci-devant

Haering Binder Barbara (S, ZH): Ich werde mich in den wenigen Minuten, die mir zur Verfügung stehen, dem Bericht zur Neutralität im Anhang dieses Berichtes über die Aussenpolitik der Schweiz in den neunziger Jahren widmen. Dabei teile ich in wesentlichen Punkten die Position des Bundesrates.

1. Ich teile die Einschätzung des aussenpolitischen Bedeutungsverlustes der Neutralität. Die Neutralität hat ihre ursprüngliche Schutzfunktion verloren. Sie trägt heute nicht mehr zur Sicherheit unseres Landes bei, wie dies zur Zeit des kalten Krieges noch der Fall sein konnte. Ihre Bedeutung als Grundlage für Gute Dienste in internationalen Konflikten gehört ebenfalls der Vergangenheit an.

Aussenpolitisch betrachtet verkommt die Neutralität je länger, je mehr zum nationalen Dogma, das sinnentleert ist, das Schritt für Schritt zur aussenpolitisch funktionslosen Fiktion wird. Es ist mit der Neutralität wie mit den Schwimmflügeln meiner Tochter: Einmal waren sie hilfreich, heute sind sie hinderlich.

2. Ich teile die Einschätzung des Bundesrates bezüglich der Idealvorstellungen, der Probleme und der Grenzen eines Systems kollektiver Sicherheit. Nur, die Alternative zum Aufbau eines solchen Systems wäre ein Rückfall ins 19. Jahrhundert.

3. Ich teile die Schlussfolgerungen des Bundesrates für unser konkretes Handeln. Zusammengefasst ergeben sich für mich 6 Ja und 2 Nein: Ja zu einem Beitritt der Schweiz zur Europäischen Union und ja zu «Maastricht». Ja zu einer aktiven Mitarbeit der Schweiz am Aufbau eines Systems kollektiver Sicherheit. Ja zu einem starken Engagement der Schweiz bei zivilen Vermittlungsaktionen der Staatengemeinschaft. Ja zur Uno. Ja zu den Uno-Blauhelmskräften. Ja auch zu einer Gewährung kollektiver militärischer Sanktionen der Staatengemeinschaft. Aber ich sage nein zum Beitritt der Schweiz zu einer Militärrallianz, zu einem Verteidigungsbündnis einzelner Staaten. Konkret: Nein zur Nato; und ich sage nein zu einer aktiven Beteiligung der Schweiz an militärischen Sanktionen der Staatengemeinschaft.

Aber, und hier unterscheide ich mich vom Bundesrat, ich begründe meine beiden Nein nicht neutralitätspolitisch, sondern friedenspolitisch.

Der Bericht und unsere Diskussion machen es deutlich: Unsere Neutralität ist kein aussenpolitisches, sondern ein innenpolitisches Problem. Die Mentalität, die in breiten Kreisen der Bevölkerung mit diesem diffusen Begriff der Neutralität verbunden ist, verhindert, dass wir die innenpolitisch notwendigen und dringenden Entscheidungen im Hinblick auf eine Öff-

nung der Schweiz hin zur EU, hin zur Uno, mit anderen Worten hin zu einer solidarischen Zusammenarbeit der Schweiz mit der Staatengemeinschaft, finden können.

Der Begriff der Neutralität entfaltet eine Eigendynamik und zementiert die Mentalität der Isolation und der Isolationspolitik. Denken Sie nur an das Votum von Frau Fehr zurück. Ich möchte dazu beitragen, diese Mentalität der Selbstbezogenheit und der Selbstgefälligkeit schrittweise zu verändern. Ich bitte Sie deshalb, den Antrag Fehr abzulehnen.

Camponovo Geo (R, TI): In questo dibattito di politica estera voglio ricordare l'importanza della politica transfrontaliera. Salta agli occhi immediatamente questa importanza se solo si guarda alla intensità di popolazione in tutta la Svizzera che vive a diretto contatto con una realtà estera. Questo, la Svizzera l'ha capito da tempo, le regioni anche, prima fra tutte Basilea. Nel contesto di una politica svizzera transfrontaliera la posizione del Cantone Ticino assume un carattere del tutto particolare. Se oggi parlo di politica transfrontaliera alla presenza del Consigliere federale Flavio Cotti, non faccio altro che sfondare porte aperte, perché proprio lui, in qualità di Consigliere di Stato del Cantone Ticino, è stato sostenitore e promotore dell'avvicinamento del Cantone Ticino alla realtà lombarda in particolare. E' una politica che il Cantone ha saputo sviluppare con l'intensità dovuta, frenata soltanto dalle difficoltà di contatto con le autorità italiane.

Pensiamo alla nostra missione ticinese di cinghia di trasmissione fra il nord ed il sud, fra due culture. Pensiamo a questo triangolo di Svizzera che è inserito in una realtà sociale, economica e politica di estremo interesse.

Se disegnate un cerchio di una cinquantina di chilometri di diametro attorno a Chiasso, vi trovate di fronte a una massa di popolazione dieci volte superiore a quella del Cantone Ticino e di poco inferiore a quella della Svizzera intera. Ed è una realtà viva ed una realtà ricca: la zona dell'Italia del Nord – Lombardia, Piemonte, Veneto – è fra le zone più dinamiche dell'Europa con il sud della Germania, con la zona di Lione, con quella di Barcellona.

Ora, noi abbiamo la grande occasione, grandissima per noi Ticinesi, di approfittare della presenza al Dipartimento degli Esteri dell'on. Flavio Cotti per dare un colpo sicuro e definitivo ai collegamenti, all'integrazione del Cantone Ticino e pertanto della Svizzera con questa realtà norditaliana. Forse abbiamo anche la fortuna di trovarci di fronte ad una Italia diversa, ad una Italia sempre più europea, ad una Italia più vicina alle regole politiche, sociali ed economiche della Svizzera. Vivere questa realtà non è sempre facile; si pensi solo che da un giorno all'altro l'economia ticinese si è venuta a trovare confrontata con una svalutazione della Lira del 30 per cento è come se un Cantone vicino a Zurigo dovesse trovarsi da un momento all'altro con una economia del 30 per cento più favorevole.

Ma questa realtà economica, culturale e sociale potrà essere di importanza enorme per il Cantone Ticino e per la Svizzera. E' con questo invito che io sfondo la porta aperta per Flavio Cotti, augurandomi che nel suo intervento due parole – non di più – tocchino anche questa grande realtà.

Fischer-Seengen Ulrich (R, AG): Mit der grossen Mehrheit der freisinnig-demokratischen Fraktion bin ich der Auffassung, dass die Mitgliedschaft der Schweiz in der EU zwar eine unter verschiedenen Optionen darstellen kann und muss, jedoch nicht als strategisches Ziel der schweizerischen Aussenpolitik deklariert werden darf. Wenn der Bundesrat heute diesen Beitritt als strategisches Ziel bekanntgibt, gleichzeitig aber die Absicht bekundet, unser Verhältnis zur EU mit dem Abschluss bilateraler Verträge auf verschiedensten Ebenen möglichst optimal zu regeln, dann kommt er mir vor wie jener Apotheker, welcher seiner Patientin ein Kopfwehpulver mit dem Hinweis verkauft: «Wenn das dann nichts nützt, dann habe ich noch etwas Besseres.» Eine solche Politik trägt nicht zur Glaubwürdigkeit unserer Diplomaten in den bilateralen Verhandlungen bei, sondern schwächt deren Verhandlungsposition. Die Bekanntgabe des strategischen Ziels eines Beitritts muss zwangsläufig dazu führen, dass die bilateralen Verhandlungen ledig-



als vorübergehende Zwischenlösung empfunden werden, bei denen es für die Unterhändler der EU höchst unzweckmässig wäre, bereits allzu grosse Konzessionen zu machen, die man besser für die später folgenden Beitrittsverhandlungen aufspart. Ich betrachte deshalb die Formulierung dieses strategischen Ziels als verhandlungstaktisch ungeschickt. Wenn ich den Bericht dennoch zur Kenntnis nehmen und den Rückweisansatz der Minderheit ablehnen werde, so geschieht dies vor allem deshalb, weil ich dessen Inhalt in den übrigen Punkten begrüsse und mich damit identifizieren kann. Es liegt mir indessen daran, meine Stellungnahme mit diesem Vorbehalt zu verbinden.

Eine zweite Überlegung: Der Zusammenbruch der kommunistischen Herrschaft über Osteuropa stellt wohl die wichtigste politische Entwicklung der letzten Jahre in Europa dar. Die ehemaligen Satelliten der Sowjetunion sind wieder zu freien Gliedern der europäischen Staatengemeinschaft geworden. Nach 50 Jahren kommunistischer Herrschaft ist es jedoch für diese Staaten mit besonderen Schwierigkeiten verbunden, sich mit dem demokratischen System und einer freiheitlichen Wirtschaftsordnung zurechtzufinden. Hier eröffnet sich für die Schweiz mit ihrer demokratisch-freiheitlichen Tradition eine besondere Aufgabe und Chance. Die Schweiz, die in ihrer Grösse mit verschiedenen dieser Staaten vergleichbar und durch keine historischen Hypothesen belastet ist, sollte die Zusammenarbeit mit den ost- und mitteleuropäischen Staaten in besonderer Weise pflegen. Unsere Nichtmitgliedschaft bei der EU belässt uns bei diesen Aktivitäten einen Freiraum, über den die Mitglieder der EU nicht mehr, jedenfalls nicht mehr in diesem Masse verfügen.

Es stellt sich auch die Frage, ob es organisatorische Formen der Zusammenarbeit gibt, welche der integrationspolitischen Situation der Schweiz und dieser Staaten spezifisch Rechnung tragen. Zu denken ist beispielsweise an die Europäische Freihandelsassoziation (Efta), die Organisation, welche 1960 von jenen Staaten gegründet wurde, welche sich vor allem aus politischen Gründen mit den weitgehenden Zielen der EWG nicht oder noch nicht identifizieren konnten. Nachdem ein Vollbeitritt der osteuropäischen Staaten zur EU zurzeit wohl noch nicht denkbar ist, könnte sich ein vorerst lockerer Zusammenschluss auf wirtschaftspolitischer Ebene im Sinne der Efta als gangbarer Weg erweisen. Dieses Vorgehen würde es – wie es der estnische Staatspräsident Lennart Meri in einer Tischrede am Freitag so treffend formulierte – den ost- und mitteleuropäischen Staaten erlauben, in einer Übergangszeit den politischen Strom mit dem Spaten der Überzeugungsarbeit in das richtige Bett, in dasjenige der Demokratie, zu lenken. Eine sorgsame Prüfung dieser Variante seitens der Schweiz drängt sich deshalb auf.

Allenspach Heinz (R, ZH): Ich habe den Bericht des Bundesrates sehr intensiv studiert und analysiert. Ich habe ihn damit zur Kenntnis genommen, aber Kenntnisnahme bedeutet nicht Zustimmung. Gegenüber dem Kommissionsreferenten möchte ich präzisieren, dass wir nicht über Zustimmung zu diesem Bericht zu diskutieren haben, sondern über Kenntnisnahme. Ich gestatte mir, drei Bemerkungen anzubringen.

1. Oberstes Ziel der Aussenpolitik sind die Erhaltung der Unabhängigkeit des Landes, die Gewährleistung des Rechtsstaates, der Schutz der Freiheit und der Rechte der Bürger sowie die Förderung der Wohlfahrt aller. Massgebend ist also Artikel 2 der Bundesverfassung. Die Aussenpolitik unseres Landes ist an Artikel 2 der Bundesverfassung gebunden, auch in einem veränderten internationalen Umfeld. Es wäre deshalb nicht verfassungskonform, wenn Bundesrat und Parlament zur Verwirklichung einer Vision Europas die vitalen Interessen unseres Landes und unserer Bevölkerung aufs Spiel setzen würden. Die Teilnahme der Schweiz am europäischen Integrationsprozess ist nur so weit und nur so lange möglich, als es die staatspolitischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Interessen unseres Landes unabdingbar erfordern. Ziel der Aussenpolitik unseres Landes ist nicht der Beitritt der Schweiz zur EU oder zur Uno, Ziel ist und bleibt die bestmögliche Verwirklichung der Interessen der Schweiz. Diese Interessenwahrung ist legitim und keineswegs unmoralisch. Im einleitenden

Überblick zum Bericht unterstreicht der Bundesrat zwar, dass Aussenpolitik primär Interessenwahrung nach aussen bedeutet, im Bericht überwuchern dann aber andere Zielsetzungen.

2. Wenn der Bundesrat schreibt, Mitwirkung und Mitentscheidung an den wichtigsten Schaltstellen der internationalen Politik seien wichtigstes Leitmotiv der schweizerischen Aussenpolitik für die neunziger Jahre, mag dies wohl für Regierungsmitglieder und Spitzen der Verwaltung gelten. Dieses Mithebeln an den Schaltstellen der internationalen Politik ist aber keine aussenpolitische Zielsetzung. Zielsetzung ist und bleibt die Wahrung der Interessen unseres Landes.

3. Der vorliegende Bericht skizziert das aussenpolitische Konzept des Bundesrates. Im Vordergrund steht ein umfangreiches Plädoyer für den möglichst baldigen Beitritt der Schweiz zur EU. Das ist sein Ziel, und alles andere wird ihm untergeordnet.

Dem Gatt beispielsweise wird in diesem Bericht nur ein Abschnitt von zehn dürftigen Zeilen gewidmet, obwohl der Entscheid über das neue Gatt-Abkommen und dessen Umsetzung unsere Kräfte in der noch verbleibenden Legislaturperiode voll beanspruchen wird. Ich bedaure, dass der Bundesrat das Gatt dermassen als *Quantité négligeable* behandelt hat. Wird ob der europäischen Zentrierung der Aussenpolitik übersehen, dass der Beitritt der Schweiz zum neuen Gatt-Abkommen für den Wohlstand unseres Landes unerlässlich ist? Ein Ausscheiden aus dem Gatt wäre mit unserem Auscheiden aus der Weltwirtschaft identisch. Der Bundesrat hat die Gelegenheit versäumt, in seinem Bericht die essentielle Bedeutung des neuen Gatt-Abkommens für die Wohlfahrt unseres Landes darzulegen. Die innenpolitische Umsetzung des neuen Gatt-Abkommens ist meines Erachtens unsere prioritäre Aufgabe in den Jahren 1994 und 1995. Das schliesst meines Erachtens in dieser Zeit bundesrätliche Vorlagen oder Volksabstimmungen über EWR-, Uno- oder EU-Beitritt aus. Wollen wir durch eine forcierte Diskussion über den Beitritt der Schweiz zur Uno oder zur EU die Zustimmung des Volkes zum neuen Gatt-Abkommen gefährden? Ein altes Sprichwort sagt: «Wer zuviel will, erreicht nichts.» Schon die heutige Debatte könnte negativen Einfluss auf die Zustimmung des Souveräns zum Gatt haben, wenn wir uns in visionären aussenpolitischen Höhenflügen bewegen und den Boden der Realität verlassen, wenn der Eindruck erweckt wird, Bundesrat und Parlament strebten, entgegen dem manifesten Volkswillen, eben doch sofort die Vollmitgliedschaft in der EU an. Wenn wir auf diese Weise innenpolitisches Misstrauen und Verunsicherung schaffen, dann wird in diesem Klima des Misstrauens das Gatt-Abkommen gefährdet.

Führen heisst Prioritäten setzen. Erste und dringlichste Priorität der Aussenpolitik kann für mich derzeit und in der heutigen Situation nur die innenpolitische Umsetzung des neuen Gatt-Abkommens sein.

Berger Jean-Pierre (V, VD): *Pour assurer la pérennité de notre Etat confédéral, il est des principes établis à respecter, à savoir les responsabilités politiques qui incombent plus particulièrement aux cantons, comme l'instruction publique, par exemple, et celles qui relèvent directement de la Confédération, comme la politique de sécurité, la politique économique et, bien entendu, le domaine qui nous préoccupe présentement, la politique extérieure. Si je me permets de rappeler ces principes, c'est simplement pour souligner tout le poids que nous devons accorder à ce débat sur le futur de notre politique extérieure et, ensuite, pour situer la responsabilité très limitée, voire nulle, de la compétence attribuée aux cantons dans ce domaine.*

De ce rapport sur l'avenir de notre politique étrangère, je me plais à relever les trois axes qui me paraissent les plus sensibles. Premièrement, comme par le passé, l'équilibre économique, social et culturel de notre pays est étroitement lié, qu'on le veuille ou non, à la qualité des relations extérieures que nous entretenons, plus particulièrement avec nos proches voisins de l'ensemble européen. Deuxièmement, je constate que la direction proposée par ce rapport respecte la décision prise en votation populaire le 6 décembre 1992. Troisièmement, le rapport n'ignore pas les revendications largement exprimées

par une minorité nationale, et romande de surcroît, qui souhaite une intégration à l'Europe dans les meilleurs délais, une intégration qui, si la nécessité se présente, devrait nous permettre de déposer notre demande d'adhésion sans problèmes intérieurs particuliers par la suite.

Les cinq objectifs établis et proposés par le rapport constituent un ensemble équilibré pour une approche européenne cohérente, ouverte et respectueuse des droits et devoirs de chacune des parties. La majorité des citoyens suisses ayant préféré la voie de l'approche par la négociation bilatérale, il est donc impératif de respecter ce principe, pour autant, bien entendu, que nos voisins acceptent cette démarche et que des accords équilibrés puissent s'établir au bénéfice de chacune des parties.

A ce stade de la réflexion, il me plaît de relever l'analyse objective du dernier «Bulletin d'information du Conseil du Léman» – pour ceux qui ne le connaissent pas, ce conseil regroupe les départements français de l'Ain, de la Haute-Savoie et les cantons de Vaud, Valais et Genève. Il nous présente son optique, depuis l'ouverture au début de l'année du grand marché européen en l'absence de la Suisse. Je le cite: «Que peut faire le Conseil du Léman face à ces nouvelles frontières qui déchirent son territoire? Tout d'abord, ne pas rêver. En effet, la coopération transfrontalière, si ancienne soit-elle, ne peut suppléer au refus d'un peuple, d'un Etat, d'adhérer librement et entièrement au processus de l'intégration politique européenne. Il importe, à court terme, d'accepter ces nouvelles contraintes frontalières. Il importe également, à moyen terme, de suivre attentivement la politique helvétique face à la construction européenne, que ce soit dans les rapports du Conseil fédéral, aux Chambres fédérales ou dans les négociations bilatérales qui vont s'engager avec Bruxelles.»

Ainsi, comme chacun peut le constater, les perdants du 6 décembre 1992 respectent la décision de la majorité. Cependant, ils ne peuvent ignorer la réalité, qui est de s'activer par tous les moyens afin d'obtenir une meilleure intégration, particulièrement au niveau frontalier. Ils s'appuient, à court terme, sur les négociations bilatérales, en laissant ouvertes toutes les options à venir, voire, s'il le faut, celle de reconsidérer dans un deuxième temps des rapports plus étroits avec l'Union européenne et, si la nécessité s'impose, de renouer avec l'accord multilatéral ou celui, plus exigeant, mais plus gratifiant aussi, de l'adhésion.

Pour toutes ces raisons, je considère que ce rapport est un bon rapport. Il respecte et précise les données de nos engagements possibles dans l'immédiat, tout en préservant le futur. Objectivement, peut-il en être différemment? C'est pourquoi je prendrai acte de ce rapport, et je refuserai toute proposition de renvoi ou d'amendement, qui ne manquerait pas d'hypothéquer grandement l'avenir.

Pour ce qui est du rapport sur la neutralité, j'en prends acte, tout simplement, en me ralliant à ses conclusions. Notre pays a largement bénéficié des aspects positifs de ce statut, et nul doute qu'il en ira de même à l'avenir, pour autant que nous sachions adapter l'instrument aux exigences du moment. A noter en passant qu'un pays qui respecte la Convention européenne des droits de l'homme contribue aussi à promouvoir un climat de paix et de bien-être pour chacun, mais par une procédure d'approche plus active, plus ouverte et mieux partagée.

En résumé, j'approuverai donc les deux rapports présentés, et je vous engage à suivre les conclusions de notre commission.

Schmied Walter (V, BE): Après le vote du 6 décembre 1992, nous avons assisté au niveau national à un véritable psychodrame, il faut bien l'admettre aujourd'hui. Entre temps, beaucoup d'eau a coulé sous les ponts et surtout sous le pont du nom de EEE. Ce pont vieux de deux ans, pourtant oeuvre grandissime à en croire ses architectes, entrera dans l'histoire sans jamais avoir servi. Ses berges subissent l'érosion des flots et, plus grave, ses piliers de soutien s'effritent dangereusement au point de le rendre impraticable aujourd'hui déjà.

En d'autres termes, l'Espace économique européen avait bien pris vie, mais comme l'oisillon chétif est déformé à l'intérieur de son oeuf, il n'a pu s'extraire de la coquille et est mort de sa

belle mort naturelle. J'en veux pour preuve la déclaration de M. Rhinow, conseiller aux Etats très engagé, rapportée dans le «Nouveau Quotidien» du 4 mars dernier: «... l'option éventuelle de l'Espace économique européen est en train de s'éloigner ... avec l'Islande, le Liechtenstein et peut-être la Norvège, l'EEE n'a plus tellement de sens pour la Suisse.» Ah, quel réalisme! M. Rhinow doit être remercié pour la clarté et le courage de son langage. D'autres pensent comme lui, mais n'osent pas se l'avouer et pour cause!

Reconnaître aujourd'hui la banalité du destin, c'est admettre l'élément majeur avancé voici plus d'un an déjà par les opposants de l'EEE, car l'Autriche, la Norvège, la Suède et la Finlande avaient bien déposé leur candidature avant le vote du 6 décembre 1992. Toutes les données du problème étaient bien connues à la veille du vote prétendu historique. Affirmer l'inverse tiendrait de la tromperie. Mais le passé ne nous intéresse plus. Quoi qu'il en soit, ils sont mal pris aujourd'hui ceux qui ont fait rêver les auteurs de l'initiative dite «des jeunes». L'initiative a abouti; aujourd'hui, elle dérange, elle fausse le débat. Tous ceux qui ont incité ladite jeunesse à emprunter la voie de l'illusion devront bien assumer en leur expliquant l'erreur. L'EEE est réduit à la dimension d'un squelette inerte qui ne ressuscitera plus. En cela réside la première erreur du Conseil fédéral, celle de ne pas reconnaître formellement ce fait.

L'unique alternative de la Suisse est bien celle du bilatéralisme ou de l'adhésion. Or, le débat demeure faussé. Le Conseil fédéral dévoile son but à long terme, celui de l'adhésion. Mais il ne fournit aucune raison plausible. Mieux, il donne de lui, dans ce rapport, l'impression de fuir le débat, de ne pas vouloir entrer en matière sur cette initiative des jeunes évoquée plus haut, de chercher à étouffer cette dernière en détournant l'attention des observateurs avertis. Le Conseil fédéral fixe son but, celui de l'adhésion, mais bloque lui-même la demande qu'il avait maladroitement déposée de son propre chef devant l'Union européenne. Les questions restent ouvertes. Si, au dire du Conseil fédéral, le but d'adhérer est valable demain, pourquoi ne l'est-il pas aujourd'hui? Ou, à l'inverse, s'il n'est pas question d'adhérer à ce jour, pourquoi devrait-il en être autrement demain? On a beau lire, relire, on a beau écouter, les questions restent sans réponse.

Rester eurocompatibles ou le redevenir après le vote de l'initiative des Alpes, en y mettant le prix, voilà le but à viser. Le prix du bilatéralisme est connu. Il est essentiellement de nature économique et sera toujours à la mesure de nos avantages recherchés. La Suisse, en tant que partenaire sérieuse, ne cherchera pas à brader les avantages qu'elle convoitera, mais se déclarera prête à payer le prix réel des privilèges.

Quant à l'adhésion tant évoquée par le Conseil fédéral, son prix n'est pas connu. Ce que nous savons aujourd'hui, c'est qu'il sera de nature institutionnelle. Notre système politique est tout simplement incompatible avec la structure de l'UE. Il faut avoir l'honnêteté de le reconnaître aujourd'hui, n'en déplaise au comité de l'initiative des Alpes. Nous devrions, une fois pour toutes, renoncer à faire usage de tant d'arrogance et d'hypocrisie face à nos partenaires. Entre partenaires européens, nous devons apprendre à nous respecter réciproquement et à admettre nos divergences sans pour autant vouloir discerner systématiquement des erreurs chez l'autre. Chacun est contraint de construire son avenir avec les moyens de son bord.

Je conclus: si le Conseil fédéral souhaite conduire la Suisse dans l'UE, il lui appartient, premièrement, de définir le juste prix institutionnel que nous serions appelés à payer en l'occurrence. Cela, il ne l'a pas évoqué dans le présent rapport et je le déplore fondamentalement. Il s'agit là d'une lacune de première gravité qui fera que j'approuverai le renvoi de ce rapport.

Wittenwiler Milli (R, SG): Der 6. Dezember 1992 – ein Freudentag für die einen, ein schwarzer Sonntag für die andern. Ich konnte den Bundesrat grundsätzlich verstehen. Wer gehört schon gerne zu den sogenannten Verlierern einer Volksabstimmung! Was ich jetzt aber nicht mehr verstehen kann, ist, dass der Bundesrat in seinem Bericht über die Aussenpolitik der Schweiz in den neunziger Jahren einen EU-Beitritt als stra-

tegisches Ziel anstrebt. Meine Herren Bundesräte, hat denn die Abstimmung über den EWR-Vertrag nicht ganz deutlich gezeigt, dass eine fruchtbare Aussenpolitik erst innenpolitisch abgestützt werden muss und dass eine einseitige Ausrichtung auf eine Mitgliedschaft der Schweiz bei der EU das innenpolitische Klima erneut enorm belasten würde? Wie erklären Sie, Herr Bundesrat Delamuraz, den Schweizer Bauernfamilien den ausserpolitischen Weg, der den EU-Beitritt als Ziel hat? Dies in einer Zeit, da der Gatt-Abschluss Realität ist, aber noch kein Mensch mit Sicherheit sagen kann, was dies für die schweizerische Landwirtschaft bedeutet! Herr Professor Hauser schrieb in seiner Studie: «Die Auswirkungen auf die Landwirtschaft können nur grob abgeschätzt werden. Weniger Einkommen und eine Reduktion der Produktion aufgrund von grossen Importen und kleineren Exporten sind aber sicher.» Jetzt wissen wir, dass es Einkommenseinbussen von beachtlicher Höhe geben wird. Die Frage, wie die Gatt-konformen Massnahmen verlässlich finanziert werden, damit die Bauernfamilien mit dem schweizerischen Lebensstandard mithalten können, ist aber immer noch offen. Nun soll nach Ansicht des Bundesrates der ausserpolitische Aktionsradius gerade jetzt beträchtlich erweitert werden. Man darf den Karren nicht überladen – vor allem dann nicht, wenn der Weg in einem schlechten Zustand ist.

Ich frage mich auch, inwieweit unsere Neutralitätspolitik mit den Zielen der EU vereinbar ist. Im Bericht zur Neutralität steht die Überschrift «Vereinbarkeit von Neutralität und EU-Mitgliedschaft». Es ist aber bekannt, dass im Falle eines EU-Beitritts jedes Land gehalten ist, die EU-Vorgabe im Bereiche der gemeinsamen Sicherheitspolitik zu übernehmen. Der Bundesrat hält zwar an der Aufrechterhaltung der dauernden und bewaffneten Neutralität fest, aber: Wird er es auch in Zukunft tun? Das will ich und das will eine grosse Mehrheit der Schweizerinnen und Schweizer ganz genau wissen!

Müller Reinhard (V, AG): Der «Bericht über die Aussenpolitik der Schweiz in den neunziger Jahren» beinhaltet auch für mich einige durchaus unterstützungswürdige Aussagen. Ich bin aber nicht ans Rednerpult gekommen, um diese besonders hervorzuheben, sondern um auf zwei zentrale Punkte hinzuweisen, welche in weiten Kreisen unserer Bevölkerung auf Ablehnung stossen. Damit meine ich das anvisierte Ziel EU und die damit verbundene Aufgabe der von uns praktizierten bewaffneten Neutralität.

Es ist äusserst schade, dass der Bundesrat mit seinem Ziel eines EU-Beitritts die Fronten in unserem Lande wieder aufreiss, im Innersten wohl wissend, dass die Mehrheit von Volk und Ständen seine Meinung nicht teilt, haben doch unsere Kantone bereits am 6. Dezember 1992 mit grosser Mehrheit nein zum EWR gesagt. Diese Stimmung, sprich Grundwelle, lässt sich auch mit der besten Propaganda nicht innert weniger Jahre in ein Ja zur EU umwandeln.

Ist sich der Bundesrat bewusst, dass vor der EWR-Abstimmung viele Befürworter klar sagten: EWR ja, EG nein? Wenn diese Wort halten, würde eine Abstimmung über einen EU-Beitritt zu einem Fiasko für unseren Bundesrat und seine Aussenpolitik werden. Halten Sie die Augen doch offen und anerkennen Sie, dass die von den Befürwortern prophezeiten Horrorszenerarien bei einem EWR-Nein nicht eingetroffen sind. Der Schweizerfranken ist stabil wie kaum zuvor. Die Zinssätze fielen, was besonders auch im Interesse unserer stark verschuldeten Landwirtschaft ist. Die Investitionen ziehen bereits merkbar an. Die Zahl der Arbeitslosen dürfte sich dieses Jahr stabilisieren, ja sie dürfte gar abnehmen. In diesem Umfeld will uns der Bundesrat in ein europäisches Machtgebilde einbetten, bei dem es für die Mehrheit unseres Volkes unter dem Stichwort Maastrichter Verträge nur Verlierer geben kann.

Der Bundesrat wäre gut beraten, sich – ohne das Ziel eines Beitritts – voll auf die Zusammenarbeit mit der EU zu konzentrieren und die bilateralen Verhandlungen zu intensivieren. Wir müssen dabei nicht als Bittsteller antreten, haben wir doch einiges zu bieten. Gerade im Agrarbereich stehen die positiven Handelsbilanzen doch ganz eindeutig zugunsten der EU. Ich meine darum, dass dem Bundesrat der Auftrag erteilt werden muss, einen Bericht über eine umfassende Kooperation auf

der Basis von Solidarität und Gegenseitigkeit vorzulegen und danach zu handeln.

So gesehen stellen sich die umstrittenen Fragen des Neutralitätsberichtes gar nicht. Es ist Pflicht auch der heutigen Schweiz, an unserer bewährten, dauernden, bewaffneten Neutralität festzuhalten und jetzt dafür zu sorgen, dass wir nicht am Tage X über die EU in eine Verteidigungsgemeinschaft eingebunden werden, die für unser Land verheerende Folgen haben könnte. Hoffen wir, dass wir, die Verantwortlichen, auch in diesen Fragen jetzt die Weichen für eine gute Zukunft unseres schönen Landes richtig stellen. Ich unterstütze deshalb die Rückweisungsanträge.

Sandoz Suzette (L, VD): Après que le Parlement avait renvoyé, en août 1992, son rapport au Conseil fédéral afin qu'il complète notamment la partie concernant la neutralité, après le vote du 6 décembre 1992, la crédibilité de la politique étrangère du Conseil fédéral dépendait de l'excellence de son rapport. Malheureusement, les rapports qu'il nous remet aujourd'hui sont à peine médiocres.

Médiocre, le rapport sur la politique extérieure. Personne ne s'assoit à une table de négociations en annonçant a priori son intention de céder sur les points essentiels du cocontractant. Par conséquent, on n'annonce pas, quand on s'assoit à une table de négociations, qu'on renoncera au bilatéralisme dès que le multilatéralisme sera à nouveau possible, on n'annonce pas que l'intégration est la seule issue. C'est rendre la tâche de nos négociateurs impossible. Comment pourront-ils obtenir quelque chose si l'adversaire sait déjà que l'on a cédé sur l'essentiel?

Médiocre, aussi, le rapport sur la neutralité. Certes, comme le Conseil fédéral, je considère que la neutralité n'est qu'un moyen au service d'un but. Encore faudrait-il que l'on s'entende sur le but, encore faudrait-il que l'on démontre que le moyen n'est plus adéquat, et non pas que l'on procède par a priori.

Mais la médiocrité apparaît à un autre point de vue. Qu'on le veuille ou non, c'est une question de fait: la neutralité est une partie de l'identité du pays. Or, lorsque l'on parle de l'identité d'un pays, on ne se permet pas le mépris, on ne se permet pas l'erreur, on ne se permet pas la contradiction. Ce sont précisément trois choses que l'on trouve dans le rapport du Conseil fédéral.

Le mépris, d'abord. Si vous lisez les pages 64 et 68 chiffres 23 et 33, respectivement, vous voyez qu'on a l'air d'assimiler la neutralité à une politique d'inaction et de fermeture. N'était-ce pas pourtant la neutralité qui a fait de nous un des pays qui a le plus de relations avec les autres pays du monde? On n'exprime pas un tel mépris à l'égard de l'identité. Ou bien encore, à la page 60, chiffre 14, ne dit-on pas que la neutralité a permis de «cultiver son petit jardin»? C'est peut-être bon pour l'éditorial d'un quotidien quelconque, ce n'est pas à trouver dans un rapport du Conseil fédéral.

Un rapport du Conseil fédéral sur la neutralité, identité du pays, ne doit pas contenir d'erreur non plus. Or, reprenez la page 60, chiffre 14. Quand le Conseil fédéral nous dit que la neutralité n'est plus nécessaire à la politique intérieure parce qu'il n'y a plus de vraie diversité ou de tensions culturelles et linguistiques, ignorerait-il donc que, depuis décembre 1992, il a fallu créer, dans ce Parlement, une Commission de la compréhension, qui vient de proposer vingt thèses pour essayer d'éviter les divergences semblerait-il croissantes entre les ethnies linguistiques; ou bien encore ignorerait-il combien, après les récentes votations, il y a de déclarations d'intolérance d'une partie du pays à l'égard de l'autre? Il vaudrait mieux que le Conseil fédéral regarde la réalité avant d'écrire des choses fausses qui concernent l'identité.

Contradiction, enfin: comment peut-on concevoir que dans l'introduction le Conseil fédéral puisse se déclarer convaincu que la politique de neutralité est encore, en ces temps troublés, un instrument important de notre politique de sécurité et préciser trente pages plus loin qu'en réalité, si des négociations s'ouvrent pour l'adhésion, la neutralité ne sera pas un sujet de négociation? S'il était convaincu de l'importance de la neutralité, il en ferait peut-être un préalable à toute négociation.

La sécurité du pays dépend de la crédibilité du Conseil fédéral. Pour recouvrer cette crédibilité, il importe qu'il modifie le contenu du rapport. C'est la raison pour laquelle je soutiendrai les demandes de renvoi.

Bonny Jean-Pierre (R, BE): Der Bericht des Bundesrates enthält einige konstruktive Ansätze, wirft aber ebenso viele, wenn nicht mehr offene Fragen auf. Ich möchte mich in meinem Votum auf drei kritische Punkte zur Europapolitik konzentrieren.

1. Ende 1992 hat das Schweizervolk über den EWR abgestimmt. Ein gutes Jahr später, am 1. März 1994, droht der EWR, diese technokratische Seifenblase durch den Abschluss der EU-Verträge mit drei EFTA-Staaten bereits zu platzen. Aus heutiger Sicht kann man mit grosser Wahrscheinlichkeit sagen, dass eigentlich nur noch drei Staaten in Frage kommen, nämlich Island, Liechtenstein und die Schweiz – eine Entwicklung, auf die ich bereits vor der Abstimmung über den EWR an diesem Pult hingewiesen habe. Dabei – da möchte ich Ihr Gedächtnis etwas auffrischen – hat man in der EWR-Kampagne darauf abgezielt, dem Volk diesen EWR als etwas Eigenständiges, als etwas von der EU Losgelöstes, als etwas Solides darzustellen. Heute müssen wir dem österreichischen Bundeskanzler Vranitzky zustimmen, der kürzlich am Fernsehen sagte, der EWR sei für sie «eine Aufwärmrunde».

Wir dürfen das Gedächtnis des Volkes in dieser Frage nicht unterschätzen. Mit Bezug auf den Bericht des Bundesrates würde ich sagen, dass er im Punkt «EWR als Option» bereits überholt ist, vor allem dann, wenn er vom EWR als von einer «ernsthaften Möglichkeit» spricht.

2. Der Bundesrat bezeichnet den EU-Beitritt als strategisches Ziel, das zum zweiten Mal. Wohlan! Dann hat er aber davon auszugehen, dass der Vertrag von Maastricht am 1. November 1993, also vor etwa fünf Monaten, in Kraft getreten ist. Dann hat der Bundesrat konsequenterweise in diesem Bericht dem Parlament und dem Volk zu sagen, was dieses Vertragswerk für die Schweiz bedeutet, zum Beispiel für unsere Währung, zum Beispiel für unsere Verteidigungspolitik, für unsere direkt-demokratischen Institutionen und ganz allgemein für unsere Souveränität. Leider schweigt sich der Bericht des Bundesrates zu diesen absolut zentralen Fragen weitgehend aus. Der Bericht schafft daher in diesem Punkt nicht Klarheit, sondern Intransparenz.

Um Klartext zu sprechen: Wenn die EU auf dem Status von Maastricht mit dem zentralistischen Grossmachtgehabe verharret, dann hat die Schweiz in einem solchen Gebilde nichts zu suchen! Ich bin überzeugt, dass ein solches Ansinnen in einer Abstimmung von Volk und Ständen vom Tisch gefegt würde.

3. Gerade im Zusammenhang mit der Frage um einen EU-Beitritt hat der Bericht des Bundesrates meines Erachtens eine Chance verpasst, indem er ein durchaus mögliches Szenario nicht aufgezeigt hat. Es gibt ernst zu nehmende Kenner der EU, die mit guten Gründen mittel- und langfristig eine Dezentralisierung der EU, eine Föderalisierung, eine Entwicklung der EU in Richtung eines Staatenbundes für möglich, ja sogar für wahrscheinlich erachten. Hier läge an sich eine echte Chance, um aufzuzeigen, dass eine solche Entwicklung jedenfalls die institutionellen Bedenken, die wir heute gegenüber dem Maastrichter Gebilde haben müssen, beseitigen oder zumindest abbauen könnte. Ich finde es schade, dass die Chance, den in unserem Land leider immer noch tiefen Graben zwischen Eurobefürwortern und Euroskeptikern zu überbrücken, nicht wahrgenommen wurde.

Pini Massimo (R, TI): Au sein de la Commission de la politique de sécurité du Conseil national, nous avons examiné ce rapport qui ne fait pas l'unanimité. Moi, je dois vous dire, Monsieur le Vice-président, Monsieur le Conseiller fédéral, Onorevole Signor Consigliere federale di lingua italiana – se fa parte ancora della Confederazione –, que j'avais exprimé de sérieux doutes sur ce rapport, car il me semble que nous ne pouvons pas parler de neutralité tout en acceptant des sanctions.

Celui qui vous parle ne peut pas avaler le fait que, dans le contexte d'une politique de neutralité, on veut parler de sanctions. Des sanctions qui, semble-t-il, émanent de l'ONU.

J'étais pour l'ONU et le peuple suisse a dit non de façon extrêmement nette. Il faut donc être conséquent. Nous avons un non de la part du peuple concernant l'adhésion de la Suisse aux Nations Unies et en même temps, plus papistes que le pape, nous appliquons les sanctions économiques. Vous savez très bien que les sanctions ne frappent pas la tête du chef de l'Etat qui est peut-être fautif, mais uniquement le peuple.

Moi, je suis contre et, de ce fait, je ne peux pas donner mon aval à ce rapport. Je ne veux pas le renvoyer au Conseil fédéral. Je m'abstiens, comme je l'ai fait à la Commission de la politique de sécurité, parce qu'un rapport sur la politique étrangère et sur la neutralité qui parle de sanctions n'est pas un rapport de neutralité. C'est le premier point. Le deuxième point concerne l'Union européenne. Vous savez toutes et tous que je suis un grand Européen, mais je suis aussi un grand fédéraliste. Or, en ce moment la confusion est totale. Il ne faut pas appuyer sur le champignon, Messieurs les Conseillers fédéraux. Malheureusement ou heureusement, la réalité fait que le peuple suisse est celui qu'il est en ce moment. Si nous sortons de cet aréopage et que nous demandons au peuple suisse: «Voulez-vous marcher en avant vers l'Union européenne, oui ou non?», il nous tue sur la place publique. Moi, comme maire, je serais tué ipso facto sur la place publique – il n'y en a pas tellement – de Biasca. Il est donc inutile de continuer à appuyer sur le champignon quand nous savons très bien que l'opinion publique du pays est tout simplement contre. Le problème, c'est d'avoir une approche beaucoup plus flexible, moins dogmatique, de faire comprendre avec beaucoup de patience à l'opinion publique suisse que l'Europe d'aujourd'hui n'est pas l'Europe de nos idées. Ce n'est pas l'Europe du fédéralisme; c'est une Europe en crise, mais dont nous ne pouvons pas nous séparer.

Ceci ne veut pas dire que nous pouvons mettre n'importe quel habit. Cela veut dire que le peuple suisse doit être renseigné au fur et à mesure sur l'évolution des faits et des réalités d'une Europe en marche. C'est dans ce sens que je vois finalement une participation dynamique. Il ne faut pas une participation figée, comme celle de la Suisse au Conseil de l'Europe, uniquement par le biais de la bureaucratie. L'Europe ne doit pas être bureaucratique. La politique est faite de psychologie, de petits gestes, de compréhension et aussi de renoncements.

Anche di rinunce, on. Sig. Consigliere federale; dobbiamo rinunciare a forzare il Paese a volere qualche cosa che suo malgrado non sente di poter ingoiare, digerire oggi – magari domani sì! Se a noi piace questa minestra, dobbiamo a poco a poco farla assaggiare e piacere alla nostra gente. Ma non possiamo ingozzare le persone con un cucchiaino: «Toh, mangia, che l'è bona!» Non possiamo, signori! Dobbiamo avere almeno quella flessibile sensibilità dell'approccio su di una problematica estremamente complessa in un momento di gravi difficoltà congiunturali!

Ieri sera mi ha fatto piacere la serietà dell'on. Peter Bircher, il quale ha detto: «Questo rapporto mi ha impressionato, è serio e competente.» E ho dovuto riconoscere la serietà, la competenza con cui è stato redatto questo rapporto da parte di alti funzionari, da parte di uomini politici. Ma non può convincere tutti, on. Mühlmann! Non può convincere tutti; nemmeno io sono convinto, perché io dico e ripeto: Eccellenza, un rapporto sulla neutralità riguardante, fra altro, l'accordo sulle sanzioni, io non lo posso accettare!

Stamm Luzi (R, AG): 1. Zu dem für mich positiven Teil dieses Berichts: Er geht davon aus, dass sich die Schweiz international mehr engagieren muss. Mit Konsternation habe ich in den letzten 30 Jahren miterlebt, wie die Nigerianer die Biafraner ausrotten konnten, wie in Uganda ein Bandit in Präsidentenuniform auftreten konnte, wie in Kambodscha ein Drittel der Bevölkerung ausgerottet wurde usw. Und die Haltung der Mächtigen in dieser Welt war: «Das ist ein Problem der Souveränität, die Staaten sind souverän, wir machen nichts.» Zum Glück ist diese Haltung in Änderung begriffen. Die Staaten haben eingesehen, dass es uns etwas angeht, was in der Welt läuft, dass die einzelnen Staaten nicht allein auf dieser Welt sind. Auch die Schweiz muss sich einbinden, z. B. auf dem Gebiet des Umweltschutzes, bei der Waffenkontrolle, aber

auch auf wirtschaftlichem Gebiet. Wir müssen einerseits Wirtschaftsverträge abschliessen, wir müssen andererseits in der Welt draussen mehr von unserem Bruttosozialprodukt investieren als bisher. Das ist die positive Grundhaltung, die ich im Bericht entdeckt habe.

2. Der Teil, der in diesem Bericht fehlt: Es gibt Leute, die wollen diese von mir angesprochene internationale Problematik und diese skandalösen Wohlstandsunterschiede in unserer Welt dadurch lösen, dass sie mehr oder weniger bewusst einfach die Schweiz auf den Durchschnitt der Staaten hinunterwirtschaften wollen. Sie setzen sich z. B. zum Ziel, möglichst viele der Bedrängten auf dieser Welt in unser Land zu holen. Schauen Sie an, was unser Land in den letzten drei Jahren gemacht hat. Statt froh zu sein, dass in der Rezession über 200 000 Leute die Schweiz freiwillig verlassen haben, haben wir nichts Gescheiteres zu tun gewusst, als in nur drei Jahren etwa eine halbe Million Menschen (davon 372 000 Niedergelassene und Aufenthaltler) zusätzlich bei uns aufzunehmen. Das hält keine Volkswirtschaft aus. Es ist ein schwerer Irrtum, zu glauben, dass wir international unser wirtschaftliches Niveau senken und gleichzeitig für die Benachteiligten in unserer Gesellschaft – von den Rentnern bis zu den alleinerziehenden Müttern – eine wirtschaftlich gesunde Basis erhalten können. Das ist nicht möglich.

3. Ich will Ihnen ein Beispiel aus der Praxis erzählen: Der Stadtrat von Baden hatte seine Amtskollegen einer Schwesterstadt in Rumänien bei uns. Als ich den rumänischen Kollegen beiläufig erklärte, dass wir im Erziehungsheim Aarburg für Schwererziehbare 200 000 Franken pro Jahr und Zögling ausgeben, haben diese Leute die Welt nicht mehr verstanden. Sie erklärten, für 200 000 Franken könnten sie in Rumänien mehr als 200 Leute vollamtlich ein volles Jahr lang anstellen; sie könnten sie zum Beispiel in den schlimmen Spitälern mit aidskranken Kindern einsetzen und damit wirklich etwas Gutes tun. Sie warfen mir vor: «Wie kommt ihr dazu, Flüchtlinge in die Schweiz zu holen und mit solchen Kosten für diese Leute zu sorgen, wenn dieses Geld, im Ausland investiert, unendlich viel mehr Nutzen bringen würde?»

Die drei angesprochenen Punkte bewegen mich zu folgenden vier Forderungen, welche für unsere Aussenpolitik gelten sollten:

1. Wir müssen nicht die Neutralität abbauen, sondern wir müssen einen Teil der Souveränität abbauen. Wir müssen uns international einbinden, was allerdings nicht heisst, dass wir unbesehen internationalen Organisationen beitreten müssen.

2. Zur Aussenpolitik gehört dringend, dass wir eine Ausländerreglementierung einführen. Es gibt eine einfache Alternative: Entweder bleiben wir ein attraktives Land und die Leute wollen zu uns kommen – dann muss man die Zuwanderung regeln –; oder wir wirtschaften unser Land auf einen Durchschnitt hinunter, bei dem die Ausländer nicht mehr kommen wollen.

3. Betreffend Flüchtlingspolitik muss der Grundsatz gelten, dass wir so wenig Leute wie möglich hierher holen, weil unser Geld an Ort und Stelle viel, viel effizienter eingesetzt werden kann. Die Aids-Kinder in Rumänien, die Verhungerten im Sudan, die Minenopfer in Afghanistan usw. werden es Ihnen danken.

4. Das ist der wichtigste Punkt: Damit wir uns international engagieren können, ist eine gesunde wirtschaftliche Basis absolut unabdingbar. Wenn wir sie zugrunde richten, können wir nirgends mehr helfen. Ich bin der Meinung, wir sollten einerseits für wirtschaftlich optimale Verhältnisse sorgen und andererseits mehr Geld in der Welt draussen einsetzen. Es ist beschämend, dass das reichste Land der Welt einen so kleinen Bruchteil des Bruttosozialprodukts für die Hilfe für die Allerärmsten ausgibt.

Steinemann Walter (A, SG): Ich spreche zum Neutralitätsbericht. Die Schweiz ist das Land, welches die Neutralitätspolitik am längsten praktiziert. Nicht zuletzt dank dieser Politik wurde die politische Geschichte unseres Landes zu einer Geschichte der Freiheit. Freiheit und Selbstbestimmungswille, aber auch Solidarität und Rücksichtnahme galten bis anhin als feste Grössen in unserer Politik. Und das soll nun anders werden? Die gegenwärtigen Entwicklungen in Europa hätten Auswir-

kungen auf die dauernde Neutralität und seien eine gute Grundlage für eine sachliche Diskussion respektive für eine notwendige Anpassung in der Neutralitätsfrage, meint der Bundesrat in seiner Einleitung zum Bericht. Beim Lesen sträubten sich mir schon manchmal die Haare.

Aus der Glaubwürdigkeitsmaxime folgt, dass die Neutralitätspolitik das wichtigste Element der dauernden Neutralität darstellt. Erst diese füllt nämlich die dauernde Neutralität mit Sinn, und daran darf nicht herumgebastelt werden. Eine unparteiliche Politik kann die Schweiz nur dann verfolgen, wenn sie nicht in fremdbestimmte Systeme eingegliedert ist, sondern ein Maximum an Unabhängigkeit und autonomer Entscheidungsgewalt aufweist. Für die Leistung Guter Dienste ist die Schweiz aufgrund ihres neutralen Status geradezu prädestiniert, schafft dieser doch die für Vermittlertätigkeiten notwendige Unbescholtenheit und Unparteilichkeit. Neutralität ist keineswegs mit Abseitsstehen gleichzusetzen. Darum ist auch der folgende Satz im Bericht so falsch und nicht akzeptabel: «Wer an der internationalen sicherheitspolitischen Zusammenarbeit nicht teilnimmt, setzt sich der Gefahr der Isolierung und des Vorwurfs aus, ein sicherheitspolitischer Trittbrettfahrer zu sein.» Das ist für mich nicht akzeptabel.

Die Schweiz hat keinerlei Solidaritätsdefizit. Um das Image unserer Aussenpolitik zu fördern oder den Tatbeweis internationaler Solidarität zu erbringen, müssen wir beispielsweise der Uno, der wir gar nicht angehören, auch keine Blauhelmtuppen zur Verfügung stellen. Als Gastgeberin und Mittlerin für Friedensgespräche und mit unseren heute schon sehr grossen Leistungen auf verschiedensten Gebieten für die Uno und insbesondere für das IKRK, das beispielsweise zurzeit mit einem Grosseinsatz an Personal und Mitteln den Opfern des Krieges im zerfallenen Vielvölkerstaat Ex-Jugoslawien hilft, sowie mit der Katastrophenhilfe übernehmen wir seit Jahrzehnten die internationale Verantwortung für in Not geratene Menschen.

Der Bundesrat setzt weiter eine EU-Mitgliedschaft als Ziel und beurteilt die Aufrechterhaltung der Neutralität als möglich, schreibt aber zwei Abschnitte vorher im Bericht, dass unser Land dann bereit sein müsste, die Neutralität grundsätzlich zu überdenken. Das sind Ausführungen, die für mich nicht akzeptabel sind. Auch der angestrebte Uno-Beitritt – trotz einem Neinstimmenanteil von 76 Prozent bei der seinerzeitigen Volksabstimmung – ist mit unserer Neutralität keineswegs vereinbar. Da jede Parteilichkeit dem Grundprinzip der Neutralität widerspricht, kann es auch keine differenzierte Neutralität geben.

Insgesamt ist daher festzustellen, dass ein Beitritt zur Uno mit der dauernden Neutralität unvereinbar ist und dass es besonders auch keine halbe, mittlere oder modifizierte Neutralität geben kann. Es könnte sich dabei nur noch um eine Worthülse handeln. Dass die SPS die Neutralität aussenpolitisch als bedeutungslos bezeichnet und, wie sie ausführt, den Mythos der Neutralität zerstören will, empfinde ich als ungeheure Aussage und als absoluten Affront unseren Bürgern gegenüber. Gemäss einer kürzlich publizierten ETH-Untersuchung befürworten immerhin noch über 80 Prozent unserer Bevölkerung die Beibehaltung der Neutralität. Diese ist auch in ihrer Auslegung keinesfalls Eigentum der Classe politique, wie es schon gestern gesagt wurde. Sie ist geistig-moralische Verpflichtung, die der Schweiz von ihrer Gründung her aufgetragen ist. Die eigentliche Rechtfertigung findet unsere Neutralität darin, dass sie aus dem Ursprung und dem Wesen der Eidgenossenschaft selbst hervorgeht, und diese immerwährende Neutralität ist tief in den politischen Überzeugungen des Schweizervolks verwurzelt, da unser Volk in ihr auch das Mittel sieht, mit dem unser Land der Sache des Friedens am besten dienen kann.

Dieser Bericht muss zurückgewiesen werden.

Reimann Maximilian (V, AG): Ich gehörte vor zwei Jahren zu jenen Ratsmitgliedern, die einen Beitritt der Schweiz zum EWR unterstützt hatten. Ich tat es aber ausschliesslich mit dem Ziel, dann nicht der EG beitreten zu müssen, also nach der Formel «EWR ja, EG nein». Der Souverän hat es anders gewollt. Er ging auf Distanz zu Brüssel, und er bekräftigte diese Distanz

auch am 20. Februar 1994 mit einem Nein zur Alpen-Initiative. Da kann unsere Ratspräsidentin von ihrem hohen Stuhl herab noch so sehr beteuern, das Ja zur Alpen-Initiative sei kein Nein zu Europa gewesen. Es war es trotzdem; wenigstens teilweise. Wer etwas anderes behauptet, der möge sich doch wieder einmal an irgendeinen Stammtisch im Lande setzen.

Doch zurück zum Bericht des Bundesrates. Ich bin und bleibe ein entschiedener Gegner des vom Bundesrat angestrebten Endziels. So entschieden, wie ich vor zwei Jahren das bundesrätliche Junktim «EWR gleich erster Schritt und Vorstufe zur EG» bekämpft habe, so entschieden widersetze ich mich heute der strategischen Zielsetzung des Bundesrates, unser Land als Vollmitglied in die EU zu führen. Mit dieser Zielsetzung verkennt der Bundesrat die innenpolitischen Realitäten. Die EU-Mitgliedschaft der Schweiz ist eine Illusion, und Illusionen kann ich nicht mittragen. Als Option, das heisst als eine im voraus nicht völlig auszuschliessende Variante, kann die EU-Mitgliedschaft meinerseits im Raum stehengelassen werden, aber sicher nicht als strategisches Ziel. Deshalb kann und will ich diesen aussenpolitischen Bericht nicht einfach so zur Kenntnis nehmen. Kenntnisnahme heisst für mich, den Bundesrat weiter auf seiner realitätsfremden Marschroute laufen zu lassen, und das will ich nicht. Deshalb unterstütze ich den Antrag der Minderheit (Frey Walter).

Die EU-Mitgliedschaft muss als strategisches Ziel gestrichen und auf das Niveau einer gewöhnlichen Option hinuntergeholt werden. Was ist denn so attraktiv an dieser EU? Wenn wirtschaftspolitisch und finanziell angeschlagene Länder wie Schweden, Finnland usw. dort Anschluss begehren, ist das ihre Sache. Aber ob eine Union mit so hoher Arbeitslosigkeit, mit gescheiterem Währungssystem, mit desolatem Finanzzustand, mit einer demokratiefeindlichen Bürokratie das begehrte aussenpolitische Endziel unseres Landes sein soll, das möchte ich doch allen Ernstes bezweifeln. Die Fortsetzung der Zusammenarbeit mit der EU auf bilateralem Weg oder allenfalls über ein Assoziationsabkommen soll das aussenpolitische Ziel dieses Jahrzehnts sein. Das Ja zur Alpen-Initiative hat uns allerdings, wie bereits gesagt, auf diesem Weg etwas zurückgeworfen.

Schliesslich noch ein Wort zu einer eventuell doch noch nachzuholenden Mitwirkung im EWR. Als damaliger Befürworter des EWR-Vertrages sage ich dazu folgendes: Der EWR bleibt für mich eine Option. Aber als Ziel kann diese Option erst wieder in den Vordergrund gerückt werden, wenn Klarheit über folgende Fragen besteht:

1. Bleibt der EWR nach der Erweiterung der EU durch Schweden, Finnland usw. überhaupt bestehen? Das wissen wir erst, wenn die Volksabstimmungen in den betreffenden Ländern durchgeführt sind.
2. Welchen Erfolg bringen uns die bilateralen Verhandlungen mit der EU? Das weiss heute noch niemand. Spekulationen darüber bringen uns auch nicht weiter.
3. Die wohl zentralste Frage: Welche Vor- und Nachteile wird uns der am 6. Dezember 1992 vom Schweizer Volk gewählte Alleingang bringen?

Erst wenn Klarheit über all diese Fragen besteht – was kaum vor Ablauf von zwei, drei Jahren der Fall sein wird –, wird sich weisen, ob die Option EWR in eine zweite Volksabstimmung ausmünden wird. Für heute aber kann die Devise nur lauten: Intensivierung der bilateralen Verhandlungen unter grösstmöglicher Offenhaltung jeglichen weiteren aussenpolitischen Handlungsspielraums.

Scheurer Rémy (L, NE): Une des grandes qualités du rapport du Conseil fédéral sur la politique extérieure réside dans la forte prise en compte de l'universalité des problèmes majeurs et des répercussions que peuvent avoir, jusqu'au pied de nos glaciers sublimes, les perturbations provoquées dans ce qui n'est pas encore un ordre mondial.

Les relations d'interdépendance entre pays, groupes de pays et continents sont désormais si diverses et si nombreuses que chacun des départements fédéraux doit traiter de questions importantes dans une perspective de politique étrangère. Même le Département fédéral de l'intérieur doit s'occuper d'affaires internationales.

Certes, le rapport du Conseil fédéral ne contient ni calendrier ni itinéraire. Mais pourquoi des calendriers quand nous ne sommes pas les seuls maîtres du temps? et à quel bon des itinéraires quand les chemins sont encore à tracer? Pas de calendrier, pas d'itinéraire, mais par contre des principes généraux, clairs et essentiels. Mon vœu est qu'il existe au sein du Conseil fédéral, en guise de boussole, une volonté ferme et collégiale pour suivre sans dévier les directions ainsi tracées. L'incertitude de l'avenir n'exclut pas la clarté des propos. Nos partenaires doivent savoir qui nous sommes et ce que nous voulons.

Certains d'entre vous reprochent avec une farouche détermination au gouvernement de se fixer pour but l'adhésion de la Suisse à l'Union européenne. Mais peut-on imaginer que la Suisse ne participe pas à la construction européenne? Où a-t-on pu lire dans ce rapport que le Conseil fédéral voulait faire adhérer notre pays à l'Union européenne telle qu'elle existe maintenant? L'Union européenne est en évolution et il n'est pas impossible que nous évoluions nous-mêmes. Les fossiles mêmes se modifient peu à peu!

Quant à la neutralité, elle n'a pas cessé d'être appliquée diversement tout au long de notre histoire. Pourquoi faudrait-il la figer dans des formes alors qu'il ne reste presque plus rien autour de nous de ce qui avait donné naissance à cette neutralité?

Aujourd'hui, nous n'avons pas à nous prononcer sur les voies et sur les moyens de notre politique extérieure, mais sur ses buts. Le Conseil fédéral a défini cinq objectifs et il est vrai que le maintien et la promotion de la sécurité et de la paix sont un objectif. En revanche, la neutralité peut être un moyen que les Suisses jugent bon, mais la neutralité ne saurait être un but, on n'est pas neutre par idéal.

Il est donc très significatif que ceux qui combattent jusqu'à l'idée d'un rapprochement avec l'Europe soient les mêmes qui font de la neutralité leur idéal identitaire. J'aimerais leur rappeler quelques phrases du professeur Dietrich Schindler: «La neutralité a eu pour effet d'éliminer les questions de politique extérieure de la vie politique suisse. Grâce à la neutralité, la vie politique de la Suisse a pu se concentrer presque entièrement sur la politique intérieure. La neutralité suisse est considérée, dans notre pays surtout, comme un moyen de protéger nos structures internes contre toute influence étrangère.»

Que nous le voulions ou non, nous ne pouvons plus continuer à abriter derrière la neutralité le vieillissement de nos structures internes. Notre salut n'est pas dans le terrier de la neutralité. Il est, comme le dit le Conseil fédéral, dans l'intériorisation des problèmes de politique étrangère. Nous nous sommes beaucoup observés nous-mêmes, nous avons beaucoup trituré nos problèmes domestiques, il nous faut désormais apprendre à plus et à mieux regarder vers l'extérieur.

Suter Marc (R, BE): Das Herzstück des aussenpolitischen Berichts ist das klare Ja des Bundesrates zur Schweiz und zu Europa. Ob man dies wahrhaben will oder nicht, die Schweiz befindet sich auf diesem Weg nach Europa. Aussenpolitik ist nicht zuletzt Interessenwahrung für die Schweiz. Das Ziel eines Beitritts der Schweiz zur EU ist daher – bei allen Vorbehalten – nur folgerichtig. Es beruht auf einer realistischen und pragmatischen Einschätzung unserer Interessen, aber auch unserer Kräfte und Möglichkeiten. Der Bundesrat bekennt sich in seinem Bericht zu einer weltoffenen und selbstbewussten Schweiz.

Mit dem Ziel der Integrationspolitik – Beitritt zur Europäischen Union – bin ich einverstanden und danke dem Bundesrat, dass er trotz viel Gegenwind zu seinen Überzeugungen steht. Allen hier im Nationalrat, die viel Schlechtes mit Europa verbinden, möchte ich in Erinnerung rufen, dass «Europa» nicht bloss ein geographischer Begriff ist, sondern eine bereichernde Idee. «Europa» ist vor allem der Wille zur Freiheit. «Europa» ist auch Hoffnung auf Friede und Sicherheit, auf Wohlstand, auf Vielfalt in Kultur und Wissenschaft. «Europa» ist auch die Bereitschaft zum Ausgleich zwischen Arm und Reich und zur gemeinsamen Lösung der Gegenwartsprobleme. Die Europäische Union ist daher mehr als ein wirtschaftlicher Zu-

sammenschluss. Sie ist Fixpunkt der zukünftigen politischen und wirtschaftlichen Ordnung Europas. Der erfolgreiche Abschluss der Verhandlungen mit Österreich, Schweden, Finnland und auch Norwegen – alles selbstbewusste und starke Staaten – unterstreicht die Kraft und Dynamik der EU.

Die Geschichte wird die Schweiz schneller zur Insel machen, als es manchem hier im Saal lieb ist. Der Bundesrat hat diese Gefahr erkannt und glaubt zu Recht weder an den Erfolg des Alleingangs noch an die Chancen des Abseitsstehens.

Die Schweiz ist ein kleines Land. Bruchlinien und Gräben kreuz und quer können wir uns nicht leisten. Wollen wir in der Aussenpolitik erfolgreich sein, müssen wir uns bei allen Unterschieden zu Einigungen zusammenraufen. Gegner und Befürworter der Integration sollten nicht ihre Differenzen zelebrieren, sondern sich fragen, wo Übereinstimmung herrscht, wo alle Befürworter und Gegner, denen die Schweiz am Herzen liegt, am gleichen Strick ziehen können.

Die grosse Mehrheit des Schweizervolkes erwartet diesen Willen zum Konsens. Ein Brückenschlag ist beispielsweise möglich in der Unterstützung für erfolgreiche bilaterale Verhandlungen oder in einer offenen Kommunikation zwischen Brüssel und Bern oder im Einsatz für die eminent wichtige Annahme des Gatt.

Glauben Sie mir, auch wir «Europäer» sehen, dass die Europäische Union viele Mängel hat, verbesserungsbedürftig ist und ihre Form und Architektur noch nicht gefunden hat. Warum nicht gemeinsam gute Ideen und Traditionen in das europäische Haus einbringen? Warum nicht zum Föderalismus, zum Umwelt- und Alpenschutz, zum Freihandel, zum Umgang mit Minderheiten einen gescheiterten Beitrag leisten, warum nicht mittragen und mitgestalten, anstatt es besser zu wissen und abseits zu stehen? Könnten wir uns nicht auf dieser Ebene finden? Auch wenn sich unsere Ziele unterscheiden, können wir viele Wege miteinander gehen. Zu diesem Dialog sind wir «Europäer» bereit.

Rutishauser Paul (V, TG): Ich strebe keinen EU-Beitritt an, deshalb bin ich mit einigen Schlussfolgerungen des Bundesrates nicht voll einverstanden. Trotzdem nehme ich diesen Bericht zur Kenntnis. Ich stimme keinem der Rückweisungsanträge zu, möchte aber meine Bedenken anmelden.

Die Bedeutung der bilateralen Verhandlungen als erste Priorität kommt im Bericht zu kurz. Nach der Ablehnung des EWR und der Annahme der Alpen-Initiative sowie angesichts der zu befürchtenden Auswirkungen des Gatt sind vor allem wir Bauern nicht in einer komfortablen Lage. Wir werden wegen erhöhten Importen und kleineren Exportmöglichkeiten Marktanteile verlieren. Wir brauchen dringend einen besseren Zutritt zu den europäischen Märkten, deshalb sind bilaterale Verhandlungen über Marktzutritt und Harmonisierung von grösster Dringlichkeit. Der autonome Nachvollzug von EU-Richtlinien in verschiedenen Bereichen ist notwendig. Das Ergebnis der bilateralen Verhandlungen sollte nach Möglichkeit dem entsprechen, was in den EWR-Verhandlungen ausgehandelt wurde. Es sollte mit allen Mitteln versucht werden zu verhindern, dass wir von der EU in den Drittlandstatus gedrängt werden. Wir haben den Eindruck, dass die Gründe für den mangelnden Fortschritt in den bilateralen Verhandlungen nicht nur in Brüssel, sondern auch in Bern liegen.

Mit der Offenhaltung der Option für einen eventuellen späteren EU-Beitritt kann ich mich einverstanden erklären. Ich erwarte aber vom Bundesrat, dass er vorerst alles daransetzt, auf bilateralem Weg Resultate zu erreichen. Wir dürfen nicht laufend Vorleistungen erbringen und Konzessionen machen, ohne konkrete Gegenleistungen zu erhalten.

Misteli Marguerite (G, SO): Die OECD-Staaten verfügen mit knapp 15 Prozent der Weltbevölkerung über etwas mehr als 75 Prozent des Welteinkommens. Die sogenannte Dritte Welt kommt mit ungefähr 75 Prozent der Weltbevölkerung gerade noch knapp auf 20 Prozent des Welteinkommens. Die Schweiz ist eines der reichsten, wenn nicht das reichste Land der Welt. Wir weisen ein fast zwanzigmal grösseres Volkseinkommen aus, als es unserem Anteil an der Weltbevölkerung entsprechen würde. Das Fernsehen hat unseren materiellen

Wohlstand bis in die ärmsten Länder bekannt gemacht. Die armen Leute und ihre Regierungen fordern heute einen Teil des Wohlstandskuchens. Als Industrieland des Nordens haben wir Ressourcen, welche der ganzen Menschheit gehören, unverhältnismässig übernutzt. Trotzdem haben wir jahrzehntelang, jahrhundertlang unser Entwicklungsmodell mit aller Aggressivität in die Länder des Südens exportiert, ohne uns dabei Rechenschaft zu geben, dass unsere Lebensgrundlagen dem Raubbau einer Entwicklung zu einer Industrie- und Konsumgesellschaft nach diesem Muster für weitere 75 Prozent der Weltbevölkerung nicht standhalten würden. Das Nord-Süd-Gefälle mit den daraus resultierenden Konflikten wie Verelendung, Unruhen, Kriegen, Migrationsdruck, Umwelterstörung usw. ist deshalb einer der Faktoren, welche in Zukunft unsere Aussenpolitik stärker bestimmen müssen.

Andererseits bescherte das System der freien Marktwirtschaft der schweizerischen Bevölkerung zwar einen weltweit einmaligen materiellen Wohlstand, unterwarf aber in der Konsequenz die Beziehungen zwischen den Menschen sowie der Menschen zu ihrem Lebensraum ebenfalls den Marktgesetzen. Auch in der Schweiz ist der Mensch zum blossen Kostenfaktor degradiert, welcher entsprechend den Gewinnaussichten an einem beliebigen Ort einsetzbar ist oder entlassen wird. Die Angst vor sozialem Abstieg, vor Verlust des heutigen Besitzstandes für einen grossen Teil der schweizerischen Bevölkerung ist für mich die zweite wichtige Rahmenbedingung für die schweizerische Aussenpolitik, für die schweizerische Weltinnenpolitik.

Mit der heutigen Globalisierung und Vernetzung der Wirtschaft in den Händen von wenigen transnationalen Konzernen, Finanzinstitutionen und Medien ist auch unsere innere Sicherheit nicht mehr ohne Engagement für eine weltweite menschliche Sicherheit, ohne verstärktes Engagement in der Sicherstellung der elementaren Grundbedürfnisse für die ganze Weltbevölkerung möglich. Das bedeutet, dass das inzwischen ein wenig aus der Mode gekommene Wort «Solidarität» mehr Gewicht bekommen muss, innerhalb der Schweiz und für die Schweiz gegenüber der Welt, und dass die Schweiz ein verstärktes Engagement in der Uno und in anderen internationalen Organisationen für die weltweite menschliche Sicherheit entfalten muss. Dazu muss die Schweizer Regierung unsere Wirtschaft und unsere Banken wieder stärker in die Verantwortung nehmen und in einen intensiven Dialog mit der Bevölkerung über die Zusammenhänge und Auswirkungen der schweizerischen Innen- und Aussenpolitik treten. Die Grundaussage des Bundesrates, dass die eigene Interessenwahrung nicht nur Ziel und Mittel, sondern Rechtfertigung und Beweggrund jeglicher aussenpolitischer Aktivität sei, ist zu kurzichtig, ja sie gefährdet eben unsere so hoch gelobte innere Sicherheit.

Ich erwarte einen stärkeren Einsatz des Bundesrates für die sogenannte «global human security» und hätte den aussenpolitischen Bericht gerne gemeinsam mit dem Nord-Süd-Leitbild diskutiert – und nicht abgekoppelt davon, wie der Norden eben den Süden des öfters abkoppelt.

Herr Bundesrat Cotti, können Sie uns sagen, wann das Nord-Süd-Leitbild erscheint? Ohne konkrete Aussagen, wie sich die Schweiz im Nord-Süd-Konflikt verstärkt engagieren will, ist für mich der Bericht zur Aussenpolitik in den neunziger Jahren unvollständig.

Keller Anton (C, AG): Die Neutralitätsfrage erscheint zwar in diesem Bericht nur als Anhang. In Tat und Wahrheit steht sie aber im Zentrum aller aussenpolitischen Überlegungen.

Die Neutralitätspolitik hat beigetragen, die Schweiz stabil zu machen. Die Neutralitätspolitik ist es aber auch, welche die Schweiz heute unbeweglich machen kann. Nach unserer Auffassung ist die Neutralität zwar nur das Mittel der Aussenpolitik; aber im historischen Bewusstsein des Schweizervolkes ist sie weit mehr, entzieht sie sich einer bloss sachlichen Beurteilung. Denn nach der Einschätzung vieler Generationen verdankt die Schweiz ihre Verschonung vor Kriegen der Neutralität. Sie müssen bedenken: Die Schweiz war in den letzten 500 Jahren nur während fünf Jahren von einem Feind besetzt. Dies schafft eine emotional starke Anhänglichkeit – das ist eine

politische Einflussgrösse, die man keineswegs vernachlässigen darf.

Kann man aber heute ein für allemal festschreiben lassen, dass wir die Neutralitätspolitik in der Zukunft nie ändern wollen, wie immer sich auch die Welt um uns herum ändern wird? Das kann man nicht; das wäre nicht nur illusionär, das wäre anmassend! Was wir sagen können, ist dies – auch der Bericht sagt es –: dass wir auf jeden Fall eine Aussenpolitik verfolgen, die uns aus Kriegen heraushält, dass wir die Neutralitätspolitik anpassen, wo unser Interesse und das Interesse der Völkergemeinschaft es gebieten, und dass wir die Neutralität in ihrer Kernsubstanz nicht aufgeben wollen, bevor wir etwas Besseres gefunden haben.

Aber Neutralität als etwas Absolutes sehen hiesse unseren aussenpolitischen Spielraum massiv einengen. Und gerade das kann heute und in der Zukunft nicht im Interesse unseres Landes sein. Denn nichts ist so richtig wie der Satz auf Seite 20 des Berichts. Man sollte ihn in die Schullesebücher aufnehmen und auswendig lernen. Er lautet: «Sicherheit und Frieden sind unteilbar, d. h., es gibt keine dauerhafte Sicherheit für die Schweiz, wenn nicht auch das europäische Umfeld Sicherheit genießt, und es gibt keine dauerhafte Sicherheit für Europa in einer unsicheren Welt.» In dieser Formel liegt die Notwendigkeit der Öffnung begründet. Es ist eine Absage an den Irrglauben, dass für die Schweiz alles gut werden kann, wenn sie nur neutral ist. Zwar werden wir auch in Zukunft selber definieren, was wir unter unserer Neutralität verstehen, aber wir müssen es so tun, dass nicht nur wir unsere Neutralität verstehen, sondern auch die ändern. Denn welche Schutzwirkung hätte die Neutralität sonst noch als die eines nationalen Feigenblatts, welches die Blöße unserer Egozentrik zudecken soll? Die Zeichnung der Neutralitätspolitik als eines beweglichen Instrumentes, wie sie der Bundesrat in seinem Bericht vorgenommen hat, findet meine Zustimmung.

Comby Bernard (R, VS): Un peu plus d'un an après le fameux vote du 6 décembre 1992, la Suisse cherche encore la nouvelle voie à suivre pour vivre avec les Européens au coeur de l'Europe. Pendant ce temps, nonobstant la crise économique et les difficultés structurelles et financières, malgré tous ses détracteurs, l'Europe continue sa patiente construction. Je cite le marché unique, le Traité de Maastricht, l'Espace économique européen, et l'adhésion prochaine de l'Autriche, de la Finlande et de la Suède à l'Union européenne.

Dans ce même laps de temps, la Suisse, pays qui fut l'image de la solidarité fédéraliste, de l'humanisme international, de l'harmonie consensuelle entre plusieurs langues, plusieurs religions et plusieurs cultures, ne parvient pas à trouver la voie du compromis pour s'intégrer à ce grand projet mobilisateur, à cette belle oeuvre de paix, de solidarité et de progrès.

La question qui se pose, face à ce constat, n'est pas que technique, structurelle ou politique. Elle est d'abord culturelle, au sens large du terme. Elle touche en effet à l'identité même de la Suisse, à sa capacité de retrouver le sens de l'intérêt général – qui n'a rien à voir, bien sûr, avec l'addition des intérêts particuliers – et à la volonté de participer à un large débat démocratique à l'échelle du continent.

Située au coeur d'une Europe organisée et structurée, la Suisse n'a aucun avenir scientifique, politique et culturel en dehors de cette communauté. A l'instar du Conseil fédéral, nous pouvons dire que l'adhésion à l'Union européenne est donc la seule perspective viable à long terme pour notre pays, au sein d'une Europe qui doit impérativement devenir plus démocratique et plus fédéraliste. Un projet de constitution européenne est actuellement à l'étude. La Suisse pourrait par exemple y apporter une contribution originale. En dehors de cette voie, la Suisse est condamnée à l'isolement.

Le vote négatif du 6 décembre 1992 et l'acceptation, le 20 février 1994, de l'initiative des Alpes contribuent à développer une politique de «réduit national» dommageable à l'avenir de notre pays. Les conséquences de l'acceptation de l'initiative des Alpes sont négatives à un double titre.

Sur le plan intérieur, d'abord, elles se traduisent par une aggravation du fossé qui sépare la Suisse romande de la Suisse alémanique. Ce n'est pas en pratiquant la politique de l'autru-

che, en occultant la crise, que l'on va résoudre ce genre de problème. L'analyse de cette délicate problématique requiert bien sûr de la lucidité et du courage dans le but de renforcer la cohésion nationale.

Ensuite, sur le plan international, les conséquences négatives se manifestent par un nouvel isolement de la Suisse sur la scène européenne en provoquant l'ire des transporteurs européens et en rendant plus difficiles encore les impossibles négociations bilatérales.

Dans ces conditions, le processus d'adhésion à l'Union européenne aurait le double avantage de renforcer la cohésion interne de la Suisse multilingue et pluriculturelle en pratiquant une politique européenne digne de ce nom. Paradoxalement, la Suisse pourrait en quelque sorte panser ses blessures internes en s'ouvrant davantage à l'Europe communautaire. Le modèle helvétique de la cohabitation pacifique de diverses langues, religions et cultures sur un territoire exigu ne serait plus une coquille vide. L'intégration de la Suisse à l'Europe doit constituer l'une des priorités majeures de la politique helvétique durant ces prochaines années.

Pour conclure, j'aimerais poser deux questions, sous forme de vœu. Je pense que, dans cette période transitoire, nous devons insister tout d'abord sur la nécessité d'offrir à l'agriculture et à la viticulture des moyens efficaces de s'adapter aux changements et, d'autre part, que nous devons insister aussi sur la nécessité de promouvoir la coopération transfrontalière en donnant aux régions frontalières, qui sont de véritables passerelles naturelles sur le chemin européen, les moyens de mener une politique plus dynamique dans l'intérêt de l'ensemble du pays, en participant plus activement au programme Interreg par exemple, mais aussi aux programmes européens de recherche et de formation.

Je conclus en saluant le rapport du Conseil fédéral et en vous invitant à en prendre acte de manière positive.

Borradori Marco (D, TI): Se qualcuno si aspettava d'intravedere in questo rapporto un ripensamento, un riorientamento della nostra politica estera, sarà rimasto deluso. Il documento parla un'unica lingua, peraltro assai chiara. L'obiettivo finale del Governo rimane la piena integrazione nell'Unione europea. Questo a dispetto della volontà popolare che ha bocciato lo Spazio economico europeo e che dunque, a maggior ragione, non può essere d'accordo di integrarsi in un'Europa fattiscente, centralistica e antidemocratica.

Il recente schiaffo dato indirettamente all'Europa dal popolo svizzero con l'accettazione dell'iniziativa delle Alpi ne è solo un'ulteriore conferma. Il rapporto, già per questo, manca di credibilità. Inoltre denota delle importanti lacune. Le considerazioni relative ai negoziati bilaterali sono stringate, scarse e poco convincenti. Eppure, la strada indicata dal Sovrano con il suo voto del 6 dicembre 1992 andava proprio in direzione di un approfondimento degli accordi bilaterali. Ancora una volta sembra quasi che la votazione sullo Spazio economico europeo non sia mai avvenuta.

L'affermazione secondo cui il Consiglio federale intende impegnarsi seriamente negli accordi bilaterali non è dal canto suo credibile, già per il fatto che il Governo stesso sottolinea che, qualora i negoziati bilaterali dovessero fallire, sarebbe indispensabile entrare a far parte dello Spazio economico europeo o dell'Unione europea.

Ora, se ci sediamo al tavolo dei negoziati con questi presupposti e con questa motivazione, è chiaro che le trattative bilaterali non potranno che fallire, con grande gioia di chi pregusta, di chi prefigura già l'integrazione. Il tutto ha un po' l'amaro sapore dell'alibi, del capro espiatorio che ci si sta preoccupando di confezionare con largo anticipo per coprirsi un domani le spalle.

Nel rapporto si cerca poi, invano, una spiegazione logica che renda perlomeno plausibile perché mai dopo il «no» allo Spazio economico europeo si dovrebbe ora fare rotta verso l'Unione europea. La questione non mi sembra così irrilevante. Non fosse altro che per un doveroso rispetto nei confronti del voto espresso il 6 dicembre 1992, uno sforzo del Governo in questa direzione si imponeva. Invece niente. Volontà del Sovrano come «optional» di cui non è assolutamente necessario tenere conto? Sembrirebbe di sì.

L'insistenza con cui si focalizza la piena integrazione europea quale obiettivo è in ogni caso così marcata e penetrante da apparire come una vera e propria sfida alla volontà popolare.

Altrettanto sconcertante è la prospettiva di un avvicinamento all'ONU. La votazione popolare in merito ha avuto un esito che raramente è stato così netto e inequivocabile. Tre cittadini su quattro si sono pronunciati contro l'adesione e hanno con ciò manifestato la loro chiara volontà di tenersi alla larga da un'organizzazione di stampo centralistico e burocratico, retta da pochi Paesi potenti.

In virtù della sua neutralità e della sua tradizione, il nostro Paese ha potuto e potrà svolgere una politica di pace attiva ineguagliabile, anche stando al di fuori dell'ONU.

Il Consiglio federale manifesta inoltre la sua esplicita volontà di sopprimere a tappe la neutralità, di svuotarla dei suoi contenuti, riducendola all'ombra di se stessa, a inutile suppellettile che si può mettere da parte. E questo proprio oggi, in un periodo in cui più che mai il quadro strategico e bellico esistente all'interno del teatro europeo è caratterizzato da una profonda incertezza e da una pericolosa insicurezza.

Il fatto che il documento schiacci l'acceleratore verso l'integrazione europea dà in definitiva l'impressione che si voglia effettuare la classica fuga in avanti. Fallito il bersaglio piccolo, lo Spazio economico europeo, tentiamo ora con il bersaglio grosso, l'Unione europea. In altri termini: facciamo entrare dalla finestra ciò che il popolo ha buttato fuori dalla porta. Un atteggiamento inaccettabile che ci obbliga a respingere il rapporto.

Per essere credibile, il nostro Governo dovrebbe invece proporre una nuova politica europea della Svizzera, rispettosa della volontà popolare e il cui filo conduttore non sia accondiscendenza nei confronti dell'Unione europea, bensì apertura pragmatica e puntuale che continui a garantire al nostro Paese sovranità, indipendenza e neutralità.

Bührer Gerold (R, SH): Ich erachte den bundesrätlichen Bericht zur Aussenpolitik als eine wertvolle und umfassende Auslegeordnung. Er gewährt auch die notwendige Transparenz. Ich möchte mich auf einige Ausführungen zur Neutralitätspolitik beschränken, weil hier – so meine ich –, losgelöst vom zweifellos stark mit Emotionen besetzten Mythos der Neutralität, Fragen zur Lagebeurteilung, zur Konsistenz und zu den Zielsetzungen des Bundesrates gestellt werden müssen. Es handelt sich nicht einfach um ein Instrument, sondern – wie die Geschichte gezeigt hat – um das zentrale Instrument nicht nur der Aussen- und Sicherheitspolitik, sondern auch der Innenpolitik, mit erheblichen positiven Auswirkungen auf unsere Wohlfahrt.

Unser Status der dauernden Neutralität ist denn, wie wir wissen, auch nicht so einfach – und in bezug auf die integrationspolitische Frage schon gar nicht – vergleichbar mit der Neutralität anderer Länder in Europa. Können, sollen wir den Begriff der Neutralitätspolitik derart relativieren, dass er – wie der Bundesrat z. B. auf Seite 59 schreibt – zu einem «wandelbaren Mittel zur Interessenwahrung» wird? Als ein engagierter Befürworter des EWR, aber auch so entschiedener Gegner eines Automatismus bezüglich der Maastrichter Verträgen – und zwar nicht nur aus ökonomischen, sondern vor allem aus staatspolitischen Gründen – bin ich sehr überrascht, wie der Bundesrat diese neutralitätspolitische Frage zu relativieren scheint, so weit zu relativieren scheint, dass sie nicht frei von offenkundigen Widersprüchlichkeiten ist.

Wo man in bezug auf die Frage der ökonomischen Vor- und Nachteile eines Beitritts zur Europäischen Union auch immer steht: Mir scheint die Ausführung höchst fragwürdig, dass die Neutralitätsfrage nicht einmal ein Verhandlungsgegenstand sein soll. Ich glaube, die Grundfesten der Neutralitätspolitik und das Verständnis der Neutralität im In- und Ausland lassen es nicht zu, dass diese Frage an derart kurzfristigem Zeitgeist orientiert abgehandelt wird. Meines Erachtens jedenfalls genügen die Hinweise auf die Beanspruchung der Bandbreite in der Neutralitätspolitik in den dreissiger Jahren oder in anderen Perioden dieses Jahrhunderts nicht, um eine derart starke Beschränkung des Stellenwertes der Neutralitätspolitik in Kauf zu nehmen. Ich glaube, dass gerade die Neutralitätspolitik in

einer Phase des Umbruchs und der zunehmenden Instabilität eine ideale Basis ist, um unsere traditionelle Rolle der Zurückfügungstellung der Guten Dienste und der Solidarität mit der Welt aktiv wahrzunehmen. Ich teile von daher die Auffassung nicht, dass der Status der strikten oder relativ strikten Neutralität unsere Möglichkeiten in diesen Bereichen der Aussenpolitik einschränke.

Wenn schon festgehalten wird, dass uns der Status der Neutralität einen grossen politischen Handlungsspielraum gewähre, dann scheint es mir nicht logisch, ebendiesen Status über Gebühr zu relativieren. Wenn der Bundesrat schon schreibt, dass die sicherheits- und die verteidigungspolitische Finalität durch ein beitragswilliges Land mitzutragen sei, dann scheint mir, dass der Gehalt der Neutralität durch einen solchen Beitritt eben tangiert wird.

Auch in der innenpolitischen Dimension, die im Bericht mehrfach angesprochen wird, glaube ich nicht, dass wir angesichts der sprachlichen und kulturellen Vielfalt die innenpolitische Dimension einer zunehmenden Aufweichung der Neutralitätspolitik einfach unter den Tisch wischen können. Ich glaube, dass gerade auch in bezug auf die innenpolitische Akzeptanz aussenpolitischen Handelns und der Integrationspolitik eine glaubwürdige Neutralität von eminenter Bedeutung ist. Ich komme zum Schluss:

1. Ich bin der Auffassung, dass der Bundesrat die verschiedenen integrationspolitischen Varianten als Optionen weiter ernsthaft prüfen und bearbeiten soll. Ich bin hingegen nicht der Auffassung, dass jetzt schon ein Szenario als übergeordnete Zielsetzung festgelegt werden muss.
2. Die Neutralitätspolitik soll aus innen- und aussenpolitischen Gründen auch bei weiteren integrationspolitischen Schritten voll gewahrt werden.
3. Mir scheint, dass die Neutralität gerade in einem Umfeld erhöhter Instabilität als ideale Basis für die traditionelle Rolle unseres Landes zugunsten von Humanität und Menschenrechten aktiv genutzt werden soll.

Ich nehme vom Bericht des Bundesrates Kenntnis, aber nur mit klaren Vorbehalten zu den neutralitäts- und europapolitischen Ausführungen.

Dünki Max (U, ZH): Ich spreche zum Kapitel 413, Förderung der Wohlfahrt. In seinem Bericht weist der Bundesrat nur ganz kurz auf die Wichtigkeit des Gatt-Abkommens hin, indem er auf Seite 34 schreibt: «Auf globaler Ebene bildet der Abschluss der Uruguay-Runde mit substantiellen Verhandlungsergebnissen ein zentrales wohlfahrtspolitisches Anliegen der Schweiz. Ein gestärkter Gatt-Rahmen würde u. a. dazu beitragen, unsere Beziehungen zu den ausserhalb Europas entstehenden regionalen Wirtschaftsräumen offenzuhalten.»

Der Bundesrat verspricht, sich künftig für einen weiteren Ausbau des Gatt-Regelwerkes einzusetzen. Das finde ich klug und vernünftig. Mit dem erfolgreichen Abschluss der Uruguay-Runde haben wir eine wichtige Schlacht gewonnen, aber noch keinen Sieg erreicht. Die Uruguay-Runde ist ein beachtlicher Erfolg, aber kein Ersatz für eine schweizerische Europapolitik. Ich bezeichne das Gatt als aussenwirtschaftliches Auffangnetz für die Schweiz. Das Abkommen stärkt die Stellung der Schweiz sowohl im aussereuropäischen Bereich als auch in Europa selbst. Es muss aber betont werden, dass die neu ausgehandelten Spielregeln im allgemeinen doch viel weniger weit gehen als etwa die auf die Errichtung eines gemeinsamen Binnenmarktes gerichteten Regelungen der EU beziehungsweise des EWR. In diesem Sinne vermag das Gatt-Abkommen nicht die aktive Beteiligung der Schweiz am europäischen Binnenmarkt zu ersetzen. Trotz Gatt ist die Schweiz nach wie vor keine Anwärterin für einen Alleingang. Auch die vehementen Gegner der bundesrätlichen Europapolitik sollten endlich zur Kenntnis nehmen, dass die Schweiz keine Insel ist, sondern in einer nicht rückgängig zu machenden Weise vor allem mit Westeuropa, aber auch mit der übrigen Welt wirtschaftlich, kulturell, historisch und politisch verbunden ist. Wir können und dürfen in unserem Land nicht die Vorgänge in Europa nur passiv nachvollziehen. Im wohlverstandenen Eigeninteresse müssen wir versuchen, sie aktiv mitzugestalten. Ein aussenwirtschaftlicher Alleingang ist für die Schweiz keine Op-

tion. Die Zugehörigkeit zum Gatt allein vermag das heutige Wohlstandsniveau nicht zu sichern. Weitergehende Schritte in Richtung Europa sind unumgänglich. Wenn uns dies in den neunziger Jahren nicht gelingt, riskieren wir hohe Wohlstandsverluste.

Kurzfristig sind wir aus innenpolitischen Gründen gezwungen, mit der EU bilaterale sektorielle Verhandlungen zu führen. Als Angestelltenvertreter sind aber für mich Abkommen, die nur sektoriell die wirtschaftlichen und nicht auch die allgemein sozialpolitischen Aspekte berücksichtigen, nicht akzeptabel. Sektorielle bilaterale Abkommen werden von den Angestellten im Gesamtzusammenhang auch daran gemessen, wie sie die soziale Dimension beeinflussen beziehungsweise sichern. Sie dürfen die Option EWR- oder EU-Beteiligung der Schweiz in keiner Weise beeinträchtigen. Gerne hoffe ich, dass der Bundesrat und seine Vertreter in Brüssel sich dieser grossen Verantwortung bewusst sind.

Ich teile die Auffassung des Bundesrates, dass aus wirtschaftlichen, sozialen, sicherheits- und gesellschaftspolitischen Erwägungen längerfristig nur eine volle Beteiligung der Schweiz an der EU in Frage kommt. Die Schweiz soll ihre Einflussmöglichkeiten auf die definitive Ausgestaltung einer föderalistischen und demokratischen EU rechtzeitig sichern und wahrnehmen. Alles andere wäre langsamer Selbstmord. Ich bin davon überzeugt, dass auf globaler Ebene die Schweiz ihre Mitwirkungsmöglichkeiten auch durch den Beitritt zur Uno konsolidieren muss, nachdem sie bereits dem Internationalen Währungsfonds und der Weltbank angehört.

Persönlich bin ich vom hervorragenden Bericht des Bundesrates zur Aussenpolitik befriedigt. Ich finde darin realistische Überlegungen, die ich im grossen und ganzen teilen kann. Beim Bericht handelt es sich um Zielvorgaben, die im wohlverstandenen Interesse unseres Landes liegen. Ich nehme von der Fleissarbeit des Bundesrates und der Verwaltung zustimmend Kenntnis.

Scherrer Werner (–, BE): Als Vertreter der Eidgenössischen Demokratischen Union möchte ich in aller Deutlichkeit bekunden, dass ich mit dem vorliegenden Bericht des Bundesrates über die zukünftige Aussenpolitik nicht einverstanden bin und deshalb auch alle Rückweisungsanträge unterstützen werde. Trotzdem möchte ich dem Bundesrat für die übersichtliche Aufgliederung, seine Beurteilung der Lage und die klare Darlegung der Perspektiven danken.

Wie einige meiner Vorredner lehne ich den Beitritt zur EU als strategisches Ziel unserer Integrationspolitik ab. Wir würden uns verkaufen und uns unter eine wenig demokratische, eher diktatorisch auftretende Zentralgewalt in Brüssel unterwerfen, und wir müssten wesentliche Volksrechte aufgeben. Wie die Diskussion zeigt, sind gewisse Parlamentarier bereit, aus finanziellen und ideologischen Gründen Seele und Herz unseres Vaterlandes zugunsten von multinationalen Kräften nachhaltig zu schädigen.

Die im Zeitplan bis 1995 vorgesehenen bilateralen Verhandlungen werden halbherzig angegangen. Sie werden vom Bundesrat eigentlich nur als Mittel zum Zweck eines späteren EU-Beitrittes geführt. Als besonders bedenklich ist auch zu werten, dass der Bundesrat den Neutralitätsbegriff neu definiert und seine Bedeutung stark herunterspielt. Angesichts der gegenwärtig unsicheren politischen Lage und der Gefahr von unberechenbaren Entwicklungen besteht kein Anlass, die bewährte Neutralitätspolitik in Zweifel zu ziehen oder von ihr abzugehen. Sie ist weder Mittel zum Zweck, noch ein simples Instrument, noch gehört sie in die Gerümpelkammer, wie jemand in diesem Rat despektierlich meinte.

Ich und die EDU sind mehr als besorgt über die Politik des Bundesrates, beunruhigt auch über die tiefgreifende Spaltung unseres Volkes in dieser zentralen Frage. Insbesondere lehne ich auch die im Bericht und hier im Rat geäusserte Absicht ab, dem widerspenstigen Volk den EU-Beitritt schmackhaft zu machen. Nach Kollege Mühlemann hätte dieses Volk einen pädagogisch-politischen Effort nötig, also eine Art Nachhilfeunterricht. Verkaufen Sie doch bitte unser Volk nicht für derart dumm und naiv! Der Versuch, ihm die angeblichen aussenpolitischen Wahrheiten beizubringen, wird ganz bestimmt wie-

derum Schiffbruch erleiden. Die Liebe zur Heimat und zu deren Unabhängigkeit ist keineswegs eine Mythologisierung oder eine populistische Betrachtungsweise. Wir sind offen für eine föderalistische Zusammenarbeit und Mitarbeit mit anderen Staaten in Europa, aber auch der ganzen Welt. Wir wollen jedoch frei bleiben, wie unsere Väter und Vorväter waren.

Wir werden uns mit allen demokratischen Mitteln und Möglichkeiten zu wehren wissen: einmal gegen die einseitige Medienkampagne, die bereits jetzt für den EU-Beitritt geführt wird, dann gegen die nächstens vorliegende Blauhelm-Vorlage, die auch in Richtung Aufgabe der Neutralität geht, aber auch gegen den «Eurokurs» des Bundesrates, den wir mehr als einseitig finden.

Maspoli Flavio (D, TI): Man kann alles und das Gegenteil von allem behaupten. Und man kann alles und das Gegenteil von allem auch begründen. Herr Kollega Gross Andreas und die Präsidentin dieses Rates wissen anscheinend z. B. ganz bestimmt, dass das Ja zur Alpen-Initiative kein Nein zu Europa ist. Woher wissen sie's? Das haben sie uns leider vergessen zu sagen. Ich glaube nicht, dass unsere Präsidentin oder Herr Gross einen sechsten Sinn besitzen, welcher ihnen sagt, was unser Volk empfindet.

Tatsache ist, dass das Schweizervolk, die Schweizerinnen und die Schweizer, zweimal die Gelegenheit hatte, nein zu Europa zu sagen, und es hat beide Gelegenheiten wahrgenommen, am 6. Dezember 1992 und kürzlich, am 20. Februar 1994.

Demokratieverständnis heisst, den Volkswillen zu akzeptieren. Man nennt das Volk nicht einfach so souverän; man nennt es den Souverän, weil seine Meinung letztendlich gilt. Und wenn die Meinung des Volkes zu gelten hat, hat der Bundesrat nicht in diesem Moment den Kurs auf Europa anzupeilen, mit dieser Schnelligkeit anzupeilen.

Ich möchte Ihnen ein Beispiel aus diesem Rat erzählen. Vergangene Woche ging es darum, innerhalb des neuen Ausländergesetzes, oder besser gesagt der Zwangsmassnahmen für straffällige Ausländer, zu bestimmen, ob der Richter oder die Fremdenpolizei die eventuelle Haft auszusprechen hätten. Was ist passiert? Die erste Abstimmung endete mit 82 zu 82 Stimmen, die Präsidentin gab den Stichentscheid zugunsten des Richters. Ein Kollege, den ich übrigens sehr geschätzt habe in diesem Moment, hat spitzfindigerweise gesagt, die Anlage habe nicht funktioniert. Man hat noch einmal abgestimmt. Was ist passiert? Die Mehrheit obsiegte deutlich, und warum? Weil viele Kolleginnen und Kollegen es als unrichtig empfunden haben, dass man eine Abstimmung, die hieb- und stichfest mit einem Stichentscheid stand, wiederholt hat. Das ist Demokratieverständnis, und dieses Verständnis hat dieser Rat bei dieser Gelegenheit ganz deutlich bewiesen. Was zwingt uns so dringend, unbedingt in dieses nebulöse Europa einzutreten? Kein Mensch weiss es, und viele Menschen wissen es immer weniger. Nun, man darf das Volk nicht behandeln, als ob es ein «Juhu-Anhängsel» dieses Parlamentes sei. Das Volk hat nein gesagt: Es hat einmal nein gesagt, es hat zweimal nein gesagt, und ich habe das Gefühl, es würde beim drittenmal noch deutlicher nein sagen. Mir fällt da ein Zitat des österreichischen Kabarettisten Georg Kreisler ein, der eine Serie Lieder geschrieben hat, die er «seltsame Liebeslieder» nannte, und eines davon sagte: «Wenn eine Liebe 'pft' ist, dann ist sie wirklich 'pft'.» Und ich habe das Gefühl, wenn wir so weitermachen, ist die Liebe zu Europa seitens des Schweizervolks wirklich «pft», und dann brauchen wir überhaupt nie wieder darüber zu sprechen.

Mich dünkt es, dass wir uns hier absolut auf dem falschen Weg befinden. Heute sind bilaterale Verträge und bilaterale Verhandlungen gefragt und nichts anderes. Prioritäten in diesem Zeitpunkt zu setzen ist meines Erachtens völlig falsch.

On. Consigliere federale Cotti, mi permetta una considerazione squisitamente personale. Quando sono stato eletto in questo Consiglio nazionale sono venuto a Berna con la ferma volontà di difendere la politica e le idee del mio movimento e dei miei elettori. Nel contempo per, conscio dell'importanza per il nostro cantone di avere un rappresentante nell'esecutivo federale, mi ero ripromesso di assecondare comunque sem-

pre la politica del mio Consigliere federale. Oggi devo venir meno a questa promessa, on. Cotti. Spero che Lei non ne me ne voglia. Il mio comportamento oggi non intacca minimamente la profonda stima che io ho per Lei e la riconoscenza che io Le devo, ma che tutto il Cantone Ticino Le deve per ciò che ha fatto per la nostra patria e per il nostro cantone.

Meier Hans (G, ZH): Ich habe vor dem 6. Dezember 1992 gegen den EWR-Vertrag gekämpft, weil ich ihn als Vorstufe zum Beitritt zur damaligen Europäischen Gemeinschaft ansah. Der Bundesrat ist sich treu geblieben. Vor dem 6. Dezember 1992 hat er den EWR-Befürwortern mit seiner Ehrlichkeit den Abstimmungssieg vermasselt. Heute erklärt er folgerichtig den Beitritt zur EU, zur Europäischen Union, zum strategischen Ziel. Der Bundesrat schreibt auf Seite 8 der Botschaft: «Unabhängigkeit, verstanden als möglichst hoher Grad der Selbstbestimmung der eigenen Zukunft, erfordert am Ende des 20. Jahrhunderts enge internationale Zusammenarbeit und umfassende Mitwirkung in internationalen und supranationalen Organisationen.»

Auch ich will mir treu bleiben: Internationale Zusammenarbeit ja; Uno-Beitritt ja; Blauhelme stellen ja. Aber dass ein EU-Beitritt unsere Unabhängigkeit und Souveränität fördern und erhalten solle, akzeptiere ich nicht. Der Bundesrat verspricht in seinem Bericht, dass wir der EU nur beitreten könnten, wenn wir unsere direkte Demokratie, unsere typisch schweizerische Referendumsdemokratie opfern würden. Wenn die Europäische Union die Ziele des Maastrichter Vertrages erreichen will, so kann sie die Teilnahme eines direktdemokratisch organisierten Landes gar nicht zulassen. Die EU wird nie akzeptieren, dass ein Land sein Volk über die unter den Regierungen ausgehandelten Verträge befragt und damit riskiert, dass die mühsam ausgehandelten Kompromisse umgeworfen werden. Wo wäre wohl die Alpen-Initiative gelandet, wären wir bereits EU-Mitglied? Im Papierkorb! Die Initiative hätte ungültig erklärt werden müssen.

Demokratie war jahrzehntlang das Markenzeichen des Westens gegenüber dem sozialistischen Lager. Heute aber beginnen in Bedrängnis geratene Eliten die eingespielten demokratischen Regeln zu fürchten; dies auch in unserem Land.

Die Schweiz ist heute in Europa eine der fortgeschrittensten multikulturellen Gesellschaften. Und wenn man bei den in der Schweiz ansässigen Ausländerinnen und Ausländern herumhört, sind nur jene für die Vision Europa, die selbst aus einem EU-Land stammen. Die Festung Europa könnte bald zu einer egoistischen Grossmacht werden, die zu Lasten und auf Kosten der übrigen – vor allem der Länder des Ostens und des Südens – ihren Reichtum nicht teilen, sondern vergrössern will. Ich halte es da mit unserem Bundespräsidenten, der in einem «Tages-Anzeiger»-Interview sagte: «Vor allem bin ich überzeugt, dass wir heute nicht einfach europäische, sondern globale Lösungen suchen müssen. Wir müssen globaler denken lernen, sei es im sicherheitspolitischen oder im wirtschaftlichen Bereich.»

1998 feiern wir den 150. Jahrestag der modernen Schweiz und der Bundesverfassung. Wir Schweizerinnen und Schweizer sind mit Recht stolz auf unsere direktdemokratischen politischen Rechte. Wir werden eifersüchtig auf sie achten.

Mit einem EU-Beitritt setzen wir all dies aufs Spiel. Deshalb unterstütze ich den Rückweisungsantrag Hafner Rudolf, der vom Bundesrat klare Auskunft über die Folgen eines EU-Beitritts für die Volksrechte verlangt. Ich bitte Sie, dies auch zu tun.

Spoerry Vreni (R, ZH): Der Bericht, den wir heute diskutieren, ist ein umfassender Bericht über die Aussenpolitik der Schweiz. Er ist in diesem Sinne kein Integrationsbericht. Trotzdem, die Diskussion zeigt es: Das zukünftige Verhältnis der Schweiz zur Europäischen Union ist für uns zentral und erhitzt die Gemüter am meisten. Der absoluten Formulierung des Bundesrates, der EU-Beitritt sei das strategische Ziel der Integrationspolitik, kann nicht überall zugestimmt werden, auch nicht in unserer Fraktion. Zwar ist auch für uns ein EU-Beitritt selbstverständlich eine Möglichkeit. Aber wir können diese Möglichkeit heute noch nicht so exklusiv sehen, wie das offensichtlich der Bundesrat tut. Der Grund dafür ist ein-

fach: Für die Festlegung auf eine einzige Option fehlen ausreichende Entscheidungsgrundlagen, die der Bericht nicht liefern kann. Das ist kein Vorwurf, ich möchte das betonen, denn gewisse Fakten sind schlicht und einfach heute noch nicht bekannt.

Die Europäische Union ist kein abgeschlossenes, statisches Gebilde, sondern sie ist ein Prozess, in dem sich viel bewegt. Ganz besonders im laufenden Jahr bewegt sich viel. Ich wundere mich daher ein bisschen über unsere Kolleginnen und Kollegen, die heute unabhängig von der Entwicklung rund um unser Land und von deren Ergebnissen heute schon mit so viel Sicherheit wissen, dass der EU-Beitritt nie eine Option sein kann. Was wir für unsere weitere Entscheidungsfindung brauchen, ist eine laufende Aufdatierung der innen- und aussenpolitischen Entwicklung.

Ich frage daher den Bundesrat an, ob er sich nicht bereit erklären könnte, spätestens Ende 1995 eine aufgearbeitete Analyse über die innen- und aussenpolitische Entwicklung vorzulegen. Ich denke hier ganz konkret an fünf Bereiche:

1. Ende dieses Jahres sollten die Volksabstimmungen bei unseren Efta-Partnern Finnland, Norwegen, Österreich und Schweden über den EU-Beitritt erfolgt sein. Die Resultate werden die Stellung der Schweiz ohne Zweifel beeinflussen.

2. Ende dieses Jahres weiss man mehr über den Stand, über Erfolge und allfällig verlangte Gegenleistungen bei der Aushandlung von bilateralen Vereinbarungen.

3. Ende 1994 ist der EWR-Vertrag ein Jahr in Kraft, und eine Übersicht über dessen Auswirkungen auf Drittstaaten, wie die Schweiz jetzt einer ist, sollte besser möglich sein.

4. Auch im Innern der Europäischen Union findet eine Entwicklung mit Bezug auf Dezentralisierung und Subsidiaritätsprinzip statt. Nicht zuletzt die Verhandlungen mit den Efta-Partnern über deren Aufnahme haben deutlich gemacht, dass ein verstärktes Demokratieverständnis dazusein scheint. Es wäre interessant zu hören, wie der Bundesrat diese Entwicklung und deren Auswirkungen auf unser Land beurteilt.

5. In unserem eigenen Land wurden zwei Initiativen deponiert: einerseits die Initiative der Jungen, die eine Neuauflage der EWR-Abstimmung fordert, andererseits die Initiative der Lega, welche die Kompetenz zu weiteren Verhandlungen in die Hand des Volkes legen will. Auch hier sollte der Bundesrat bis Ende Jahr in der Lage sein, eine Beurteilung dieser Initiativen im Lichte seiner Integrationspolitik und der vorgängig erwähnten Weiterentwicklungen zu geben.

Ich danke daher dem Bundesrat vor voraus, wenn er sich in seiner Antwort über die Nützlichkeit eines in diesem Sinne aufgearbeiteten Integrationsberichtes bis Ende dieses Jahres äussert.

Keller Rudolf (D, BL): Sie tun so, als ob der 6. Dezember 1992 nicht stattgefunden hätte. Sie missachten, ja Sie verhöhnen teils gar den Volkswillen. Sie haben uns den wirtschaftlichen Niedergang prophezeit, wenn unser Land dem EWR nicht beitrifft. Heute ist klar: Dieser Niedergang findet nicht statt. Es waren leere Abstimmungsdrohungen. Unser Volk wurde angelogen.

Sie wollen also in die Europäische Union. Sie wollen dorthin, wo über 15prozentige Arbeitslosigkeit herrscht. Ein Beitritt zu dieser Organisation würde uns längerfristig auch auf dieses wirtschaftliche Niveau hinabbringen. Wollen Sie das wirklich? Kann das effektiv ein Ziel unseres Staatswesens sein?

Bei der Annahme der Alpen-Initiative hat bekanntlich die Europäische Union ihr wahres Gesicht, ihre Art von Demokratieverständnis, sehr deutlich gezeigt. Wollen Sie wirklich mit Leuten eng zusammengehen, ja in einem Bett liegen, die demokratische Volksentscheide geringschätzig herabwürdigen?

Sicherheits- und friedenspolitisch ist festzuhalten, dass die Europäische Union unfähig gewesen ist, den Balkankrieg aufzuhalten. Während über zwei Jahren hat diese Organisation diesem Krieg in Europa zugeschaut, hat zugeschaut, wie Menschen abgeschlachtet wurden. Ja, man hat geradezu das makabre Gefühl, dass vielen in der Europäischen Union dieser Krieg gelegen gekommen ist. Zu dieser Europäischen Union sagen wir Schweizer Demokraten nein. Wir sind stolz, dieser Organisation nicht angehören zu müssen.

Ebenso froh sind wir, dass der Uno-Beitritt vor einigen Jahren abgelehnt worden ist. Deshalb dürfen wir künftig auch keine Blauhelmruppen stellen. Im Zusammenhang mit diesen Blauhelmruppen ist der Bundesrat aber jetzt drangekommen, unsere Neutralität auf den Misthaufen der Geschichte zu werfen. Die SD/Lega-Fraktion steht aber überzeugt zu unserer Neutralität. Wir sind auch davon überzeugt, dass eine deutliche Mehrheit unseres Volkes hinter dieser Neutralität steht und dass nach wie vor eine deutliche Mehrheit unseres Volkes zu einem Uno-Beitritt nein sagen und ganz sicher auch einen Beitritt zur Europäischen Union ablehnen würde.

Die Alternative zum bundesrätlichen Bericht über die Aussenpolitik skizziere ich namens der Fraktion der Schweizer Demokraten und der Lega dei Ticinesi wie folgt: Wir erklären hier, dass wir keine Abschottung unseres Landes wollen. Wir sind bereit abzuwarten und einmal zu schauen, was uns die bilateralen Verhandlungen mit der Europäischen Union bringen, und dann werden wir zusammen das Ergebnis ansehen.

Aber das Beitrittsgesuch zur Europäischen Union ist gemäss der Volksinitiative der Schweizer Demokraten und der Lega dei Ticinesi sofort zurückzuziehen. Der Bundesrat hat gemäss Bundesverfassung keine Legitimation, in eigener Kompetenz solche Verhandlungen über den Kopf des Volkes hinweg zu führen.

Die erfolgversprechenden wirtschaftlichen Märkte für unser Land – und damit komme ich noch kurz auf ein anderes Thema – liegen nicht nur in Europa, sondern auch in China, Asien, Afrika und Südamerika. Mit dem Katastrophenhilfekorps, dem Roten Kreuz und der Bereitschaft, internationale Friedensverhandlungen auf unserem neutralen Boden durchzuführen, leisten wir einen grossen und wichtigen Beitrag zur Solidarität unter den Völkern. Genf soll auch weiterhin Standort für internationale Verhandlungen und internationale Organisationen sein.

Dazu stehen wir, dazu steht unsere Fraktion, und ich bitte Sie, diesen Weg weiterzugehen und diese Eckpfeiler stärker auszubauen. Das ist die Alternative zum Beitritt zur Europäischen Union!

Ziegler Jean (S, GE): Je parlerai sur les deux rapports en même temps.

Quelques remarques préliminaires: une époque se termine avec la fin de ce siècle, une époque qui aura duré presque deux siècles. Elle a commencé le 27 pluviôse 1792 avec le discours de Maximilien de Robespierre sur la nation. Trois jours après, la monarchie était abolie, la nation avait trouvé sa forme d'Etat, c'est-à-dire la République. Robespierre pensait qu'avec la naissance des nations allait naître un monde, un univers, une humanité fraternels puisque toutes ces nations, qui allaient naître successivement, allaient participer aux mêmes valeurs, aux mêmes critères de civilisation que la Nation française mise au monde par la Convention. Le contraire s'est passé: deux siècles de guerres, de guerres fratricides – surtout en Europe – où nationalismes, haines, subjectivités collectives se sont succédé.

Aujourd'hui, la nation meurt, disparaît. Vous lisez les journaux, il n'y a pas un sommet européen, un sommet de chefs d'Etat qui ne bradent pas des droits de souveraineté. L'Etat national meurt. Et il se met en place un nouveau système peu connu, peu discernable encore de rapports entre Etats. Une nouvelle société planétaire naît dont on ne commence à comprendre qu'à peine les contours.

Nous avons un débat de politique étrangère, c'est-à-dire un débat sur la position de notre pays dans ce monde nouveau. Nous demandons l'impossible à notre gouvernement. Nous lui demandons la solidarité et en même temps la neutralité. Nous lui demandons de participer à l'ONU – et on y participe formidablement; je félicite le Département fédéral des affaires étrangères qui vient d'avoir un nouveau succès à New York en obtenant un siège pour la Suisse à la Conférence sur le désarmement; c'est un formidable succès de notre diplomatie – et en même temps, on n'est pas membre de l'ONU. On veut participer à la construction du continent par des accords bilatéraux, mais on ne veut pas adhérer à l'Union européenne. Ce que demande le Parlement, c'est une acrobatie. Mais nous ne voulons pas un gouver-

nement de saltimbanques, nous ne voulons pas un gouvernement composé de ministres qui font, sur une corde raide au-dessus de l'abîme, leurs cabrioles, leurs grands 8, leurs figures acrobatiques. Il faut que la schizophrénie de ce Parlement, de sa politique étrangère, cesse. Il faut que nous options maintenant pour un nouveau vote sur notre adhésion à l'ONU, que nous entrions enfin dans l'Union européenne et que nous abandonnions, bien sûr, cette neutralité qui a vécu pendant trop longtemps et nous a permis cette politique de frilosité, d'indifférence et de non-engagement.

Il faut que le Conseil fédéral change, lui aussi, et pas seulement le Parlement. En 1986, M. Aubert, prédécesseur de M. Cotti, avait dit: «Votez pour l'adhésion à l'ONU, rien ne changera, vous ne risquez rien.» Pour l'Europe, on nous a dit la même chose avant le 6 décembre 1992: «Votez pour l'Espace économique européen, vous ne risquez rien, rien ne changera pratiquement.» Non, le gouvernement doit changer de langage, de projet et de stratégie, réveiller le peuple, même si MM. Blocher et Frey Walter continuent à dormir, et réveiller une grande partie du peuple et proposer des buts clairs et cohérents: l'adhésion à l'ONU, l'adhésion à l'Union européenne. Je dis une dernière chose: la gauche aussi doit faire son auto-critique. Je vais la faire tout de suite. Nous avons une votation essentielle devant nous en juin prochain: les casques bleus. Il y aura – je l'espère de tout mon cœur – un contingent de casques bleus suisses. Non pas à Chypre ou à Charm el-Cheikh, dans un petit coin, mais en Bosnie, mais en Somalie, là où ça compte, au Sahara occidental, pas quelque part dans une maison de retraite, mais sur un front effectif où il s'agira de participer solidairement à l'effort international.

Se posera le problème de notre adhésion à l'Otan qui, pour la gauche, était l'horreur de l'horreur pendant une génération, le refuge de la réaction des guerriers froids, vous le savez tous. Il faudra que nous adhérons à l'Otan. Nous n'avons pas le droit de mettre des soldats suisses sur le terrain tout en les privant de la protection aérienne. Sinon, il se passera la même chose qu'au Cambodge: un soldat japonais est mort au Cambodge, un seul. L'opinion publique japonaise s'est dressée comme un seul homme, M. Boutros-Ghali a dû faire un voyage d'urgence au Japon, sinon le puissant Japon aurait liquidé, retiré tous ses contingents de casques bleus. De même, des Suisses membres des casques bleus vont mourir, c'est évident. C'est triste, mais ce risque existe. A ce moment-là, le Conseil fédéral ne pourra pas annuler l'ensemble des conclusions de ce rapport et de la votation de juin prochain. Or, M. Boutros-Ghali l'a dit clairement – c'est le Secrétaire général en exercice, un homme extraordinaire, un homme du tiers monde, un Egyptien, un intellectuel, ancien professeur à l'Université de Genève, c'est une référence –: «Il n'y aura pas d'armée de l'ONU, il n'y aura pas de contingents intégrés, les forces que l'ONU aura à disposition, les armes lourdes, aériennes et navales – seront désormais celles de l'Otan.»

Comme homme de gauche, socialiste convaincu, je dis: il faut voter oui aux casques bleus. Enfin l'armée suisse servira à quelque chose. En même temps, il faut réfléchir à la sécurité collective de ces casques bleus suisses. Si nous voulons que ce peuple adhère à une nouvelle politique de solidarité active et armée de notre pays, il faut explorer les voies d'adhésion à l'Otan.

Je termine en disant que je remercie le Conseil fédéral et, notamment, le Département fédéral des affaires étrangères de ces deux excellents rapports. Il faut, évidemment, les accepter, et, si nous étions à l'université, je dirais: il faut les accepter avec les félicitations du jury.

Carobbio Werner (S, TI): Nelle loro linee generali, il rapporto sulla politica estera e quello sulla neutralità mi trovano d'accordo. In particolare non posso che appoggiare i cinque obiettivi di politica estera che sono analizzati in dettaglio nel rapporto stesso. Tutt'al più se una critica può essere mossa è che questi obiettivi devono tradursi, soprattutto per quanto riguarda il problema della difesa dei diritti dell'uomo, dello Stato di diritto e della democrazia, in atti concreti anche in quei settori – penso all'esportazione delle armi – dove spesso la posizione della Svizzera è ambigua.

Anche la proposta di rivedere la nostra neutralità è condivisa, con una riserva. Ma prima permettetemi di dire che, come socialista, mi distanzio questa volta dal collega Ziegler Jean che mi sembra correre molto sostenendo che non solo bisogna essere a favore dei caschi blu – e su questo punto sono d'accordo –, ma che dobbiamo porci anche il problema di entrare nella Nato.

Dicevo con una riserva, del resto chiaramente espressa nell'allegato: la neutralità non va abbandonata, ma ripensata. La collaborazione internazionale deve avere come condizione non la partecipazione ad alleanze militari, ma piuttosto un contributo attivo per costruire una politica di sicurezza, basata non sulle armi o su un sistema difensivo, ma su una politica che elimini le cause stesse di tensioni che sono essenzialmente sociali ed economiche.

In questa ottica mi opporrò a tutte le proposte di rinvio dei due rapporti e a tutte le richieste di rinunciare all'obiettivo, indicato dal Consiglio federale, di adesione all'Unione europea, o di riaffermare l'immutabilità, quasi fosse un dogma e non uno strumento, della nostra politica di neutralità, per di più armata. Si tratta di posizioni che – a mio avviso – non possono che condurci in un vicolo cieco, difese da chi si rifiuta di confrontarsi con la realtà. Del resto credo che per certi aspetti le conseguenze del voto del 6 dicembre 1992 già indicano che questa posizione è una via senza uscita. Inoltre il continuo richiamo alla volontà popolare deve essere perlomeno analizzato criticamente. Non si tratta di non tener conto del voto popolare, ma nemmeno d'interpretarlo a senso unico, come ha fatto ad esempio il collega Maspoli che – come d'abitudine – non è più in sala, quando pretende che il voto sull'iniziativa delle Alpi sarebbe und secondo no all'Europa. A parte il fatto che il suo movimento, la Lega dei Ticinesi, aveva invitato a votare no all'iniziativa, tale interpretazione è arbitraria. Si tratta in ogni caso di una forzatura.

La realtà – come lo dice chiaramente il Consiglio federale – è sempre più fatta d'interdipendenza. Essa dimostra che, nonostante tutto, l'unità europea va avanti pur fra molte difficoltà. La direzione sembra oramai definita.

Proprio partendo da questa constatazione quindi, pur approvando il rapporto e pure comprendendo le prudenze del Governo alla luce dei risultati del voto del 6 dicembre 1992 e delle divisioni che ci sono nell'opinione pubblica, mi sembra che i fatti che stiamo vivendo in questi giorni, soprattutto se saranno confermati con i voti dei Paesi interessati – Svezia, Finlandia e Austria – dovrebbero incoraggiare il Consiglio federale ad agire con maggior decisione.

Per questo chiedo esplicitamente ai Consiglieri federali di essere più decisi nella loro risposta nel sottolineare che l'unica strada che resta alla Svizzera, se non vuole rimanere isolata, è quella di puntare decisamente all'adesione all'Unione europea, visto che gli accordi bilaterali incontrano difficoltà e visto che lo Spazio economico europeo arrischia molto probabilmente di essere superato dai fatti stessi.

Quindi mi auguro – proprio perché penso che solo così potremo convincere l'opinione pubblica a fare una scelta d'apertura – che il Consiglio federale, nella sua risposta, aggiorni le analisi contenute nel rapporto, sottolineando l'importanza di scongelare le trattative in vista dell'adesione all'Unione europea.

Epiney Simon (C, VS): Le rapport du Conseil fédéral sur la politique extérieure constitue à n'en point douter une carte de navigation fiable sur une mer agitée.

Le gouvernement a enfin pris ses responsabilités en indiquant le cap de l'adhésion. En tant que capitaine du navire, il incombe en effet au Conseil fédéral de ponctuer son action d'un esprit visionnaire, en dépit des réticences légitimes du souverain. Il appartient en revanche au Parlement d'adapter le rythme de progression et de choisir les itinéraires appropriés en fonction des vents. Mais c'est là le noeud du problème. La Suisse est-elle encore aujourd'hui maître de son destin? D'une part, sur le plan économique, l'EEE pourrait avoir vécu l'espace d'une année si l'Autriche, la Finlande, la Suède, voire la Norvège, rejoignent l'Union européenne. Cette nouvelle donne nous met, il faut bien le dire, dans une situation in-

confortable. D'un côté, le souverain n'est assurément pas mûr pour une adhésion, aussi longtemps que la Suisse allemande n'aura pas goûté aux affres du chômage. D'un autre côté, la voie du bilatéralisme a malheureusement ses limites. En effet, en se comportant en enfant gâté et égoïste, notre pays irrite ses voisins et il oublie trop souvent qu'il a créé à l'étranger une bonne partie de sa prospérité.

Mais cette nouvelle donne pourrait aussi peut-être représenter une chance. En effet, l'Europe a besoin aujourd'hui de s'approfondir, de se rééquilibrer, donc d'évoluer. Or, l'apparition de ces nouveaux petits pays va apporter une bouffée d'air ainsi qu'une opportunité aux membres qui, au sein de l'Union européenne, veulent déjà aujourd'hui orienter l'Europe vers plus de fédéralisme et vers le principe de la subsidiarité. En effet, plus le cercle des membres s'élargit, moins Jacobin sera le pouvoir de décision.

D'autre part, sur le plan économique, l'Union européenne est condamnée à réussir. La prochaine guerre mondiale est amorcée. Elle se déroulera sur le terrain miné de l'économie. De nouvelles puissances, des géants offrant des salaires de misère, gagnent régulièrement des parts de marchés sur lesquels nous ne sommes plus du tout concurrentiels. Les impératifs économiques pourraient dès lors dicter, à eux seuls, notre future approche européenne.

La Suisse, avec sa main-d'oeuvre trop chère, ses entreprises florissantes hors des frontières, accusant un déficit démographique et se caractérisant par un vieillissement de la population, ne pourra plus dorénavant tirer les ficelles du repli sur soi et du profit chez les autres. Les vifs débats sur l'intégration européenne pourraient devenir, à moyen terme, purement académiques. Le recul de notre prospérité ainsi que l'émergence d'une nouvelle Europe aux institutions démocratiques, respectueuse du droit à la différence des minorités et poussée vers un fédéralisme à l'américaine, seront peut-être les nouvelles réalités de cette fin de siècle, réalités qui, alors, seront de nature à convaincre jusqu'aux plus têtus partisans du réduit national.

En conclusion, ce pays ne bougera donc que sous l'effet des pressions extérieures, étant trop imbu de lui-même pour oser l'ouverture. Dès lors, restons eurocompatibles, nécessité fera loi.

Fasel Hugo (C, FR): Eine Strategie zu entwerfen, wie die Schweiz ihre Beziehungen zu Europa in der Zukunft gestalten und weiterentwickeln will, bedeutet für viele, ganz gebannt auf den 6. Dezember 1992 zu starren. Dieser 6. Dezember 1992 dient als Argument dafür, Europa auszublenden, den EWR rasch zu vergessen und die EU am liebsten als Schreckgespenst ad acta zu legen – oder mehr noch, sich Entwicklungen ausserhalb der Schweiz am liebsten überhaupt zu verschliessen. Viele tun es auch aus Angst davor, mit den Bürgerinnen und Bürgern dieses Landes die neueren Entwicklungen zu diskutieren, teilweise auch – das spürt man – bereits aus gewissen wahltaktischen Überlegungen.

Zum 6. Dezember 1992 haben wir uns aber auch Fragen zu stellen: Soll dieser Volksentscheid die absolut einzige Maxime der Zukunft im aussenpolitischen Bereich sein? Das Schweizer Volk hat nicht darüber entschieden, was zu tun ist, wenn die Schweiz ihre Efta-Partner verliert; es hat nicht darüber entschieden, was zu tun ist, wenn diese Länder nun der EU beitreten. Das Volk hat auch nicht darüber entschieden, ob es bei einer neuen Ausgangslage nicht doch auf die EU zugehen will. Das Volk hat nicht darüber entschieden, welcher Weg zu gehen ist, wenn die von ihm favorisierten bilateralen Verhandlungen eben dazu führen, dass wir nun mit den gleichen Forderungen konfrontiert sind, wie es beim EWR der Fall war. Und hier haben wir beizufügen, dass aus der Sicht der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und ihrer Organisationen die Frage zu stellen ist, ob sie nicht gerade den bilateralen Weg verhindern wollen und müssen, weil die seinerzeitigen Integrationsgegner vor der Freizügigkeit ständig gewarnt haben. Was tun sie jetzt? Sie sind bereit, diese Freizügigkeit für ein beschränktes Teilabkommen zu gewähren, aber – und siehe da – ohne soziale Schutzmechanismen, ohne bessere Allgemeinverbindlicherklärung von Gesamtarbeitsverträgen, ohne Einführung von Minimallohnen, ohne Schutz vor Leiharbeit

über ausländische Firmen. Gerade das, wovon sie gewarnt haben, bringen sie jetzt ins Spiel, um ein gewisses Teilabkommen zuwege zu bringen. Als Organisationen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der Schweiz müssen wir uns vehement fragen, ob wir hier nicht auch eine Verweigerungspolitik für den bilateralen Weg einleiten müssen.

Wenn der Bundesrat deshalb in seinem Bericht über den 6. Dezember 1992 hinausdenkt und auch den EU-Beitritt mit ins Auge fasst, dann tut er nichts anderes, als uns einzuladen, mit dem Volk die Weiterentwicklung, die in diesem Europa ständig stattfindet, zu diskutieren. Er ist in seinem Bestreben deshalb zu unterstützen.

Dettling Toni (R, SZ): Eine nüchterne Analyse des Abstimmungsergebnisses vom 6. Dezember 1992 zeigt, dass bei der Mehrheit der Bevölkerung nicht das kalte und rationale Abwägen von Kosten und Nutzen, wie es leider auf europäischer Ebene gang und gäbe ist, den Ausschlag gab. Im Vordergrund standen vielmehr tief verwurzelte Werte wie die Wahrung der Selbstständigkeit und Unabhängigkeit, ebenso die Befürchtung, im Zuge der Integration in das nach wie vor zentralistische Europa die schweizerische Identität zu verlieren. Aber auch die Angst vor wachsender Arbeitslosigkeit im eigenen Land und vor der Rolle eines blossen Zahlmeisters im Verbund der höchst unterschiedlich wirtschaftenden Nationen der EU verschlug viele ins Nein-Lager.

Nach übereinstimmender Beurteilung hat sich an dieser Haltung des Souveräns bis heute kaum etwas geändert. Leider vermag nun aber der jüngste aussenpolitische Bericht des Bundesrates über die Aussenpolitik der Schweiz in den neunziger Jahren im Lichte dieser Analyse nicht zu genügen. Nebst einer detaillierten und gewiss wertvollen Auslegeordnung der gegenwärtigen Situation finden sich darin kaum hoffnungsvolle Ansätze zu einer erfolgreichen Verhandlungsstrategie. Der bilaterale Verhandlungsweg wird zwar, mehr der Not gehorchend, vorgegeben; indessen schielt unsere Landesregierung allzu deutlich auf den direkten EU-Beitritt, sollen doch die Verhandlungen hierfür bereits nach den Neuwahlen im Jahre 1995 in Angriff genommen werden, wie zwischen den Zeilen zu lesen ist.

Bei dieser Strategie kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, dass die in so kurzer Zeit ohnehin kaum erfolgversprechende bilaterale Verhandlungsphase dazu herhalten soll, Motivation und Begründung für einen forcierten EU-Beitritt zu liefern. Kommt hinzu, dass erfahrungsgemäss eine solche Doppelstrategie beim Verhandlungspartner alles andere als Konsens oder Konzessionsbereitschaft auslöst. Mit Verlaub gesagt: Offenkundig hat der Bundesrat die Lektion unserer direkten Demokratie nicht verstanden und versucht weiterhin, einem fragwürdigen Wunschziel nachzueifern.

Was ist zu tun? Ich will hier als Einzelsprecher nur einen Aspekt herausgreifen: Wir Schweizer sind gewiss nicht rückwärtsgerichtet, der Welt gegenüber verschlossen oder gar europafeindlich; dennoch stehen hierzulande die Erhaltung der direktdemokratischen Rechte und die eigene Souveränität im Vordergrund. Gerade diesbezüglich lässt aber der vom Bundesrat unterbreitete Bericht die Innovation weitgehend vermessen. Es werden darin keine Möglichkeiten aufgezeigt geschweige denn diskutiert, die dazu dienen könnten, unsere Souveränität und unsere direktdemokratischen Einrichtungen auch in einem Integrationsszenarium beizubehalten oder doch im wesentlichen in ein solches überzuführen.

Gewiss müsste auch die EU, die Gegenseite, in den weiteren Verhandlungen hierzu letztlich ihre Zustimmung erteilen. Solange wir jedoch nicht selbst die Initiative ergreifen und statt dessen die im Gang befindliche europäische Rechtsvereinheitlichung brav individuell nachvollziehen und die Neutralität relativieren, so lange wird die Gegenseite auch keine Veranlassung dazu haben und mit uns weiterhin nach der Schwarzweisstheorie, Beitritt ja oder nein, verfahren.

Anstelle dieser dringend erforderlichen Innovation konzentriert sich der bundesrätliche Bericht leider erneut auf die Beitrittsfrage. Es besteht damit ein weiteres Mal die erhebliche Gefahr, dass wir mit dieser angestrebten Alles-oder-nichts-Strategie erneut Schiffbruch erleiden werden.

Ich rufe daher den Bundesrat dringend auf, nebst den nun anstehenden Verhandlungen im wirtschaftlichen Bereich auch mit Initiative und Innovation den institutionellen Rahmen der künftigen Integration der Schweiz anzugehen und nach Lösungen zu suchen, welche unsere direktdemokratischen Einrichtungen sowie die Souveränität auch in einem Integrationszenarium weitestgehend gewährleisten.

Darbellay Vital (C, VS): Je suis de ceux qui accueillent favorablement ce rapport, qui est une forme de message. Nous recevons ici un message d'espoir, riche et ouvert. Riche, plusieurs orateurs l'ont relevé. Ouvert, je ne citerai qu'un élément, mais sous deux aspects.

D'abord, ce rapport nous rappelle ce que nous avons dit très souvent durant le débat sur l'EEE: l'«Alleingang» – vous m'excuserez, mais il n'y a pas de mot français qui traduise aussi bien cette réalité, et nous nous demandons pourquoi, en Suisse alémanique, on a tant de peine à le comprendre – n'est pas possible. Nous n'avons pas à nous bander les yeux, nous savons que nous sommes d'Europe, nous sommes au milieu de l'Europe, nous travaillons avec tous les pays d'Europe, et l'Europe se fait. L'agent principal de construction, qu'on le veuille ou non, est l'Union européenne, et ceux qui font cette Union européenne, ce sont ceux qui ont fait hier la Communauté européenne, avant-hier la CEE et, au lendemain de la guerre, la Communauté européenne du charbon et de l'acier (Ceca).

Le rapport nous présente cette Europe qui se fait, d'une manière positive. On nous rappelle que ceux-là mêmes qui ont mis en place l'Europe de la paix, les Schuman, les Monnet, qui présentaient la Ceca en 1952, étaient déjà des messagers de paix. Mais nous n'avons pas voulu, nous, de la Ceca, pas plus qu'en 1957 nous n'avons accepté la Communauté économique européenne.

C'est peu dire que nous avons manifesté de la résistance, nous avons manifesté de l'opposition, et nous avons chaque fois cherché des solutions de rechange. Nous avons trouvé, à cette occasion-là, un allié – j'allais dire, un complice – en la Grande-Bretagne, et nous avons fondé, avec elle et cinq autres pays, l'AELE, qui pouvait être considérée comme une solution de rechange. Mais en 1970, lorsque la Grande-Bretagne quitta ce bateau pour l'autre, la faiblesse de l'AELE devenait patente, et à ce moment-là, aussi un peu à notre corps défendant, nous avons demandé à signer un accord de libre-échange avec la Communauté. Plus tard, quand la Communauté a parlé des quatre libertés, nous nous sommes intéressés à l'EEE, hélas, avec l'échec final que nous connaissons.

Aujourd'hui, nous devons nous poser la question: que sera l'AELE demain, quand peut-être l'Autriche, la Finlande, la Suède et, éventuellement, la Norvège l'auront quittée? Quelle valeur aura-t-elle encore? Alors, acceptons le rapport qui nous est présenté et demandons-nous ce que nous pouvons faire. Nous savons que l'Europe se construit et que, par conséquent, le fossé qui nous en sépare est chaque jour un peu plus grand. Et plus nous attendons, plus le saut à faire sera important.

La question qui se pose est celle de l'Europe de demain. Nous savons que l'Europe de demain n'est pas l'Europe des Six, l'Europe des Douze agrandie à 24 ou à 28 Etats, mais que c'est une Europe nouvelle qui est en train de se faire.

Alors, voulons-nous être partie prenante ou non? Pour moi, la réponse est claire: nous devons participer en un premier temps par les négociations bilatérales, en présentant aussi d'une manière fort régulière au peuple suisse et, si possible, d'une manière positive, aussi bien l'Europe que les institutions internationales – l'Union européenne n'est pas faite d'aventuriers, elle est faite de gens qui savent construire. Ensuite, nous devons aussi faire le grand pas et être présents, avec nombre d'autres petits pays, qui comme nous veulent une Europe fédéraliste, démocratique, une Europe qui ait le souci des minorités, qui ait le souci des plus faibles. Si nous voulons cette Europe-là, il faut aussi que nous en soyons.

Raggenbass Hansueli (C, TG): Der Bericht über die Aussenpolitik ist umfassend; sein neuer, problemorientierter Ansatz

ist zu begrüssen und seine Ausgestaltung zu loben. Nicht umsonst ist der Bericht lediglich wegen der Definition des Beitrittes zur EU als strategischem Ziel ins Kreuzfeuer der Kritik geraten. Es war weder glücklich noch richtig, den Beitritt zur EU als strategisches Ziel zu definieren. Der Beitritt zur EU kann nicht Ziel sein. Sinnigerweise ist denn auch das viel diskutierte Ziel EU-Beitritt im Bericht unter dem Untertitel «Die Mittel» subsumiert.

Der Beitritt zur EU ist nicht Selbstzweck, kann nicht Selbstzweck sein. Er ist vielmehr Mittel zum Zweck: zum Zweck, Menschenrechte, Demokratie, Rechtsstaat, Wohlfahrt und den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen zu fördern sowie die Interessen der Schweiz im Ausland optimal zu wahren. Es drängt sich die Frage auf: Wie wahren wir unsere Interessen am besten? Und das führt zwingend zur Anschlussfrage: Worin bestehen denn unsere Interessen, worauf beruhen unsere Interessen? Sie gründen auf unseren Wertvorstellungen und ihrem Verhältnis zueinander.

Unsere Bundesverfassung gibt unsere Wertordnung wieder beziehungsweise sollte unsere aktuelle Wertordnung wiedergeben. Unsere Verfassung ist jedoch veraltet. Anstrengungen Richtung Totalrevision der Verfassung sind verpufft. Im Rahmen der heute viel diskutierten und -zitierten EWR-Abstimmung haben wir eine Europadebatte geführt, ohne uns vorher damit auseinandergesetzt zu haben, was wir sind, welches unsere grundlegenden Werte sind. In der EWR-Abstimmungskampagne ist zwar eine Art Wertediskussion aufgeflammt, aber völlig ungenügend, einseitig und emotionsgeladen. Bevor wir wieder eine Europadiskussion führen, müssen wir Schweizer unsere eigenen Grundlagen bereinigen – Schwergewichte setzen, Inhalte formulieren – und dürfen uns nicht auf abgestandenen, vieldeutigen Begriffen «ausruhen». Was heisst schon Freiheit, was heisst Unabhängigkeit? Das sind Begriffe, die im Grunde nichts aussagen und von jedem anders interpretiert werden. Die Kulturrevolution der 68er Jahre zerstörte in vielen Lebensbereichen Autoritäten und Werte und bereitete einer stillen Revolution den Weg, die auf eine Umwertung vieler Werte hinauslief. Unsere Verfassung ist davon praktisch unberührt geblieben.

Führen wir eine inhaltliche «Schweizdiskussion», bevor wir eine zweite Europaabstimmung initiieren! Selbstverständlich hat diese «Schweizdiskussion» die Aussenpolitik mit zu umfassen – eine Aussenpolitik, die immer wichtiger wird, die die Innenpolitik bald vom ersten Platz verdrängen wird. Der Bundesrat hat diese Diskussion in verdankenswerter Weise sequentiell bezüglich des uns vorliegenden Neutralitätsberichts in Gang gesetzt.

Was haben wir konkret zu tun, wie ist vorzugehen? Im Rahmen einer Verfassungsdiskussion – ob partiell oder ganzheitlich – sind unsere neuen Wertvorstellungen zu umschreiben, unsere tragenden Begriffe wie Freiheit, Unabhängigkeit mit neuen Inhalten zu füllen. Es sind überdies die verfassungsrechtlichen Grundlagen zu schaffen, um verfassungsrechtlich darauf vorbereitet zu sein, zum Zeitpunkt X einmal der EU beitreten zu können. Es sind insbesondere das antagonistische Spannungsverhältnis zwischen Demokratie und Unabhängigkeit beziehungsweise Demokratie und Föderalismus, die Rolle des Regierungschefs, die Homogenität der Regierungsmannschaft, das Konkordanzsystem und die Neutralität zu überdenken. In diese Verfassungsdiskussion sind stets das Ausland, Europa, die EU und deren Entwicklungen einzubeziehen. Eine permanente, glaubwürdige und objektive Information insbesondere über die EU hat die Auseinandersetzung über die Verfassungsrevision zu begleiten. Dies wird auch – was mir sehr wichtig erscheint – das Verhältnis zur EU entemotionalisieren.

Schreiten wir zur Tat, schreiten wir zur Verfassungsrevision, zur Erneuerung im Innern, um für die Herausforderungen der Zukunft gewappnet zu sein und um auf einen allfälligen späteren Beitritt zur EU gedanklich, mental und verfassungsrechtlich vorbereitet zu sein!

Robert Leni (G, BE): Ich habe den Bericht über die Aussenpolitik der Schweiz in den neunziger Jahren mit grösstem Interesse gelesen, und ich finde ihn ausgezeichnet. Wenn gestern

deshalb, weil Kollege Hafner Rudolf einen Rückweisungsantrag gestellt hat, im Rat der Eindruck entstanden ist, die grüne Fraktion stehe diesem Bericht negativ gegenüber, so ist dieser Eindruck falsch. Die grosse Mehrheit der grünen Fraktion ist dem Bundesrat dankbar für diesen Bericht, den sie ausgezeichnet findet.

Man mag bedauern, dass das Leitbild und die Leitlinien über die Beziehungen der Schweiz zu den Entwicklungsländern noch nicht vorliegen. Es stimmt, das hätte dazugehört, leben doch ungefähr 80 Prozent der Menschheit nicht in Europa, sondern in der Dritten Welt.

Trotzdem: Dieser Bericht zeigt deutlich, dass der Bundesrat von dem Abschied nimmt, was in unserem Land allzulange und von allzu vielen praktiziert worden ist: vom gebannten Starren auf den kleinen Teil Europas, den wir die Europäische Union nennen, das Europa der Zwölf. Damit ist es nach diesem Bericht endgültig vorbei.

Das zweite, was der Bericht in aller wünschenswerten Klarheit deutlich macht: dass es keine Innenpolitik mehr gibt, die nicht auch Aussenpolitik ist, und dass es keine Aussenpolitik mehr gibt, die nicht auch Innenpolitik ist, und dass beides zusammen Weltinnenpolitik ist. Dieser Ansatz wird weitreichende Konsequenzen auf unsere Aussen- und Innenpolitik haben.

Das dritte, was in diesem Bericht deutlich wird – und dafür danken wir besonders –: dass der Bundesrat nicht mehr an Tabus, Mythen und Legenden festhält, sondern diese endlich auf den Boden der Realität herunterholt – Legenden und Mythen, die allzulange unser Denken und das Gespräch blockiert haben. Anstatt mit Mythen Aussenpolitik zu machen, wird nun mit den wirklichen Problemen und mit den wirklichen Aufgaben Aussen- und Innenpolitik gemacht.

Der Bundesrat hat diese Aufgaben und Ziele in fünf Punkten formuliert. Sie wurden schon genannt: die Förderung von Sicherheit und Frieden, die Förderung der Menschenrechte und der Demokratie, die Wohlfahrt der Gemeinschaft, der Abbau sozialer Gegensätze und der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen. Nirgends wie bei diesen fünf Zielen zeigt sich deutlicher, dass das nicht nur Aussenpolitik ist, sondern genau gleich auch Innenpolitik. Und nirgendwo sonst zeigt sich so deutlich, dass das heute die Prioritäten aller Länder sind und sein müssen, der Schweiz und der ganzen Welt.

Das einzige, was mir fehlt, ist der Hinweis auf die Multikulturalität jeder modernen Gesellschaft. Wir leben in einer multikulturellen Welt. Alle Länder dieser Welt sind multikulturell, und die Tendenz in verschiedenen Regionen der Welt, diese Multikulturalität zugunsten ethnischer «Sauberkeit» und Säuberung zu vernichten, scheint mir eine der allergrössten Gefahren. Kein Land hat heute mehr eine einzige Identität, auch die Schweiz nicht. Wir haben Identitäten, und das ist die grosse Chance, darauf müssen wir bauen und daran arbeiten.

Der Bericht insgesamt ist für uns eine Wende, ein notwendiger Aufbruch. Er ist schon fast revolutionär. Ich denke, er wird sehr vielen Menschen in unserem Land, die die schweizerische Enge schlecht und immer schlechter ertragen – das gilt vor allem für die Jungen –, wieder Zuversicht geben, sie wieder atmen lassen. Für mich jedenfalls war diese Vision von Aussenpolitik, wie sie der Bundesrat präsentiert, wie eine Befreiung.

Es wurde viel von den Strategien geredet, nach denen der Bundesrat handeln will (EU, Uno usw.). Sind sie richtig? Sind sie falsch? Das Wort «Strategie» passt mir nicht mehr, wenn wir von Politik reden. Strategie bedeutet Heerführung. Der Bundesrat hat sehr viele Qualitäten. Er eignet sich für sehr vieles, aber er ist kein Heerführer, und wir sind kein Heer. Wir sollten andere Ausdrücke finden und diese kriegerischen Ausdrücke der Vergangenheit nicht weiterhin für den Aufbau der Zukunft strapazieren.

Für uns sind die «Strategien», die der Bundesrat aufzählt: Beitritt zur Uno, Beitrittsziel EU, konsequente und logische Folgerungen aus der Politik des Bundesrates der letzten Jahre, kein Salto mortale; sie sind absolut konsequent und logisch. Die grüne Fraktion ist überzeugt, dass die EU unsere Zukunft und unser Schicksal ist, dass sich diese Union – wie auch wir – in einem Prozess befindet und dass wir uns irgendwo finden werden, in einem Europa, das demokratischer, friedlicher und gerechter ist.

Wir glauben aber, dass die heutige Diskussion um einen Euroartikel oder gar einen Neutralitätsartikel in der Verfassung einmal mehr zu kurz greift. Was wir brauchen, ist ein Fundament in der Verfassung, das die ganze Aussenpolitik, wie sie der Bundesrat in diesem Bericht aufzeigt, abstützt, und nicht eine Neuauflage der Europadiskussion, die wieder nur polarisieren kann, weil die «Fronten» immer noch die gleichen sind. Die Aufgabe wird sein, diesen Bericht nun mit aller Kraft in die Tat umzusetzen. Ich wünsche dem Bundesrat und uns viel Glück dazu, und ich hoffe auf einen Verfassungsartikel, der diese Politik abstützt, damit wir unseren Weg zielbewusst gehen können.

Schmidhalter Paul (C, VS): Ich möchte mich kurz zur Mitwirkung des Parlamentes im Bereich der Aussenpolitik äussern. Wir haben nämlich seit dem 1. Februar 1992 im Geschäftsverkehrsgesetz einen neuen Artikel 47bis a. Er wurde auch von Kommissionspräsident Mühlemann erwähnt. Der Bundesrat erwähnt ihn in der Botschaft auf Seite 43: Der Bundesrat spricht von «Vertiefung von Dialog und Konsultation zwischen Bundesrat und Parlament». Aber wenn etwas noch nicht besteht, kann man es auch nicht vertiefen! Daher möchte ich einige Kernsätze oder Schwerpunkte dieses Artikels hier doch noch zu Protokoll geben.

Absatz 1: «Die beiden Räte begleiten die Verhandlungen der Schweiz mit auswärtigen Staaten und internationalen Organisationen.» Absatz 2: «Der Bundesrat informiert die Ratspräsidenten sowie die Aussenpolitischen Kommissionen regelmässig, frühzeitig und umfassend.....». Eine Konsultation des Parlamentes erfolgt, bevor der Beschluss festgelegt ist (Abs. 3). Aber auch wir, das Parlament, sind gefordert. Wir müssen unsere Sicht zum Verhandlungsmandat dem Bundesrat bekanntgeben (Abs. 4), und das tun wir eigentlich heute. Auch weitere ständige Kommissionen – wie z. B. die Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen – sind in ihrem Bereich in die Konsultation miteinzubeziehen.

Sie sehen also, Herr Vizepräsident, auch Sie im Präsidium sind aufgefordert, diesen neuen Artikel als Auftrag anzunehmen und diesem Anliegen zum Durchbruch zu verhelfen.

Eine zweite «Vertiefung», die ich in der Botschaft auf Seite 43 gefunden habe, ist diejenige des Dialogs zwischen Bundesrat und Kantonen. Dieser Auftrag ist auf die Grenzregionen auszuweiten, einerseits auf bestehende interkantonale Organisationen wie z. B. die Regio Basiliensis oder den Conseil du Léman, aber andererseits auch auf grenzüberschreitende Organisationen wie die Pro Simplon Internationale.

Persönlich werde ich den Bericht des Bundesrates zur Kenntnis nehmen.

Als Ingenieur würde ich den Fahrplan oder das Programm der Integrationspolitik nicht mit Definitionen wie «Optionen» oder «strategisches Ziel» usw. versehen. Für mich gibt es drei Phasen:

Die erste Phase ist die bilaterale Phase, die Phase der bilateralen Verhandlungen, und dies nicht nur mit der Europäischen Union, sondern mit Ländern in der ganzen Welt. Die Ausführung erfolgt sofort und umfassend.

Die zweite Phase wäre ein neuer Wirtschaftsvertrag in Analogie zum abgelehnten EWR, eventuell auch mit Staaten, die noch in der Efta verbleiben, oder eventuell auch mit anderen europäischen Ländern. Die Ausführung erfolgt mittelfristig.

Erst die dritte Phase wäre ein Beitritt zur Europäischen Union, und auch hier ist die Ausführung eher als langfristiges Fernziel zu verstehen.

Zur zweiten Phase: Wir müssen eine Volksinitiative unserer Jugend für einen neuen Wirtschaftsvertrag behandeln. Spätestens im Hinblick auf diese Volksabstimmung müssen wir einen Gegenvorschlag vorbereiten, der bei einer gleichzeitigen Abstimmung eine Chance hat, angenommen zu werden.

In diesem Zusammenhang sei daran erinnert, dass bei der Abstimmung über den EWR im Dezember 1992 auch Fehler gemacht wurden. Wir müssen lernfähig sein und vor allem nicht die gleichen Fehler nochmals machen. Ein erster Fehler war sicher, dass der Bundesrat sechs Monate vor der Abstimmung die Einreichung des Gesuchs um Beitrittsverhandlungen beschlossen hat. Aber auch das Parlament hat Fehler gemacht,

und zwar den Fehler, dass es sich zeitlich unter Druck setzen liess und 60 Gesetze in Raumfahrtgeschwindigkeit durchgepaukt hat. Wir liessen uns mit dem Datum Inkrafttreten 1. Januar 1993 erpressen. Die Geschichte hat uns Skeptikern recht gegeben: Der EWR wurde erst auf den 1. Januar 1994 wirksam. Dies war das erste Eigengol in unseren Beziehungen zu Brüssel.

Das zweite Eigengol war die Alpen-Initiative. Auch hier verstanden wir es nicht, einer Mehrheit des Volkes beizubringen, dass wir einen guten Transitvertrag aufs Spiel gesetzt haben. Bis heute konnten wir die LKW-Lawine am Gotthard nur mit der 28-Tonnen-Limite und dem Wochenendfahrverbot verhindern.

Das dritte Eigengol könnte die Abstimmung über die Blauhelme sein. Hüten wir uns vor diesem dritten Morgarten.

Zur dritten Phase: Ein Beitritt zur Europäischen Union muss langfristig vorbereitet werden. Die EU muss sich zu einem föderalistischen Staatenbund entwickeln können. Schwerpunkte sind demokratisch und weitgehend autonom geführte Staaten auf der Grundlage des Subsidiaritätsprinzips: Was der einzelne Staat selber besser lösen kann, muss er auch selber lösen können. Wir müssen in einer grossen Fleissarbeit einen Beitritt ins Auge fassen und vorbereiten. Es wird ein Geben und Nehmen sein. Beide Partner stehen vor einer Entwicklung, die Zeit braucht, und wir müssen diesen Weg wie ein Bergführer angehen: langsam, zielbewusst und risikobewusst, dafür ohne Unfall. Es ist also kein strategisches Ziel, sondern ein wichtiges und langfristiges Ziel. Herr Bundesrat Cotti: Chi va piano va sano!

Schmid Peter (G, TG): Ich habe keinen Grund, den Bericht über die Aussenpolitik an den Bundesrat zurückzuweisen und diesen zu veranlassen, meine Meinung zu übernehmen. Ich will ja mit dem Bundesrat den Dialog pflegen, und ein Dialog geht von unterschiedlichen Meinungen aus. Das Resultat eines Dialogs ist die sukzessive Annäherung der Standpunkte im Gespräch und in Würdigung der sich auch ständig ändernden Lage in Europa.

Der Bundesrat bezeichnet eingangs seines aussenpolitischen Berichts die Aussenpolitik primär als Interessenwahrung nach aussen. Versteht man darunter lediglich das, was für uns hier in der Schweiz kurz- und mittelfristig erstrebenswert ist, dann bleibt Aussenpolitik letztlich immer ein untergeordnetes Anliegen, um das wir zwar nicht herumkommen, aber das eben nur so weit betrieben wird, als es uns Vorteile verschafft. Ich glaube, wir haben den Status der Neutralität lange Zeit auch in diesem Sinne verstanden, nämlich als ein Instrument der ausschliesslich eigenen Interessenwahrung. Allerdings galt schon von jeher die Devise, dass militärische Neutralität, also das Sichheraushalten aus kriegerischen Konflikten, keineswegs bedeutet, sich politischer Stellungnahmen zu enthalten oder gar geistige Neutralität zu praktizieren. Der Neutralitätsstatus ist deshalb kein Hindernis für eine verstärkte europäische Zusammenarbeit in vielerlei Belangen, Sicherheitsfragen inbegriffen.

Hingegen ist zu fragen, welchen Zielen diese Zusammenarbeit dient. Der Bundesrat behandelt in seinem Bericht fünf solche Zielsetzungen, die nicht nur für die Schweiz, sondern für Europa, ja die ganze Welt ihre Richtigkeit haben und wahrgenommen werden müssen. Dass sich die Schweiz an diesen Aufgaben beteiligt, ist für mich unbestritten, und ich teile mit dem Bundesrat auch die Auffassung, dass sich unsere Aussenpolitik nicht nur an klaren Zielen und Prioritäten orientieren soll, sondern dass sie ganz konkret auch länderbezogene Schwerpunkte setzen muss, um einen wirkungsvollen Mitteleinsatz zu gewährleisten. So besehen kann eine europäische Zusammenarbeit tatsächlich dem Frieden dienen.

Betrachtet man hingegen die zurzeit noch gängige Europapolitik der EU, deren oberstes und fast einziges Ziel die Realisierung eines grenzenlosen Handels- und Güterausbaus ist, kann nicht einfach behauptet werden, einem Einigungsprozess wohne automatisch eine Friedensfunktion inne. Ganz im Gegenteil: Dieser sogenannte Einigungsprozess besteht in der Vereinheitlichung von Vorschriften, die auf die regionalen Verhältnisse oft keine Rücksicht mehr nehmen und darum

mehr Spannungen und Zwietracht erzeugen. Überhaupt ist dieser freie und grenzenlose, mobilitätswahnsinnige Handel ein Fetisch, der mit Freiheit nichts, mit Zwang und Hang zur Unersättlichkeit dagegen sehr viel zu tun hat. Wer also glaubt, es gelte einfach zu Europa oder zur EU ja oder nein zu sagen, macht es sich allzu einfach.

Wir sagen ja zu einem Europa mit ausgebauten demokratischen Rechten, mit föderalistischer Struktur und dennoch intensivem Gedanken- und Erfahrungsaustausch, einem Europa der gegenseitigen Achtung unter den Völkern und mit einer ökologisch ausgerichteten Wirtschaft. Die Schweiz hat in dieser Hinsicht auch einiges anzubieten, und sie soll es nicht aus falscher Bescheidenheit für sich allein bewahren. Mir scheint, auch im Bericht des Bundesrates komme diese ideale Seite einer aktiven schweizerischen Aussenpolitik durchaus zum Ausdruck. Man darf aber nicht übersehen, dass gerade dort, wo die EU gegenüber der Schweiz Druck aufsetzt, nicht ideale Anliegen, sondern materialistische Forderungen gestellt werden. Dagegen müssen wir uns auch künftig wahren. Denn um partieller wirtschaftlicher Vorteile willen dürfen wir unsere demokratischen, humanitären und ökologischen Errungenschaften nicht aufgeben – auch auf die Gefahr hin, bei den hohen Herren zu Brüssel in Ungnade zu fallen.

Mit dem Ja zur Alpen-Initiative hat der Souverän den Wertprioritäten des Lebens Nachachtung verschafft. Dieser Entscheid wirkt beispielhaft, und wir dürfen jetzt ruhig auch ein wenig zuschauen, was dadurch in Europa in Bewegung gesetzt wird. Vielleicht könnten noch andere Völker überlegen, weshalb sie zu den wirklich wesentlichen Fragen europäischer Zukunftsgestaltung denn nichts zu sagen hätten. Und wer weiss: Möglicherweise lösen unsere Volksabstimmungen so viel aus, dass bis zum Jahr 2000 eine modernere europäische Union mit ausgebauter Demokratie entsteht, der wir uns vorbehaltlos anschliessen könnten. Das aber heisst wiederum nicht, dass wir uns jetzt schon bis zum genannten Zeitpunkt dieses Ziel vornehmen können. Ausschlaggebend wird vielmehr sein, wie sich diese EU entwickelt und dann zumal präsentiert.

Vielleicht braucht es unsererseits, und das muss für mich weiterhin praktikierbar sein, noch einige Nein für eine bessere Idee von Europa und als Antworten auf ein allzu dominierendes materialistisches Ja.

Bäumlin Ursula (S, BE): Dieser an sich gute aussenpolitische Bericht für die neunziger Jahre hat mit dem Neutralitätsbericht als Anhang eine schwere Hypothek aufgeladen erhalten, und zwar deshalb, weil dieser alleine angefügt wurde. Das gibt ihm, meiner Meinung nach, ein viel zu grosses Gewicht. Wenn neben dem Neutralitätsbericht noch der Aussenwirtschaftsbericht, das Nord-Süd-Konzept und die Botschaft zum kommenden Rahmenkredit für die entwicklungs- und menschenrechtliche internationale Solidaritätspolitik beigefügt worden wären, dann könnten wir uns jetzt «en connaissance de tout et de l'ensemble» über eine kohärente Aussenpolitik der neunziger Jahre unterhalten. Nun aber streiten wir uns mit den Gegnern des EU-Beitritts, ob dieser das Hauptziel der bundesrätlichen Aussenpolitik sei, ob er die schweizerische Neutralität noch zulasse oder ausser Kraft setze und ob deswegen der Neutralitätsbericht zwecks Entschärfung – sowie der Bericht über die Aussenpolitik auch noch gerade zwecks Köpfung der Option Europabeitritt – zurückgewiesen werden müsse oder nicht. Was für ein defizientes, partielles, immer noch kalkkriegerisches Verständnis von Aussenpolitik!

Der Bericht des Bundesrates vermeidet ein solches weitgehend und gibt sich Mühe, die gesamten anstehenden internationalen Aufgaben, Gefahren und Probleme wirklich aufzuzeigen. Dabei wird ganz klar, dass die alte Neutralität und Neutralitätspolitik nicht allzuviel zu deren Lösung beitragen können. Die bundesrätliche Aussage im Neutralitätsbericht, wonach sich die Neutralitätspolitik in einer Übergangsphase befinde, ist eigentlich klug und angemessen. Nur leider argumentiert der Bundesrat gerade in dieser Passage wieder rein sicherheitspolitisch. Sicherheitspolitik jedoch ist immer Verteidigungspolitik und damit in Gefahr, egozentrisch und egoistisch zu werden. Aber dieser Vorwurf trifft nicht nur sie alleine, sondern auch die anderen unintegrierten Aussenpolitiken: Aus-

senwirtschaftspolitik, die völlig dereguliert ist, geht unter Umständen auch über Leichen, zum Beispiel im Gebiet der Waffenexporte. Die verlangte kohärente Aussenpolitik muss deswegen integrale Aussenpolitik sein und werden, wie das der Bericht auch in Aussicht stellt. Und diese Politik muss Frieden, Gerechtigkeit und Erhaltung der Erde umfassen. Das ist das Hauptziel, und dem ist auch der EU-Beitritt als strategisches Ziel unterzuordnen.

Ich wurde gestern von der Ratspräsidentin dazu verknurrt, gerade auch noch zu meinem Vorstoss auf der Zusatzliste Stellung zu nehmen. Der Titel meines Postulates 93.3182 lautet: Verstärkung des Nahost-Friedensprozesses. Entstanden ist es anlässlich der Beratung des Bundesbeschlusses zum Freihandelsabkommen zwischen der Efta und Israel. Damals war auch Herr Bundesrat Delamuraz im Saal und hat die Ankündigung meines Vorstosses entgegengenommen, und ich denke, er hat ihn auch beantworten lassen. In der Begründung habe ich geschrieben: «Wirtschafts- und Handelsvereinbarungen mit Problemländern werfen regelmässig Fragen der Auswirkung auf andere Politikbereiche auf, insbesondere des Minderheitenschutzes, der Entwicklungshilfe und der Menschenrechte. Deswegen ist darauf zu achten, dass das Gleichgewicht der wirtschaftlichen Chancen aller an einem solchen Vertrag Beteiligten nicht gestört, sondern vielmehr weiter gefestigt wird.» Damit passt dieser Vorstoss tatsächlich in meine vorher geäusserten Auffassungen und Ansprüche an die schweizerische Aussenpolitik.

Die Stellungnahme des Bundesrates respektive seiner Verwaltung zu meinem Postulat ist sehr interessant und sehr ermutigend. Diese Stellungnahme würde wirklich helfen, die Friedenspolitik weiter zu unterstützen. Danach aber folgt leider eine Erklärung des Bundesrates, in der er beantragt, das Postulat abzuschreiben. Dieser Antrag trägt das Datum vom 5. Mai 1993; damals war der Durchbruch in den Friedensverhandlungen noch nirgends in Sicht, und schon deswegen konnte ich diesen Antrag auf Abschreibung nicht akzeptieren. Aber auch heute ist der Friedensprozess im Nahen Osten noch weit vom Ziel entfernt. Es besteht also immer noch kein Grund, die Bemühungen zur Verstärkung des Friedensprozesses als erfüllt abzuschreiben. Ich hoffe, dass der Bundesrat mein Postulat in diesem Sinne akzeptiert und die Friedenspolitik weiter unterstützen hilft.

Thür Hanspeter (G, AG): Ich äussere mich zum Neutralitätsbericht. Ich bin mit der überwiegenden Mehrheit der grünen Fraktion mit diesem Neutralitätsbericht einverstanden. Er zeugt von einer beachtlichen Differenziertheit und gibt Entwicklungen wieder, in welchen sich die Schweiz heute befindet, auf die sie zu reagieren hat. Ich bin mit der Feststellung einverstanden, dass die Neutralität die Sicherheit des Landes fördern und nicht die Verteidigungsfähigkeit schmälern soll. Ich bin auch einverstanden damit, dass Sicherheit in Zukunft vermehrt miteinander erzeugt werden muss, und bin deshalb froh, dass der Bundesrat die bisherige restriktive Haltung in Richtung vermehrter Zusammenarbeit geöffnet hat.

Ich habe die Debatte zu diesem Punkt der Neutralität aufmerksam verfolgt und habe sehr viele Schlagworte gehört. Die Positionsbezüge aus dem Lager der Schweizer Demokraten, der Auto-Partei und der Schweizerischen Volkspartei haben mich nicht überrascht. Mehr überrascht hat mich dann die Position des Freisinnigen Gerold Bühler, der ausführte, dass er aufgrund dieses Neutralitätsberichtes die Grundfesten der Neutralität in Frage gestellt sehe, dass er an der strikten Neutralität festhalten wolle und keine Aufweichung dieses Begriffes dulde. Ich habe mich dann gefragt, Herr Bühler, welches für Sie diese Grundfesten sind; Sie haben das nicht ausgeführt. Was verstehen Sie denn unter strikter Neutralität? Sie haben auch das nicht dargelegt. Sind Sie der Auffassung, dass die Wirtschaftssanktionen beispielsweise, welche die Uno gegen den Irak und Jugoslawien verhängt hat, von der Schweiz nicht hätten befolgt werden sollen? Oder sind Sie der Auffassung, dass die Schweiz bezüglich der Uno-Blauhelme abseits stehen müsste? Oder wie hätte der Bundesrat beispielsweise reagieren müssen, als im Irakkonflikt im Auftrag der Uno Nato-Flugzeuge die Schweiz überflogen? Sie haben alle diese kon-

kreten Fragen elegant umgangen, sind uns die Antwort schuldig geblieben und haben damit munter an einem undefinierten und mythologisch überhöhten Neutralitätsbegriff ohne aktuellen Bezug weitergewoben. Das hat mich überrascht.

Überrascht hat mich aber auch Frau Grendelmeier, die umgekehrt ausführte, dass Neutralität ein Werkzeug sei, das man nach Belieben in die Werkzeugkiste zurücklegen könne, wenn es einem gerade nicht mehr passe. Frau Grendelmeier vergisst dabei, dass sich dieses Werkzeug sehr schnell entwertet und unbrauchbar wird, wenn es nach Belieben eingesetzt wird.

Herr Keller Anton hat richtig festgestellt, dass es nicht nur darum gehen kann, unser Neutralitätsverständnis den heutigen Gegebenheiten anzupassen, sondern auch darum, dass unser Verständnis von der Neutralität von den anderen auch verstanden wird. Das machen wir sicher nicht, wenn wir die Neutralität im Sinne von Frau Grendelmeier benützen. Neutralität erlaubt keine Handhabung nach Belieben, das muss klar sein.

Für uns heisst das, dass Neutralität nach wie vor eine bedeutsame Staatsmaxime bleibt. Wenn man darunter die Nichtteilnahme an militärischen Bündnissen, die Nichtteilnahme an militärischen Aktionen versteht, sind wir damit sehr einverstanden. Herr Rebeaud hat gestern ausgeführt, dass wir darin auch die Absage an Gewalt als Mittel der Konfliktlösung sehen, eine Maxime, die wir auch im gesamteuropäischen Kontext als zukunftssträchtige Option betrachten.

Frau Bär hat gestern die Haltung der grünen Fraktion zum Bericht dargelegt und ausgeführt, dass eine grosse Mehrheit unserer Fraktion hinter dem bundesrätlichen Ziel eines Beitrittes zur EU steht.

Herr Hafner Rudolf hat dann einen Rückweisungsantrag begründet, der in der heutigen Medienberichterstattung den Eindruck entstehen liess, als ob dieser Standpunkt von einer starken Minderheit der grünen Fraktion getragen werde. In einzelnen Medien ist sogar behauptet worden, die Grünen würden pauschal den bundesrätlichen Bericht zurückweisen, seien gegen den Bundesrat angetreten.

Ich möchte Ihnen nach dem Votum von Frau Robert noch die zahlenmässigen Proportionen darlegen, damit auch das ins richtige Licht gerückt wird. Der Rückweisungsantrag Hafner Rudolf wird von zwei Mitgliedern der grünen Fraktion unterstützt. Die übrigen zwölf Mitglieder der grünen Fraktion werden – im Unterschied beispielsweise zur CVP-Fraktion – von diesem Bericht in positivem Sinne Kenntnis nehmen.

Kühne Josef (C, SG): Die Debatte hat klar an den Tag gebracht, dass die Meinungen in der Europafrage weit auseinandergehen. Das schweizerische Verhältnis zu Europa kommt mir vor wie ein völlig ungleiches Pferdegespann, welches von den Fuhrleuten – sprich Bundesrat – nicht zum Gleichschritt gebracht werden kann. Während das eine Pferd im Galopp vorwärts strebt, schockt es das andere, und dieses wird völlig verängstigt und blockiert. Die Kreise, die ich damit anspreche, sehen in der Europäischen Union (EU) nur Mängel und Gefahren, während viele von Ihnen die Einschnitte des Gatt-Abkommens in unsere eigenständigen Entscheidungsbefugnisse herunterspielen. Sie werden noch sehen, wie wenig die Schweiz dort dann einmal zu sagen hat. So wahren wir unsere Interessen nach aussen nicht, und wir schaffen Spannung im Innern.

Nach den Äusserungen, die gestern und heute in der Debatte zum Teil gefallen sind, möchte ich immerhin feststellen, dass es in der EU – um weniger abstrakt zu sein: in Italien, Österreich, Holland, Deutschland oder in Frankreich usw. – viele intelligente, arbeitsame und flotte Menschen hat. Entspannen wir doch unser Verhältnis zu Europa schrittweise! So ist es viel leichter, unsere Interessen zu sehen und auch zu wahren.

Das Ziel des EU-Beitrittes ist kontraproduktiv und führt uns letztlich in die Isolation, und dieses Ziel kann auch ich nicht mittragen. Es fördert Abwehrreflexe; dies ist sicher auch ein Grund für die Annahme der Alpen-Initiative. Das Rezept kann nur «Eile mit Weile» heissen, also Öffnung mit Beibehaltung grosser Eigenständigkeit. Das wird zu einem Resultat führen.

Nun möchte ich vor allem wirtschaftspolitisch argumentieren. Die europäischen Länder sind interessante Wirtschaftspartner für die Schweiz, insbesondere im ersten und zweiten Sektor. Beispielsweise gehen 82 Prozent der Exporte im Bereich Käse nach Europa, in die EU – als Vergleich dazu: nur 1,4 Prozent gehen nach Asien. Ähnlich ist es bei den verarbeiteten Lebensmitteln. Ein Beispiel aus meiner Region: Hier hängen sehr viele Arbeitsplätze an der deutschen Autoindustrie und an der deutschen Bauwirtschaft. Von deutscher Seite her wäre es also durchaus möglich, einige Hundert Arbeitslose zu «exportieren», und vielleicht geschieht es mit der Zeit auch, wenn Leute vom Managertyp Lopez das Sagen haben.

Während gerade vom Gatt vom ersten Sektor Opfer gefordert werden und das letztlich zu Verstärkung der Position der Dienstleistungen führt, müssen wir verlangen, dass der Zugang zum Markt für schweizerische Produkte der Landwirtschaft und der Lebensmittelbranche in Europa offenbleibt. Das ist eine Überlebensfrage für diese Wirtschaftszweige. Es geht nebst der Landwirtschaft um 72 000 Arbeitsplätze in der Nahrungsmittelindustrie. Wir können nicht nur mit dem Rücken zur Wand mit mehr oder weniger Erfolg unser kleines Märklein abschirmen, sondern wir müssen zwangsläufig eintretende Erosionen wieder durch Gewinne im Export kompensieren können.

Nebenbei gesagt wird dazu ohne Zweifel die Ernährungswirtschaft wettbewerbsfähiger werden müssen, und das kann sie nur, wenn sie in einem grösseren Markt tätig sein kann. Das allein jedoch genügt nicht. Der Zutritt zum europäischen Binnenmarkt für unsere Produkte muss verbessert werden. Das geschieht, indem die Präferenzen im Bereich Milch ausgedehnt werden – wie es im EWR-Abkommen vorgesehen gewesen wäre –, indem die Probleme beim Ausgleich der preislichen Rohstoffnachteile für verarbeitete Produkte gelöst werden, indem in den Bereichen Zucht- und Nutzviehexport eine Harmonisierung der Seuchenbestimmungen herbeigeführt wird und indem bei Milch- und Frischprodukten die EU-Vorschriften erfüllt werden können. Das muss geschehen, damit die Schweiz nicht auf Dauer mit dem Drittlandstatus konfrontiert werden muss; denn im Hinblick auf die Hygiene kann die Schweiz nicht als Drittland betrachtet werden, da wir einen hohen Hygienestandard aufweisen.

Priorität haben also bilaterale Verhandlungen ganz allgemein und – so finde ich – auch im Bereich der Landwirtschaft im speziellen; das wird uns einen Schritt näher an unsere Nachbarn heranbringen.

Gross Andreas (S, ZH): Der Ton, den der Bundesrat in seinem Bericht anschlägt, überzeugt mich mehr als andere, harschere, selbstverliebtere, aber auch martialischere Töne, die wir seit gestern gehört haben und die wir in den nächsten beiden Voten noch hören werden. Dieser Diskurs des Bundesrates hilft uns vielmehr, die Wirklichkeit, die grundlegenden Veränderungen der Wirklichkeit, wie wir sie erleben, zu verstehen und zu merken, wie wir sie beeinflussen können. Denn das ist doch das Entscheidende, das, was die Freiheit ausmacht: die Handlungsfähigkeit, unsere Handlungsfähigkeit als Nation. Diese ist nicht gegeben, wenn man sich an vergangene Wirklichkeiten klammert und die Veränderungen verkennt.

In der Musik, die der Bundesrat komponiert, lässt er aber auch einige alte Melodien erklingen, welche dann Disharmonien zur Folge haben mit anderen Klängen, die er selber anstimmt. Diese Vielstimmigkeit garantiert noch kein gelungenes Konzert, weil ein gelungenes Konzert mehr ist als die Summe der einzelnen Melodien, weil der einzelne nicht einfach ausblenden kann, was ihm nicht passt, sondern es muss als Ganzes stimmen.

Es verträgt sich beispielsweise sehr schlecht, wenn betont wird, dass sich die alten Trennungen von innen und aussen relativiert haben – der Bundesrat hat sogar den Mut, erstmals wahrscheinlich in einem solchen Bericht, von der Weltinnenpolitik zu sprechen –, gleichzeitig aber diese Weltinnenpolitik wieder in den Kategorien der alten, klassischen staatlichen Interessenpolitik des 19. Jahrhunderts definiert wird, mit dem staatlichen Interesse als Säule aussenpolitischen Handelns. Wenn man von diesem Begriff des Interesses ausgeht, muss

man sagen – darin besteht das Weltinnenpolitische –, dass wir europäisch, aber auch überkontinental zu einer Schicksalsgemeinschaft zusammengedrückt sind und dass sich die elementaren Interessen der Schweiz, wie der Bundesrat sie in Bezug auf Frieden, Wohlfahrt, Gerechtigkeit, Rechtsstaatlichkeit usw. definiert, nicht unterscheiden von denjenigen Österreichs, Belgiens oder Dänemarks. Ist diese Gleichzeitigkeit des Unvereinbaren nicht einfach einer opportunistischen Beliebigkeit geschuldet, wie das gestern zum Beispiel ein Radiokommentator meinte, als er sagte, jeder müsse halt herauszupfen können, was er möchte, dann müssen Sie sich um eine Kohärenz bemühen. Die Voraussetzung dafür ist, dass sich die Leute von Ihren neuen Thesen überzeugen lassen.

Führung aussenpolitisch in einer direkten Demokratie heisst überzeugen können, damit wir gemeinsam zu lernen verstehen. Das alte Aussen müssen wir durch ein gemeinsames Inneres ersetzen. Aber bei dieser neuen Innenpolitik dürfen wir die Ansprüche der alten Innenpolitik nicht verlieren, sondern müssen uns fragen, wie wir ihnen Geltung verschaffen können. Beispielsweise – und das ist das Problem mit dem Anhang –: Die Erosion des Nationalstaates zwingt uns eindeutig zu einem anderen Neutralitätsverständnis. Die Erosion des Nationalstaates darf uns aber nicht zwingen zu glauben, dass wir die Demokratie aufgeben müssen; sondern dort müssen wir uns fragen, wie wir auf dieser weltinnenpolitischen, transnationalen Ebene die demokratischen Handlungsfreiheiten neu einrichten können. Im bundesrätlichen Bericht vermisste ich dazu das Aufzeigen einer Dynamik, die die Europäische Union schon lange erfasst hat. Zum Beispiel wehrt sich der englische Aussenminister heute in einer englischen Zeitung dagegen, dass die institutionelle Debatte in Europa zu schnell gehe. Er möchte nicht, dass sich die Europäische Union eine Verfassung gibt, dass sich in der transnationalen, europäischen Innenpolitik die Demokratie des Föderalismus konstituiert. Er möchte das nicht, andere möchten das.

Der Bundesrat sagt in Bezug auf diese Dynamik wenig aus und in seiner Antwort auf meine diesbezügliche Interpellation gar nichts. Diese geht wieder hinter den Bericht zurück, und deshalb bin ich sehr enttäuscht. Aber es ist nicht so relevant, ob ich enttäuscht bin; das Problem ist vielmehr, dass Sie so dem Problem nicht gerecht werden. Sie müssen einem Herrn Frey Walter, der glauben macht, es gehe ihm um den Föderalismus und die Demokratie, und der deswegen nein sagt zur Integration, doch aufzeigen, wie eine verfasste Europäische Union eine Konstituierung des Machtgefüges erlauben könnte, das auch auf dieser Ebene Föderalismus und Demokratie einrichtet.

Mit anderen Worten: Die Staaten Europas stehen heute dort, wo die Kantone vor 150 Jahren gewesen sind. Damals haben sich gewisse Kantone über die Frage Bundesstaat oder Staatenbund gestritten. Auch damals haben viele Kantone Angst gehabt, Souveränität zu verlieren. Faktisch war es aber so, dass ein Zürcher 1848 an Souveränität gewonnen hat, weil er nicht nur die Freiheit hatte, in Zürich zu handeln, sondern er hatte die Freiheit, auf gesamt eidgenössischer Ebene zu handeln. Er hat Freiheit gewonnen, weil er in jenen Bereichen, die sein Leben bestimmten, mehr zu sagen hatte als vorher.

Dieser Prozess steht Europa bevor. Gerade «Maastricht» hat eine Perspektive eröffnet, dass dieses Problem im Hinblick auf 1996 angegangen werden soll. Es steht allerdings nicht im Vertrag, wie man es tun will; es steht nur drin, dass man versuchen will, dieses Problem zu lösen. Hier diese Dynamik aufzeigen, wie das Herr Bonny auch angesprochen hat, aufzeigen, was aussenpolitisch passieren kann, und vor allem auch aufzeigen, wie wir das als Bürger, als Gruppen, als Parteien mitbeeinflussen können: das hiesse uns zeigen, dass in Europa aussenpolitisch eine Perspektive möglich ist, dass ein anderer, neuer Zustand möglich ist, der uns innenpolitisch viel mehr Handlungsspielraum und Möglichkeiten eröffnet. Man kann dann innenpolitisch auch zeigen, dass das Ja zu Europa kein Nein zur Demokratie oder zum Föderalismus bedeuten muss. Dieser Lernprozess steht uns bevor. Um diesen Lernprozess bewältigen zu können, müssen wir mehr tun als nur zuschauen, beobachten und diplomatisch Rücksicht nehmen.

Das ist vielleicht auch ein Problem, Herr Bundesrat Cotti, dass die alte Aussenpolitik sehr von der Diplomatie geprägt war. Wenn sie aber eine neue Innenpolitik werden soll, müssen wir auch den Mut haben, zu sagen, welche europäische Verfassung wir zum Beispiel unterstützen möchten, weil sie dem Willen der Mehrheit der Schweizerinnen und Schweizer entspricht, und welche Verfassungen den Integrationsprozess der Schweiz eher hemmen würden.

Da bitte ich Sie, auch in dieser Dynamik, in diesen Konsequenzen eine neue Musik anklängen zu lassen – so, wie Sie das im analytischen Teil Ihres Berichts tun. Das wäre die Voraussetzung dafür, dass wir innenpolitisch besser, zukunftsgerichteter handeln könnten und weniger vergangenheitsbezogen, wie das zu viele verlangt haben.

Aubry Geneviève (R, BE): Le rapport du Conseil fédéral sur la politique extérieure de la Suisse dans les années nonante est un rapport ambitieux. Il permet, au moins, au Parlement, et même au peuple, de mieux connaître les objectifs de son gouvernement. J'en prendrai donc acte.

Sur le plan positif – car il y a des choses positives, il faut les dire –, j'ai apprécié que le Conseil fédéral tienne compte du vote négatif du souverain sur l'EEE et qu'il s'engage à fond dans les accords bilatéraux. Pour ma part, des démarches d'adhésion à l'Union européenne relèvent d'une bonne tactique de marche en avant, et cela ne me dérange pas, car nous n'y sommes, de loin, Messieurs les Conseillers fédéraux, pas encore. Il suffit d'observer les difficultés de la Suède et l'imbroglio dans lequel nous place le oui à l'initiative des Alpes pour comprendre que nous n'allons pas si aisément franchir de nombreux obstacles. Et puis, observons les problèmes de nos voisins français avec l'agriculture, la pêche, la chasse dont les restrictions ont été décidées par Bruxelles, pour savoir, aussi, que Maastricht, pour l'instant, n'est pas la panacée.

Ensuite, quelle sera la configuration de l'Union européenne dans deux, trois, voire cinq à dix ans? Ambitieux, ce rapport l'est et, à mes yeux, peut-être ou même certainement trop ambitieux. Avons-nous les moyens de faire une telle politique, de foncer tous azimuts comme si nous étions le nombril du monde, et d'un monde qui attend de la Suisse des miracles? Je pense que nous devrions, d'abord, nous attaquer à notre cohésion à l'intérieur même du pays, car elle est pour l'instant en péril. Je me pose aussi toujours la question de savoir si le peuple suivra, lui qui a été si souvent négatif lors de votations concernant la politique étrangère. Attendons la prochaine votation sur les casques bleus, ce sera déjà un test!

Je juge, par contre, moins positivement le rapport sur la neutralité, car elle nous semble bien amoindrie dans sa conception helvétique. Est-ce la volonté d'adhésion à l'UE qui a fait rétrécir notre neutralité comme une peau de chagrin? Que nous imaginions un rapprochement pour la sécurité commune de l'Europe avec les forces de l'Otan me semble encore compatible avec la neutralité. Mais un rapprochement pour une défense commune n'est pas une alliance à laquelle la Suisse devrait se conformer en tous points. Notre neutralité stipule aussi que nous ne pouvons participer à aucun conflit armé sauf pour la défense de notre territoire.

Il m'apparaît que certains commis confondent notre neutralité avec celle de l'Autriche, car le gouvernement autrichien en a une autre conception. Pour lui, en excluant les alliances et les bases étrangères sur son territoire, la neutralité restera, en somme, une sorte de filet de sécurité de l'indépendance. Il ne voit aucun empêchement à la marier avec un système que nous ne pouvons pas accepter, qui est une sécurité collective demandée par le Traité de Maastricht. C'est en ce moment un jeu curieux qui se joue entre la Suisse et Vienne. Je ne suis pas rassurée sur l'issue d'une probable imitation de la Suisse, car on adapte facilement le droit lorsque cela vous arrange.

N'oublions pas que notre neutralité nous a servi, nous sert encore et toujours à abriter des institutions humanitaires internationales, à permettre de négocier des pactes de paix sur notre territoire et à abriter les Conventions de Genève sur les droits de l'homme. Pourrions-nous encore offrir nos bons offices et notre assistance si nous devions réellement prendre parti lors de conflits armés?

En conclusion, notre neutralité est un peu notre bouclier que nous pouvons adapter – je vous l'accorde – et moderniser selon les circonstances. Mais de grâce, ne la jetons pas aux orties, car la neutralité au cours des siècles a fait ses preuves! Nous avons su maintenir notre souveraineté et notre indépendance, gardons-les précieusement.

Je prends acte de ce rapport avec les remarques qui ont précédé.

Blocher Christoph (V, ZH): An diesem Bericht interessiert die Gretchenfrage: Wie hältst du es, Bundesrat, mit der Unabhängigkeit und der Neutralität? Das ist das einzig Interessante an diesem Bericht. Die Gretchenfrage wird sehr unbefriedigend beantwortet, in einer verfassungsmässig gefährlichen Weise und im Widerspruch zum Volkswillen und zur Mehrheit der Stände der Schweiz. Das ist demokratisch bedenklich.

Das Volk und die Stände haben sich 1992 für eine Kooperation ausgesprochen und nicht für eine Integration, für eine Zusammenarbeit und nicht für eine Einbindung oder Eingliederung in ein solch akademisches, politisch und ökonomisch ausserordentlich fragwürdiges europäisches Gebilde. Und nun geht man hin und sagt: «Das Volk hat zwar nein gesagt zum EWR, aber wahrscheinlich wollte es noch einen Schritt weiter gehen, also gehen wir gerade in die Europäische Union!»

Ich habe das Gefühl – das ist das Verdienstvolle an diesem Bericht –, dass der Bundesrat sehr ehrlich sagt, was wir schon lange bemerkt haben, was aber hier nie klar ausgesprochen worden ist: dass hier die Grundsäulen unseres Landes, die Unabhängigkeit, die Selbstbestimmung und die dauernde, bewaffnete Neutralität – das sind kräftige Säulen, die politisch und wirtschaftlich die Stärke der Schweiz ausgemacht haben –, eingerissen werden sollen. Und womit ersetzen wir sie? Mit so dünnen Strohhalmen, und erst noch auf sehr schlechtem Baugrund! Das ist doch keine Konstruktion für das Schweizer Haus! Auch die Aussenpolitik hat die Interessen des Landes zu wahren.

In diesem Saal wird gesagt, das müsse man nicht so wörtlich nehmen, das könne auch eine Option sein; man nehme den Bericht zwar zur Kenntnis, sei aber nicht recht dafür. Sie haben nun die Frage zu beantworten, ob Sie mit diesen Aussagen einverstanden sind oder nicht. Ich nehme es niemandem übel, wenn er einverstanden ist, aber er kann sich nicht um die Frage herumdrücken: Will ich in die Europäische Union? Und er muss sich auch fragen, was die EU für eine Konstruktion ist. Wenn Herr Eggly sagt, er sei aus patriotischen Gründen für eine Schweiz, für eine schweizerische Schweiz, für eine europäische Schweiz, dann mache ich mit. Aber das ist doch ausserhalb der Europäischen Union möglich! Beitritt in die Europäische Union heisst klar, dass wir die Unabhängigkeit des Landes weitestgehend aufgeben. Wir müssten die Neutralität – das ist ein sicherheitspolitisches Instrument; Herr Eggly hat gesagt: «C'est un moyen»; natürlich, aber es ist ein Mittel – aufgeben und darauf verzichten. Alles andere ist Illusion. Wir müssten die eigene Aussenpolitik aufgeben, auch die Sicherheitspolitik, das ist doch ganz klar: Diese steuert jetzt auf Brüssel zu. Sie muss also dorthin delegiert werden – nicht sofort, aber früher oder später. Der Schweizerfranken, auf den könnten Sie verzichten. Die Währungsunion ist vertraglich vereinbart. Die schweizerische Landwirtschaftspolitik würde in Brüssel bestimmt. Die Besonderheiten der Schweiz würden einer europäischen Harmonisierungswut geopfert. Darum die politische Frage: Wollen wir das, oder wollen wir das nicht?

Das gleiche ist über die Neutralität zu sagen. Wenn ich da noch sehe, was aus diesen Berichten in Reden von Bundesräten und in die Verwaltung einfließt, namentlich in Armeebereiche, dann schaudert es mich. Woher kommen Behauptungen wie «Neutralität hat ihre Schutzfunktion verloren»? Was ist das für eine Lagebeurteilung? Oder: Konflikte zwischen europäischen Ländern seien – hören Sie gut – nicht mehr denkbar, also nicht nur nicht wahrscheinlich, sondern man könne sie nicht einmal mehr denken! Was sind das für Lagebeurteilungen? Das sind pubertäre Lagebeurteilungen; jeder sieht nur gerade den heutigen Tag und die Nachrichten und glaubt damit auch die Zukunft beurteilen zu können. Es wird von «Anpassung» der Neutralität gesprochen. Ein sehr gefährliches

Wort, solche Dinge anzupassen! In diesem Jahrhundert haben wir das auch schon gehört.

Mit Blauhelmen und gleichzeitig mit einem merkwürdigen Liebäugeln mit der Nato wird die Neutralität ungläubwürdig gemacht. Da gibt es nichts zu rütteln. Es wird wörtlich betont, dass mit der Nato und der Westeuropäischen Union strukturelle Beziehungen aufgebaut werden sollen, dies in einem Vortrag eines Bundesrates vor Offizieren im Kanton Zürich. An Offizierskursen – Herr Mühlemann, von Ihnen an aufwärts – wird gesagt, man müsse die Armee «bündnisfähig» machen. Ja Donnerwetter, für welches Bündnis denn? Jetzt beginnen Sie wieder mit militärischen Bündnissen. Es wird weiter gesagt, Neutralität sei eine Einengung der Aussenpolitik. Herr Mühlemann: Das ist der Sinn der Neutralität. Neutralität ist eine Einengung für die Aussenpolitik der Regierung und der Politiker, wie Sie einer sind, Herr Mühlemann; denen muss man Schranken setzen, sonst beginnen sie Machtpolitik zu betreiben, wollen in die Nato und überallhin. Die Neutralität bietet Schranken gegen solche Eskapaden.

Ich schliesse mit einem Satz, den Herr Bundesrat Wahlen 1962 in Brüssel gesagt hat. Er hat nicht gesagt: Ich, Bundesrat, will neutral sein; so ehrlich war er. Er wäre wahrscheinlich lieber nicht neutral gewesen, denn das gibt Handlungsfreiheit. Er hat wörtlich zum Ausdruck gebracht: «Die immerwährende Neutralität ist tief in den politischen Überzeugungen des Schweizervolkes verwurzelt, das in ihr das Mittel sieht, mit dem in unserem Land am besten der Sache des Friedens gedient werden kann.» Er hat einen Auftrag des Volkes verkündet. Darum müsse er sich daranhalten.

Wer die Neutralität schwächt, der macht im Grunde genommen genau das gleiche, wie wenn er die Armee schwächt: Er schwächt die Sicherheit und den Frieden unseres Landes.

Darum müssen Sie dem Rückweisungsantrag der Kommission minderheit zustimmen, dann können diese zwei Dinge, meine Herren Bundesräte, geändert werden, und dann werden Sie einen ganz guten Bericht haben.

Stamm Judith (C, LU): Ich gebe Ihnen gern noch etwas Zeit, das Votum meines Vorredners auf sich wirken zu lassen.

Nach langen Jahren der Abstinenz lernen wir Schweizerinnen und Schweizer recht mühsam, aussenpolitisch zu denken und zu handeln, wobei unsere Stellung in Europa ein zentrales Thema bleibt. Das EWR-Nein und das Alpen-Ja waren Paukenschläge, mit denen wir uns europaweit in Szene gesetzt haben. Aber jetzt folgt die weniger spektakuläre Knochenarbeit. Beide Entscheidungen haben Auswirkungen, wir müssen Sie verarbeiten. Das ist mit viel Unsicherheiten verbunden. Unsicherheiten ertragen wir Schweizerinnen und Schweizer, hochversichertes Volk, sehr schlecht. Natürlich stapfen wir jetzt bei den bilateralen Verhandlungen so selbstbewusst als möglich im Warteraum herum. Aber bilateral heisst ja, dass beide Seiten nehmen und geben wollen. Unser Angebot ist umschrieben: Wir warten auf die andere Seite. Das Schicksal des Europäischen Wirtschaftsraumes ist unbestimmt, aber absehbar. Wir warten auf die Volksabstimmungen in den beitragswilligen Ländern, soviel Geduld bringen wir noch auf. Entscheide können wir erst fällen, wenn die Situation geklärt ist.

Das strategische Ziel einer Mitgliedschaft bei der Europäischen Union, wie es der Bundesrat formuliert, bejahe ich. Für mich heisst das nämlich, dass wir um das Jahr 2000 herum, es kann auch 2005 oder 2010 sein, eine Volksabstimmung über den Beitritt zur Europäischen Union haben werden. Ich bin froh, dass der Bundesrat das vorbereitet.

Dass wir uns, im Sinne der Ausführungen von Kollega Raggenbass, vorbereiten müssen, dass wir unser Haus in Ordnung bringen müssen, versteht sich von selbst. Sollte die Stellung der Schweiz in fünf, zehn, fünfzehn Jahren so kraftvoll sein, dass wir es bei einer losen Kooperation mit der zukünftigen Europäischen Union bewenden lassen können, wird das Schweizervolk entsprechend entscheiden.

Es könnte aber auch sein, dass die wirtschaftliche Entwicklung, dass die grenzüberschreitenden Probleme uns in den nächsten Jahren zu neuen Einsichten führen. Es könnte sein, dass wir in Zukunft unsere Unabhängigkeit nicht darin sehen, allein zu entscheiden und dann doch alles, was andere ent-

schieden haben, nachvollziehen zu müssen. Es könnte sein, dass wir dannzumal, im Interesse unseres Landes, anstreben, im grösseren Verbund mitentscheiden zu können. Auch in diesem Fall wird uns eine Volksabstimmung über einen allfälligen Beitritt zur Europäischen Union gelegen kommen.

Wenn wir über unsere Landesgrenzen hinaussehen, sehen wir eine Welt im Umbruch und Aufbruch. Das politische Beben, das die Welt erfasst hat, macht auch vor der Schweiz nicht halt. Was in der Welt, was in Europa passiert, wirkt sich auch bei uns rasch und merkbar aus. Eidgenössische Standfestigkeit braucht es nach wie vor, aber ebensosehr benötigen wir Flexibilität und Souplesse in der Aussenpolitik. Diese Haltung hat der Bundesrat in seinem Bericht zum Ausdruck gebracht; dafür gebührt ihm Dank.

Ich bitte Sie, den Bericht zur Kenntnis zu nehmen und die Rückweisungsanträge abzulehnen.

Nebiker Hans-Rudolf (V, BL): Ausgehend von der zunehmenden Verflechtung in der Weltpolitik und der Weltwirtschaft stellen sich der Schweiz neue Aufgaben und Pflichten. Die Schweiz kommt nicht darum herum, im Rahmen der internationalen Organisationen mitzuwirken und auch hier ihren Beitrag zu leisten. Nur auf der Basis von Mitgliedschaft, Kooperation und Solidarität können die ausserpolitischen Ziele, wie sie der Bundesrat formuliert hat, erreicht werden. Aber jede Kooperation, jede Mitgliedschaft und auch bilaterale Verträge schränken die Entscheidungsfreiheit eines Landes ein. Also müssen wir uns die Frage stellen: Wieweit wollen wir uns über Kooperation einschränken lassen? Wieweit wollen wir eigenständig bleiben, und wieweit wollen wir mitwirken? Soll es nur bei einer Kooperation bleiben, oder wollen wir uns integrieren, einfügen, unterordnen?

Der Bundesrat geht leider in seinen Schlussfolgerungen zu weit, indem er das strategische Ziel eines EU-Beitrittes setzt. An mehreren Stellen des Berichtes stellt der Bundesrat richtigerweise fest, dass die Aussenpolitik auch Innenpolitik sei. Ohne breite Abstützung in der Bevölkerung, ohne deutliche Mehrheiten lässt sich Aussenpolitik nicht erfolgreich betreiben, und es lassen sich keine entsprechenden Mehrheiten finden. Die Erfahrungen bei der EWR-Abstimmung sollten dem Bundesrat ein deutliches Zeichen sein.

Im heutigen Zeitpunkt liesse sich insbesondere keine Mehrheit für einen Beitritt zur Europäischen Union finden. Das ist auch in der Westschweiz so, wenn man aufzeigt, was ein Beitritt effektiv darstellen würde. Selbst die Liberale Partei könnte einen Beitritt nicht befürworten, wenn auch Herr Egly gestern mit fulminanten Worten dafür gesprochen hat; denn ein Beitritt zur EU würde einen Grossteil unseres föderalistischen Gedankengutes, wofür sich die Liberale Partei so sehr einsetzt, über Bord werfen.

Der Bundesrat stellt aber gleichzeitig fest – und das ist richtig –, dass unsere Verhältnisse zu den europäischen Staaten schwergewichtig auf der Basis von bilateralen Verhandlungen geregelt werden müssen. Es bleibt ihm auch keine andere Wahl. Man kann aber nicht gleichzeitig ernsthaft bilateral verhandeln und den Beitritt anstreben. Das ist keine glaubwürdige Politik. Das ist auch keine konsistente Politik. Die Möglichkeit des Beitritts kann durchaus offengelassen werden. Wir werden dann sehen, wie sich die EU weiter verhält und was aus ihr wird. Aber innenpolitisch ist es falsch, heute den Beitritt als Ziel zu deklarieren. Der Bundesrat hat die Chance verpasst – das wurde schon mehrmals gesagt –, die Mehrheit der Schweizer Bevölkerung hinter seine ausserpolitische Konzeption zu bringen.

Das Ziel eines späteren Beitrittes zur EU schwächt aber auch im ausserpolitischen Bereich unsere Position in bilateralen und multilateralen Verhandlungen. Wie will die EU mit einem Land, das ohnehin beitreten will, ernsthaft verhandeln? Da kann es sich bestenfalls immer nur um Übergangslösungen, um Provisorien und nicht um etwas Dauerhaftes handeln. Nur mit dem Willen und der Bereitschaft zur Zusammenarbeit, nicht mit dem Ziel eines Beitrittes, kann der Bundesrat mit Aussicht auf Erfolg verhandeln und befriedigende Ergebnisse erzielen.

Zum Bericht über die Neutralität: Dieser Bericht ist an sich interessant. Es ist durchaus richtig, dass die dauernde und bewaffnete Neutralität immer wieder auf ihren Gehalt hin überprüft

wird. Man muss sich damit auseinandersetzen und sich bewusst werden, dass die Neutralität auch vom Umfeld abhängig ist und sich in diesem Sinne auch verändert. Neutralität hat sowohl innen- als auch ausserpolitisch viel zum Bestand unseres Landes beigetragen, hat es geprägt, wie es heute ist. Die Neutralität hat sich grundsätzlich bewährt, und ohne sie wäre unser Land nicht unabhängig geblieben. Auch der Wohlstand und der Friede wären nicht gesichert gewesen. Die Neutralität hat zweifellos auch ihre negativen Seiten: Sie kann zu Isolation, sogar zu Überheblichkeit führen. Sie wird zu Unrecht mythologisiert. Trotzdem muss man sehr sorgfältig sein, wenn man den Inhalt der Neutralität zur Diskussion stellt.

In diesem Zusammenhang ist es absolut verfehlt, zu sagen, die dauernde und bewaffnete Neutralität könne bei einem EU-Beitritt beibehalten werden. Das ist falsch, denn die EU strebt ja eine europäische Sicherheitspolitik und eine gemeinsame Aussenpolitik an. Unter diesen Umständen ist es unmöglich, von Neutralität zu sprechen. Neutralität ist undenkbar in einem kollektiven Sicherheitssystem. Das eine schliesst das andere aus. Darüber muss man sich im klaren sein. Der Bundesrat ist leider in seinen Aussagen zu diplomatisch. Die diplomatische Sprache eignet sich nicht für die Auseinandersetzung mit den eigenen Bürgern.

Engler Rolf (C, AI): Ich habe die Integrationspolitik seit 1987, seit ich in den Nationalrat gewählt wurde, aus der Nähe verfolgt. Wenn ich jetzt zurückblicke, dann sind es doch drei Komponenten, die diese Integrationspolitik für mich geprägt haben. Erstens diskutieren wir immer wieder über Worthülsen, über Begriffe. Zweitens ist es ein permanenter Glaubenskrieg statt eine Auseinandersetzung um die Sache. Drittens gehen wir Irr- und Umwege und werden dies wahrscheinlich auch weiter tun. Ich möchte begründen, wieso diese drei Komponenten für mich von Bedeutung sind und auch von Bedeutung bleiben werden.

Beim ersten Integrationsbericht war ich Fraktionssprecher. Wir haben damals auf den bilateralen Weg gesetzt. Wochen später war dieser erste Integrationsbericht Makulatur. Unsere Diplomatie war nicht in der Lage, in Brüssel den Puls zu nehmen und entscheidende Wendungen und Änderungen in der EG überhaupt wahrzunehmen. Das verunsichert.

Wir haben damals über Worthülsen, über magische Worte diskutiert. Ich erinnere an den Ausspruch «Beitrittsfähig werden, um nicht beitreten zu müssen» und anderes mehr. Wir haben diese Worte hier am Rednerpult bis zum Exzess durchexerziert, etwa in ähnlicher Form, wie wir heute über das «strategische Ziel» diskutieren, was ebenso unerspriesslich ist. Ob wir hier von Optionen reden oder von strategischen Zielen, ändert doch nichts daran, dass wir uns mit der Sache selbst auseinandersetzen müssen.

Das Volk hat zum EWR-Abkommen nein gesagt. Der Bundesrat gibt die Antwort und sagt: Strategisches Ziel ist der EU-Beitritt. Ich finde, das ist doch keine vernünftige und sachgerechte Antwort auf die Aussage des Volkes. Ich bin der Meinung, wir brauchen keine grossen Worte, wir brauchen kleine Taten. Wir brauchen die Diskussion um die Sache. Ich war und bin nach wie vor EWR-Befürworter. Ich habe nach wie vor meine Zweifel an bilateralen Verhandlungen, und ich kann mir nicht vorstellen, dass die Schweiz einfach den Weg des Alleingangs geht. Aber dieser Glaube, die Hoffnungen, all das nützt nichts. Wir müssen doch Belege haben. Wir müssen uns einer gefestigten Position annähern, und wir müssen zu Wissen gelangen. Ich stelle deshalb dem Bundesrat folgende Fragen, um die Politik etwas zu versachlichen: Herr Bundesrat Delamuraz, worüber wollen wir in diesen sechzehn Bereichen überhaupt verhandeln, was wollen wir erreichen? Können Sie uns zu allen sechzehn Bereichen wirklich eine exakte und genaue Antwort geben? Womit sollen wir diese sechzehn bilateralen Vertragswerke bezahlen, was wollen wir dafür geben? Im Bereich der Verkehrspolitik ist wenig übriggeblieben. Wollen wir nur noch mit Franken in einen Kohäsionsfonds bezahlen, oder was wollen wir hier wirklich entgegenbringen? Wie sollen diese Vertragsverhandlungen ablaufen? Wenn wir beim elften Vertrag das elfte Pfand gegeben haben, was geben wir dann bei der sechzehnten Verhandlung? Wie sieht der zeitliche Ablauf aus?

Ich habe gehört, dass sich die EU im Laufe des Monats April oder später vier Mandate geben lassen will. Wie sieht der zeitliche Ablauf aus, und wie sollen diese Mandate der EU aussehen?

Sehen Sie, mir kommt das Ganze etwas vor wie die Frau, die am Morgen aufsteht und sagt, sie gehe jetzt einkaufen, die aber nicht sicher ist, ob der Laden überhaupt geöffnet wird. Sie nimmt sich vor, möglichst viel in den Wagen zu stopfen, weiss aber nicht, wie sie die Einkäufe letztlich bezahlen will. Deshalb bin ich sehr skeptisch, ob solche bilaterale Verhandlungen zum Erfolg führen können.

Noch ein Letztes: Ich begreife wirklich nicht, Herr Bundesrat Cotti, dass man den Einbezug der Kantone in die Aussenpolitik nicht vom Bund her fördern will. Sie wollen nicht einmal die gleichlautenden Motionen von Ständerat Cottier und mir akzeptieren (93.3175 bzw. 93.3169), die eine Mitwirkung der Kantone in den Bereichen anstrebt, wo die Kantone noch souverän sind. Wie soll der Bürger, der demokratisch gesinnt ist und der für den Föderalismus eintritt, dem Bundesrat hier noch Vertrauen entgegenbringen?

Brunner Christiane (S, GE): Si je partage le point de vue du Conseil fédéral sur les grands objectifs qu'il a tracés dans son rapport en ce qui concerne la politique de paix et la politique d'ouverture, je tiens à me faire ici la porte-parole de la jeunesse engagée en faveur de l'intégration européenne.

Cette jeunesse s'est mobilisée au lendemain de la votation du 6 décembre 1992 de manière exemplaire: manifestation réussie à Berne, 15 jours à peine après la votation, manifestations de jeunes de manière décentralisée, soutien à M. Delamuraz, conseiller fédéral, au Conseil des Etats, organisation d'un large mouvement dans toute la Suisse pour relancer immédiatement le débat. Dans un délai record, les jeunes du mouvement «Né le 7 décembre» ont élaboré un texte pour une initiative populaire et l'ont lancée deux mois après la votation populaire. Cinq mois après, les signatures nécessaires étaient réunies, tout cela sans aucune infrastructure et dans un scepticisme ambiant quasi général.

Les jeunes ont réussi à catalyser l'ensemble des forces vives en faveur de l'Europe, toutes générations confondues. Le soutien n'a pas seulement été donné là où c'était le plus simple, du côté de la Romandie, les jeunes initiants se sont donné la peine de récolter des signatures dans l'ensemble de la Suisse, faisant fi du «Röstigraben» et portant le débat jusque sur la place de Schwytz. Les jeunes Suisses romands du comité ont ainsi amélioré leurs connaissances géographiques, linguistiques et culturelles et ont renouvelé le pacte confédéral qui nous lie.

Le texte de cette initiative peut paraître aujourd'hui quelque peu dépassé face au développement actuel de l'Union européenne, mais peu importe le contenu, c'est l'engagement qui compte. Pour beaucoup de jeunes, c'était la première approche de l'engagement politique et la première fois qu'ils faisaient usage des droits de la démocratie directe. On leur a souvent opposé le respect de la volonté du souverain, mais une démocratie qui ne supporterait pas que la jeune génération demande à rouvrir un débat essentiel pour son avenir serait à mon sens une démocratie à l'agonie. La capacité de se remettre en question a toujours été un signe de vitalité pour une société, et je partage sur ce point l'opinion du célèbre comique français Coluche qui disait: «Ce n'est pas parce qu'ils sont nombreux à avoir tort qu'ils ont raison.»

Aujourd'hui, la période de deuil postvotation est largement achevée, et nous pouvons reprendre la discussion et accélérer le mouvement. C'est là mon principal reproche à la démarche proposée par le Conseil fédéral: il ne propose aucun calendrier et aucune réponse précise à l'initiative des jeunes. Ces derniers attendent du Conseil fédéral qu'il traite leur initiative avec la même célérité qui est parfois vouée à d'autres objets, qu'il la soumette à discussion aux Chambres fédérales ou qu'il lui impose un contre-projet direct ou indirect, mais enfin qu'il fasse quelque chose au lieu de se cantonner dans un attentisme prudent.

Les jeunes ne sont pas seulement préoccupés par les problèmes de chômage, de drogue, ou par leur propre confort maté-

riel. Ils ont besoin d'un projet de société capable de soulever les enthousiasmes et dans lequel ils aient leur mot à dire. Ils doivent être considérés comme des partenaires à part entière de ce débat politique qui concerne, en premier lieu, leur avenir. Nous avons, en tant que politiciens et politiciennes, une lourde responsabilité par rapport à cette jeunesse nouvellement engagée. Son incompréhension est grande de voir à quel point nous nous complaisons dans les atermoiements et à quel point nous sommes plus préoccupés par nos résultats électoraux que par la volonté de lui donner l'audience qu'elle revendique. Les stratégies et les tactiques politiciennes ne font pas partie de la conception que ces jeunes se font de la politique, et nous allons à jamais les dégoûter de l'engagement social si nous n'apparaissions que comme une force de blocage de leurs enthousiasmes.

Si l'initiative «Pour notre avenir au coeur de l'Europe» propose l'adhésion de la Suisse à l'Espace économique européen, c'est en raison de l'analyse très lucide des étapes qui sont nécessaires dans notre pays pour accepter un rapprochement avec l'Union européenne. Pour ces jeunes, toutes les perspectives d'intégration européenne sont néanmoins ouvertes. Leurs priorités portent sur la volonté de participer à une Europe en construction et sur la volonté d'ouverture vers l'extérieur. Les valeurs que nous leur proposons en Suisse sont trop restrictives, les jeunes se sentent à l'étroit dans notre monde étiqué et suranné.

L'Europe est en mouvement, et la Suisse est immobile et passiviste. La force d'une société se mesure à la force d'intégration des jeunes. S'ils sont dynamiques, intéressés et contestataires, notre avenir sera riche et vivant. S'ils sont déçus, passifs et abstentionnistes, nous n'avons tout simplement pas d'avenir.

Messieurs les Conseillers fédéraux, c'est en raison de votre absence de prise de position concrète sur les éléments que je viens de soulever, qui aurait répondu en partie à l'interpellation urgente (93.3398) du groupe socialiste du 21 septembre 1993, que le groupe socialiste ne peut se déclarer que partiellement satisfait de votre réponse.

Rychen Albrecht (V, BE): Der Stellenwert des Berichtes ist für mich entscheidend: Wir haben ihn lediglich zur Kenntnis zu nehmen. Damit verpflichte ich mich zu nichts. Ich behalte als Mitglied dieses Parlamentes in allen aussenpolitischen Entscheidungen der Zukunft den vollen Handlungsspielraum. Aus diesen Gründen sehe ich nicht ein, warum man eine Rückweisung des Berichtes beschliessen sollte. Den Bericht beurteile ich als eine realistische und gute Analyse. Diese ist problemorientiert und nimmt Rücksicht auf die tatsächlich stark veränderten Verhältnisse in Europa und in der Welt.

Zum EU-Beitritt: Ich bedaure persönlich, dass der Bundesrat dieses Ziel heute festlegt. Warum bedaure ich dies? Weil sich die Frage heute und hier politisch gar nicht stellt. Wir haben die Resultate der bilateralen Verhandlungen mit der EU abzuwarten. Das kann noch zwei oder drei Jahre dauern. Wir wissen es nicht. Wir sollten die definitiven Entscheide der Völker Österreichs, Finnlands, Norwegens und Schwedens abwarten, und dann ergibt sich die Notwendigkeit einer neuen Lagebeurteilung. Ich bedaure, dass die heutige Diskussion um den EU-Beitritt nichts bringt, höchstens die Verhärtung altbekannter Fronten. All jenen, die schon genau wissen, wie es im Jahr 2000 aussehen wird, möchte ich sagen: Seien Sie etwas gelassener, und lassen Sie die Frage des Beitrittes doch einfach offen. Das haben wir doch nicht heute zu entscheiden und wahrscheinlich auch nicht morgen und übermorgen, sondern viel später. Seien Sie doch bitte so gelassen und bringen Sie damit auch eine Politik in Gang, die sich konkret mit Europa auseinandersetzt, denn heute ist es aufgrund der innenpolitischen Lage und der Mehrheitsverhältnisse im Volk unrealistisch, diese Zielsetzung formulieren zu wollen. Ich bin überzeugt, dass es kluge Politik ist, diese Frage offenzulassen.

In der Diskussion gestern und heute haben mich einige Voten nachdenklich gestimmt. Da gab es eine ganze Reihe von Belehrungen gegenüber unseren europäischen Nachbarstaaten, dass sie das und jenes falsch machen würden und dass das und jenes gut oder nicht gut sei. Ich glaube, wir sind gut

beraten, wenn wir in den Belehrungen gegenüber Europa zumindest Zurückhaltung üben. Ich zitiere den ehemaligen Aussenminister, eines meiner grössten politischen Vorbilder, Mitglied meiner Partei, Bundesrat Wahlen selig: «Es steht uns nicht zu, in den Ratskammern die Politik anderer Länder zu beurteilen und Zensuren auszuteilen.» Unabhängig davon, ob wir je einmal EU-Mitglied sein werden oder nicht, ist eines sicher: Wir Schweizer müssen daran interessiert sein, dass sich die grossen Kulturkollisionen Europas an einem gemeinsamen Ziel orientieren, und dieses Ziel heisst Frieden auf diesem Kontinent. Das ist auch in unserem Interesse. Ich erinnere an den konservativen Staatsmann Churchill, der in Zürich sinnig gemäss gesagt hat: Hört endlich auf, Ihr Europäer, pro Jahrhundert zwei oder drei Mal einander die Länder mit blutigen Kriegen zu zerstören. Hört damit auf, schliesst euch eher zusammen.

In welcher Form das geschehen wird, wird noch lange nicht feststehen. Aber es muss auch in unserem Interesse sein, dass diese Länder nicht wieder gegeneinander aufgebracht werden. Ich zitiere wieder Friedrich Traugott Wahlen. Er sagte: «Unsere Mitarbeit an der Einigung Europas kann ein Beitrag zur Erhaltung des Friedens und der Freiheit eines Kontinentes werden, dessen Geschichte und Zugehörigkeit zur westlichen Kultur wir Schweizer teilen. Unser Land ist im Herzen dieses Kontinentes gelegen, ein Stück Europa. Europas Schicksal wird letzten Endes auch unser Schicksal sein.»

Da sind Belehrungen nicht am Platz, sondern es ist im Interesse aller, dass Deutschland und Frankreich, Grossbritannien und Russland einigermassen in Frieden nebeneinander leben.

Kurz zur Neutralität: Im Bericht wird zu Recht an der Neutralität festgehalten. Es gibt heute keine Alternative zur Neutralität. Aber viele tun so, als ob sich die Welt nicht verändern würde! Wir haben vor kurzem beim Irakboykott der Uno mitgemacht; ob wir wollten oder nicht, wir mussten mitmachen. Das war eine qualitative Veränderung der Neutralitätspolitik, und es geht in diesem Bericht um die Beschreibung dieser Politikänderung und um nichts sonst. Die Neutralität bleibt.

Segmüller Eva (C, SG): Der klare Bericht des Bundesrates situiert die Schweiz in der Welt. Ergänzend folgen soll und muss aber das Nord-Süd-Leitbild, das unsere Beziehungen zur Dritten Welt behandelt. Ebenso begrüssenswert ist der Anhang, der die Neutralität als Mittel und nicht als Ziel definiert.

Aus Aktualitätsgründen stehen heute in der Diskussion die Beziehungen der Schweiz zu Europa zur Diskussion. Die Optionen kennen wir. Nach dem EWR-Nein heisst es für die nächste Zukunft bilateral verhandeln; dies wurde durch die Annahme der Alpen-Initiative erschwert.

Erinnern wir uns: Mit einer Motion hat die Aussenpolitische Kommission des Nationalrates 1991 vom Bundesrat ein ausserpolitisches Konzept verlangt, und mit dem vorliegenden Bericht kommt der Bundesrat diesem Auftrag nach, indem er das strategische Ziel nennt: Integration in der Europäischen Union. Hätte der Bundesrat das Ziel nicht genannt, wäre ihm der doppelte Vorwurf sicher gewesen, er stochere führungslos im Nebel herum, oder, noch schlimmer, er verschweige Ziel und Absichten.

Ab 1995, wenn wir vermutlich von vier Mitgliedsländern der Europäischen Union und einem EWR-Land umgeben sein werden, wird die Schweiz in der Tat eine Insel sein. Die Frage ist also nötig: Wohin soll denn unsere Reise gehen? Das Feindbild «Europäische Union» zu pflegen ist obsolet. Es ist müssig, alle ihre Defizite aufzuzählen. Die Europäische Union ist ein Prozess auf dem Weg zu mehr Subsidiarität, mehr Föderalismus, mehr Demokratie. Die Frage ist eigentlich nur: Warten wir ab, bis die EU unseren Standards entspricht, oder arbeiten wir daran mit?

Im Zweckartikel unserer Bundesverfassung steht: «... Behauptung der Unabhängigkeit des Vaterlandes» Die sukzessive Aufgabe der Selbständigkeit und Unabhängigkeit mit Draussenbleiben und autonomem Nachvollzug aus meist wirtschaftlichen Gründen erscheint mir eine unerträgliche Perspektive. Es gibt daher eigentlich keine Alternative zum strategischen Ziel des Bundesrates, mit zu machen und mit zu ent-

scheiden mit vollen Rechten und Pflichten. Klar ist, dass keine Zeitachse vorgegeben werden soll und dass es gilt, innenpolitisch den Boden für alle Integrationschritte zu bereiten, Akzeptanz zu fördern, Feindbilder abzubauen.

Gestern konnte und heute kann sich die Schweiz noch frei gegen ein EWR-Abkommen entscheiden. Ich hoffe, dass die Schweiz nicht eines Tages durch sich rasch ändernde äussere Umstände vorwiegend wirtschaftlicher Natur gezwungen sein wird, EU-Mitglied zu werden. Ich hoffe vielmehr, dass wir das aus einer Position der Stärke heraus werden tun können, wenn wir dazu bereit sind – im Bewusstsein, dass die beste Selbstbehauptung eines Landes in der Mitentscheidung liegt, wenn Unabhängigkeit im klassischen Sinn wegen der Interdependenz der Probleme nicht mehr gegeben ist.

Der Schlüsselsatz für sein Konzept steht im Bericht des Bundesrates auf Seite 47: «Mitwirkung und Mitentscheidung sind notwendige Voraussetzungen für die Wahrung der Interessen des Landes.» Es sei daher nötig, die Mitwirkungsdefizite zu beheben.

Dies und nichts anderes will der Bundesrat, und in diesem Sinne unterstütze ich Ziele und Mittel des Berichtes und weise alle Rückweisungsanträge zurück.

Frey Claude (R, NE): Le rapport du Conseil fédéral a le mérite de la clarté. L'objectif stratégique, c'est l'adhésion à l'Union européenne sans condition et sans réserve.

La politique du gouvernement est claire, le Parlement avait le devoir de l'être aussi. L'a-t-il été? Après quelque 70 orateurs qui se sont exprimés ici, on peut en douter et en douter sérieusement. Il y a toujours le quarteron habituel des enthousiastes de Maastricht; il y a le gros bataillon des réservistes qui prendront acte sans vraiment appuyer le Conseil fédéral; enfin, il y a le camp des opposants déclarés à Maastricht qui renverront symboliquement le rapport, symboliquement, parce que le renvoi ne sera suivi d'aucun effet. Vous oubliez le précédent rapport sur l'intégration: tous les groupes s'étaient mis d'accord pour le renvoyer, pour ne pas voter sur ma proposition de désapprouver ce rapport. Vous l'avez renvoyé avec une foule de questions. Aucune réponse n'a été donnée et vous ne demandez aucune réponse. Sur les 70 orateurs, aucun n'a demandé des rapports complémentaires.

Le rapport clair du Conseil fédéral n'a pas clairement mobilisé le Parlement sur la politique d'adhésion. Il n'y a pas ici, dans cette salle, une majorité, un souffle pour appuyer le Conseil fédéral s'il venait à réactiver sa demande d'adhésion à Bruxelles. On pratiquera la langue de bois pour ne pas dire non, mais on ne dira pas oui. Et pourquoi? Sans doute parce que la clarté du rapport du gouvernement a mieux mis en lumière les contradictions fondamentales de sa politique. J'en relèverai deux ici.

Première contradiction: le Conseil fédéral veut respecter le verdict populaire du 6 décembre 1992 tout en maintenant l'objectif de l'adhésion à l'Union européenne et au Traité de Maastricht. Mais, Messieurs les Conseillers fédéraux, c'est une mission impossible! C'est impossible parce qu'il faut se rappeler le climat de la votation du 6 décembre 1992. Il faut se rappeler les arguments échangés alors. On a parlé avant le 6 décembre de tout; on a surtout parlé de Maastricht; on a parlé de l'agriculture; on a pratiquement parlé de tout sauf du Traité sur l'Espace économique européen. Et pourquoi? Parce qu'en mai de la même année, en mai 1992, le Conseil fédéral avait décidé le dépôt de la demande d'adhésion à la CE. Dès lors, il y avait amalgame, dès lors il y avait dérapage. Et en Suisse alémanique, on a voté essentiellement sur la politique d'adhésion, ce qui me permet de dire que le refus du 6 décembre est un rejet de la politique d'adhésion du Conseil fédéral. Première contradiction.

Deuxième contradiction: selon le Conseil fédéral, la neutralité n'est pas incompatible avec la politique d'adhésion. Mais, c'est objectivement faux! La neutralité ne peut pas être réduite ici, comme on l'a vu trop souvent hier et aujourd'hui dans cette salle, à une caricature, à sa seule signification géostratégique, à sa seule définition formelle et juridique. La neutralité, c'est en premier lieu un moyen d'affirmer son indépendance, un moyen de choisir ses institutions, son gouvernement. Je dirai

qu'en matière de politique internationale la neutralité, c'est un peu le droit à l'objection de conscience. La politique de neutralité, c'est aussi un moyen de maintenir l'essentiel des prérogatives d'un Etat indépendant: la monnaie, la fiscalité, le régime social, les structures économiques, la politique agricole et jusqu'aux institutions, au droit démocratique et au fédéralisme. Le Conseil fédéral s'essouffera, le Conseil fédéral s'épuisera à rappeler que ces souverainetés subsisteront, mais dans une souveraineté collective. Le pays légal n'arrivera jamais à convaincre sur ce point le pays réel. Les dérapages sont dès lors programmés.

Je conclus: en mai 1992, le dépôt à Bruxelles de la demande d'adhésion à la CE a complètement faussé la votation sur l'Espace économique européen. Je regrette que le Conseil fédéral maintienne l'objectif stratégique de l'adhésion comme si rien ne s'était passé. Je crains fort que le débat de politique étrangère n'en soit fortement altéré ces prochaines années, et cela juste au moment où il faudrait une politique qui rassemble, une politique qui unisse et qui ne divise pas le pays.

Je soutiendrai résolument le Conseil fédéral dans ses négociations bilatérales que l'on sait difficiles avec l'Union européenne, mais je ne peux pas approuver une politique qui persiste dans une voie sans issue.

Hess Peter (C, ZG): Wenn ich gegen Ende dieser breiten Debatte über den aussenpolitischen Bericht Bilanz ziehe, stelle ich ein Zweifaches fest: Einerseits wird allgemein anerkannt und begrüsst, dass der Bundesrat mit diesem Bericht erstmals eine vertiefte Analyse des Umfeldes vornimmt, in das die Schweiz nach aussen hin eingebettet ist. Diese gegenseitige Gebundenheit in Fragen der Wirtschafts-, Sozial-, Umwelt-, Sicherheits- oder Migrationspolitik ist eine Gegebenheit, mit der wir uns auseinandersetzen haben, ob wir das nun wollen oder nicht. Wer heute noch vorgibt, es gelte nur die Eigenheiten oder Stärken unseres Landes hervorzuheben, um Wohlstand und Prosperität ins nächste Jahrtausend hinüberzuretten, streut unserem Volk Sand in die Augen.

Auf der anderen Seite hat sich die Debatte im wesentlichen um die Frage gedreht, ob der Bundesrat mit der strategischen Zielsetzung eines EU-Beitritts richtig liege oder nicht. Diese holzschnittartige Verkürzung des aussenpolitischen Berichts auf die Frage «EU-Beitritt: ja oder nein?» ist wohl für den medienwirksamen und elektoral ausgerichteten politischen Schlagabtausch geeignet. Sie wird aber weder der Verunsicherung in unserer Bevölkerung noch den realpolitischen Bedürfnissen nach einer gesicherten Zukunft unseres Landes in einem sich ständig wandelnden Europa gerecht.

Im Zentrum des Berichts stehen fünf aussenpolitisch relevante Ziele, die sich mit dem Bundeszweck gemäss Artikel 2 der Verfassung durchaus vereinbaren lassen: Wahrung und Förderung von Sicherheit und Frieden, Förderung von Menschenrechten, Demokratie und Rechtsstaat, Förderung der Wohlfahrt, Abbau sozialer Gegensätze sowie Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen. Im Zusammenhang mit diesen unbestrittenen Zielen nennt der Bundesrat Mittel und Wege, wie diese Ziele nach seiner Auffassung am effizientesten realisiert werden können: Es ist eine aktivere, engagiertere Mitwirkung unseres Landes auf internationaler Ebene. Er nennt dabei nebst der bereits heute bestehenden Mitarbeit in Institutionen und Konferenzen, nebst unseren massgeblichen finanziellen und wirtschaftlichen Leistungen als langfristiges strategisches Ziel auch den Beitritt zur EU. Gleichzeitig bringt er aber – allerdings zuwenig deutlich, das muss kritisiert werden – zum Ausdruck, dass vor der Aufnahme von Verhandlungen über die multilaterale Integration der Schweiz die innen- und aussenpolitischen Voraussetzungen erfüllt sein müssen; dies steht auf Seite 33 unten.

Mehr als auf den Streit um Begriffe wie Option oder Zielsetzung müssen wir uns in der Tat auf die Frage konzentrieren, welche Voraussetzungen denn erfüllt sein müssen, um die gewünschte aktivere Mitarbeit realisieren zu können. Aussenpolitisch wird unser zukünftiges Verhältnis zu Europa massgeblich davon abhängen, wieweit Grundwerte wie die Wahrung der direkten Demokratie, die Akzeptanz eines föderalen Bündnisses nach dem Grundsatz der Subsidiarität, die Gewähr-

leistung der kulturellen Vielfalt, die Kündbarkeit der Verträge oder die Selbstbestimmung der Schweiz in entscheidenden Fragen der Aussen- oder Sicherheitspolitik respektiert werden.

Innenpolitisch müssen die genannten aussenpolitischen Zielsetzungen besser abgestützt werden. Es ist zu Recht darauf hingewiesen worden, dass Mitwirkung und Mitentscheidung nach aussen vom Schweizervolk mitgetragen werden müssen, ansonsten noch so schöne Zielformulierungen zu Makulatur werden.

Die CVP-Fraktion wird im Wissen um die zentrale Bedeutung der innenpolitischen Abstützung der Aussenpolitik in den nächsten Tagen in der Form einer allgemeinen Anregung einen Verfassungsartikel vorschlagen, der die Verpflichtung zur europäischen Zusammenarbeit beinhaltet. Mit diesem Vorstoss wollen wir die politische Diskussion über die Aussenpolitik neu ankurbeln. Wir wollen damit aber auch einen Ausbruch aus der gegenseitigen Lähmung versuchen, die seit dem 6. Dezember 1992 wichtige politische Kräfte in Untätigkeit bindet. Es gilt, mit den gegenseitigen Schulduweisungen und Unterstellungen aufzuhören und endlich wieder zu handeln, nach vorne zu blicken und die dringend einer Lösung harrenden grenzüberschreitenden Probleme gemeinsam anzupacken.

Ich lade Sie alle ein, mit uns in diesem Bestreben zusammenzuarbeiten, nach dem Motto: «Vereint schlägt sich's besser!»

Tschopp Peter (R, GE): D'abord une constatation. Le Parlement se montre d'autant plus divisé et réservé face à des rapports du Conseil fédéral lorsque ceux-ci sont clairs, courageux et prospectifs. Pour s'en convaincre, il suffit de songer à l'accueil que ce Conseil a réservé au rapport du 18 mai 1992 qui érigeait en but de la politique extérieure l'adhésion de la Suisse à la CEE. Il fut renvoyé.

Cette même controverse resurgit aujourd'hui et nous vaut des propositions de renvoi. Dans l'abstrait, nous passons notre temps à revendiquer un Conseil fédéral décidé et qui arrête des stratégies gouvernementales. Mais, dans le concret, nous sommes des nostalgiques du bon vieux temps où le Conseil fédéral pouvait se contenter de gérer et d'administrer des affaires courantes.

La qualité du rapport qui nous est soumis tient aux faits suivants:

D'abord, l'analyse est globale. Elle aborde la question de notre intégration dans l'ensemble des organisations internationales et forums qui permettraient – pour autant qu'on y participe – de défendre activement notre souveraineté sur les lieux mêmes où les décisions nous concernant se prennent. Dans ce monde si interdépendant, la politique de la chaise vide est la plus dangereuse forme de démission. Elle débouche sur la satellisation du pays.

Deuxièmement, le rapport séduit par sa clarté, par le fait qu'il sépare scrupuleusement l'analyse, l'énoncé d'une stratégie, la formulation d'objectifs et l'énumération des moyens. C'est cette clarté qui inquiète et qui amène les frileux à déclencher une guerre des mots. Le terme «objectif stratégique» fait peur. On veut lui substituer celui d'«option».

Je félicite pour ma part le Conseil fédéral d'être revenu aux termes «objectif stratégique» pour ce qui est de l'adhésion à l'Union européenne et de l'ONU. Le retour à la formule vague d'«option» à la suite du rejet de l'EEE a été mal accueilli par une moitié de la population et par nos voisins européens. Et pour cause, car, en français en tout cas, «opter» et «option» sont des termes qui se réfèrent à un choix entre deux ou plusieurs choses que l'on ne peut pas avoir ou faire ensemble.

Puisqu'on ne peut pas avoir le beurre et l'argent du beurre, les linguistes d'occasion qui parlent d'«option» souhaitent en réalité «l'Alleingang», sans l'avouer. Si l'on envisage sérieusement de rejoindre l'Union européenne, seul le terme «objectif» peut convenir, étant entendu que les conditions de politique intérieure devront être réunies pour que le peuple et les cantons puissent suivre un jour ce parti pris, hélas encore seulement gouvernemental à l'heure actuelle. L'évolution des esprits ne se fera pas sans un effort conjoint de la classe politique, Parlement et gouvernement confondus.

Pour conclure, je vous demande de prendre acte de ce rapport, sans des «oui, mais», sans des caricatures se référant à un Maastricht qui hante certains cerveaux, sans donner dans le mythe de la neutralité. Ce faisant, vous restaurerez tant soit peu la crédibilité de notre gouvernement aux yeux du reste du monde qui existe lui aussi. Cette crédibilité est indispensable pour mener une politique étrangère qui puisse sauvegarder les intérêts à long terme du pays sur l'échiquier mondial.

Il est clair que la stature du Conseil fédéral a été ébranlée à la suite des votes populaires du 6 décembre 1992 et du 20 février 1994. En disant cela, je ne mets aucunement en cause la légitimité de ces deux décisions populaires. Je constate simplement que nous avons été désavoués – le Conseil fédéral et nous avec – et qu'une expression de solidarité de notre part pourrait aider le Conseil fédéral dans son difficile travail.

Est-il raisonnable de flirter avec le splendide isolement, 479 ans après Marignan? Notre politique extérieure ne prend-elle pas un tour présomptueux dont nous n'avons pas les moyens? Pourquoi finalement refuser une intense coopération avec ces démocraties éprises de paix et de prospérité qui forment aujourd'hui l'Union européenne? Cela revient à continuer à les considérer comme des ennemis virtuels. Quelle fondamentale myopie et erreur d'appréciation!

En réalité, j'aurais encore dû chanter un requiem sur une interpellation que j'ai eu l'honneur de déposer le 17 décembre 1992 et qui a traîné dans les tiroirs ou sous le derrière de quelques stratèges futés. Je pense que cette interpellation eût été intéressante, mais la décence et vos estomacs me contraignent à vous renvoyer aux livres d'histoire la concernant.

Zbinden Hans (S, AG): Ich nehme an, dass ich aus alphabetischen Gründen ans Ende gesetzt worden bin.

Wir erleben im Moment eine Premiere. Zum ersten Mal versucht der Bundesrat, sein aussenpolitisches Konzept nicht nur gleitend und ad hoc zu verändern, sondern er versucht, ein Konzept vorzulegen und zusammen mit dem Parlament ein neues aussenpolitisches Profil zu entwickeln, gemeinsam eine neue aussenpolitische Rolle zu definieren. Ich kann das jetzt als letzter sagen, da wir diese Definitionschance bis jetzt mehr oder weniger vergeben haben. Beispiel für mich war das Votum von Herrn Blocher, der Goethes «Faust I» auf die Gretchenfrage reduziert hat. In Goethes «Faust I» steckt aber wesentlich mehr!

Genauso ist es mit diesem aussenpolitischen Bericht. Er enthält eine Menge Rohmaterial, das wir verwenden können, um präzisere Zukunftsvorstellungen zu entwickeln. Ganz kurz: Unsere bisherige Rolle haben wir 50 Jahre lang gespielt, und es ist schwierig, nach 50 Jahren eine neue Rolle zu entwickeln. Wir haben eine Nischenpolitik gehabt, wir haben Gute Dienste angeboten, wir hatten eine Art Verhandlungshotellerie oder Verhandlungsparahotellerie bei uns in der Schweiz, und daneben haben wir ganz still und leise systematisch eine gute Aussenwirtschaftspolitik aufgebaut, praktisch camouffliert durch die andern erwähnten Dienste.

Jetzt müssen wir uns neu definieren. Das ist eine schwierige Aufgabe. Die Kulissen der Welt haben sich verändert. Ich bin der Meinung, dass es immer schwieriger wird, im Rahmen der wirtschaftlichen Verflechtungen noch eine unverkennbare, originale Aussenpolitik zu entwickeln. Die Aussenpolitik der verschiedenen Länder wird immer mehr harmonisiert. Deshalb finde ich es auch wichtig, dass wir bei dieser zukünftigen Rol- lendefinition nicht nur den Gemeinsinn – also die Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen, die Öffnung – verstärken, sondern ebenso gemeinsam etwas Eigenwilliges, Eigenständiges entwickeln.

Ich bin der Meinung, dass der Bundesrat da zuwenig Vorarbeiten geleistet hat. Nur zwei Beispiele – ich kann das machen, weil Herr Rychen vorher aus Zeitgründen die Fundamentalismfrage nicht wie beabsichtigt ansprechen konnte –: Der Islam hat 800 Millionen Anhänger; es gibt 50 Länder, die durch islamische Regierungen dominiert sind. Wir wissen genau, dass das für uns eine Zukunftsfrage ist. In allen Frontstaaten, von der Türkei über Aegypten bis nach Algerien, gibt es schwierige, sehr komplexe Erschütterungen. Ich frage mich: Wer befasst sich mit dieser religiösen Herausforderung? Wer

spezialisiert sich, wer erarbeitet sich die Kompetenz, um zu diesen Ländern eine Art Brückenfunktion aufzubauen? Ich bin der Meinung, dass wir uns wahrscheinlich in Zukunft nicht mehr universell den Ländern widmen können, dass wir uns spezialisieren müssen, zum Beispiel spezialisieren auf diese islamische Herausforderung. Da gibt's unwahrscheinlich viele Vorurteile und aus der Geschichte heraus viele Animositäten.

Eine weitere Möglichkeit wäre folgende: Es gibt Länder, die sogenannte weisse Flecken darstellen, Länder, die geostrategisch, ökonomisch, auch kulturell nicht mehr interessant sind für die Erste Welt, auch nicht interessant für die Zweite Welt. Ich denke zum Beispiel an Afghanistan, ich denke an Sri Lanka, ich denke an Kuba. An diesen Ländern läuft die Welt vorbei, und niemand fühlt sich verpflichtet, mit ihnen zu kooperieren. Da sehe ich zum Beispiel eine spezifische Aufgabe für die schweizerische Aussenpolitik, damit wir auch in Zukunft gegenüber der Welt noch eine glaubwürdige, eigenwillige Politik betreiben, eine Politik, die auch nach innen nachvollziehbar ist, die auch nach innen vertreten werden kann. Momentan sind wir daran, eine etwas amorphe Aussenpolitik zu entwickeln.

Ich komme zum Schluss: Ich würde behaupten, dass uns im Moment die Geschichte den Weg versperrt. Die Geschichte hindert uns daran, offener zu werden, das Schicksal mit andern zusammen zu meistern, das Schicksal natürlich auch in die Hände anderer zu legen. Und ich sage als Letztes: Die Zukunft ist auch nicht mehr das, was sie einmal war, nämlich berechenbar, aus der Geschichte ableitbar. Es gibt unheimlich viele Ungewissheiten, Unklarheiten, und da gibt's nur eines: Man muss die eigene Geschichte relativieren, man muss sich lösen von dieser Geschichte, auf Distanz gehen und auch offen sein für Neues. Und ich hoffe, dass wir die Diskussion, die wir jetzt begonnen haben, noch viel vertiefter weiterführen können, damit Bundesrat und Parlament eine aussenpolitische Position definieren können, die für viele verständlich ist, die für viele nachvollziehbar ist.

*Die Beratung dieses Geschäftes wird unterbrochen
Le débat sur cet objet est interrompu*

Präsidentin: Wir sehen vor, die Kommissionssprecher und die beiden Bundesräte morgen früh um 08.00 Uhr zu Wort kommen zu lassen und etwa um 09.00 Uhr über die Rückweisanträge abzustimmen.

Ducret Dominique (C, GE): Je constate, une nouvelle fois, que le débat qui doit être consacré par notre Conseil à la lex Friedrich est reporté à je ne sais quand. Nous l'avions engagé lors de la session à Genève. Nous l'avions suspendu parce qu'on nous avait promis qu'il serait à l'ordre du jour de la session du mois de décembre. Il a été renvoyé une fois encore à la session du mois de décembre. Et, à nouveau, nous apprenons que ce débat n'aura pas lieu.

Je demande que le Bureau se penche sur la question et qu'il trouve le moyen de nous permettre de discuter de cet objet à l'occasion de la présente session.

Präsidentin: Ich stelle fest, dass Herr Ducret gegen die Traktandenliste von morgen einen Protest abgegeben hat.

Bär Rosmarie (G, BE): Ich möchte keinen Protest abgeben, sondern ich stelle den Ordnungsantrag, dass man das alte Programm hervornimmt und das Gleichstellungsgesetz morgen um 08.00 Uhr traktandiert. Sie wissen, dass das Büro beschlossen hat, diese Debatte im Fernsehen live zu übertragen, und dass sehr viele Leute speziell für diese Debatte morgen nach Bern reisen werden. Ich möchte, dass man zuerst das Gleichstellungsgesetz behandelt und anschliessend die aussenpolitische Debatte zu Ende führt.

Präsidentin: In meinem persönlichen Namen beantrage ich Ihnen, den morgigen Tag so abzuwickeln, wie ich ihn vorhin skizziert habe. Ich habe mit den Berichterstattern und mit dem

Bundesrat intensiv diskutiert; ich glaube daran, dass wir den Schluss der aussenpolitischen Debatte innert einer Stunde bewältigen können. Unter diesen Umständen – mein Engagement für die Gleichberechtigung steht ausser Zweifel – halte ich es für verantwortbar, die Aussenpolitik abzuschliessen, bevor wir zum anderen sehr wichtigen Thema übergehen.

Gysin Hans Rudolf (R, BL): Ich bin ganz der Meinung der Präsidentin, dass die morgige Sitzung so durchgeführt werden soll, wie sie sie angesagt hat. Wenn Sie jetzt über den Ordnungsantrag Bär abstimmen wollen: Es ist – unter Berücksichtigung der aktuellen Präsenz im Ratssaal – nicht gerade fair, jetzt einen Antrag zu stellen. Frau Präsidentin, ich bitte Sie, das Quorum feststellen zu lassen, bevor Sie abstimmen lassen.

Präsidentin: Es ehrt mich, dass Herr Gysin meiner Ansicht ist. Ich bin nicht seiner Ansicht, dass es jetzt geschickt ist, so vorzugehen. Immerhin kommen wir damit in Zusammenhang mit der elektronischen Abstimmungsanlage zu einem neuen Schritt: Sobald der Bildschirm aufleuchtet, werden Sie gebeten, Ihre Anwesenheit mittels Druck auf die Taste «Ja» kundzutun. – Es sind nur 67 Ratsmitglieder anwesend, das Quorum ist nicht mehr erreicht. Ich hätte es vorgezogen, wenn wir über den Ordnungsantrag abgestimmt hätten, aber wir können das nicht tun.

*Schluss der Sitzung um 13.20 Uhr
La séance est levée à 13 h 20*